

Wehrpflicht bleibt

Mit einer unerwartet hohen Wahlbeteiligung haben 1,947.116 Mio. ÖsterreicherInnen (59,7 Prozent) für die Beibehaltung der Wehrpflicht gestimmt. Diese Entscheidung wird von der Regierung auch umgesetzt werden, auch wenn das Ergebnis einer Volksbefragung sonst rechtlich nicht bindend ist.



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Eine feierliche Angelobung von wehrpflichtigen jungen Österreichern – wie in unserem Bild – wird es also auch künftig geben

In den letzten Ausgaben unseres „Österreich Journal“ pdf-Magazins sind wir ausführlich auf die Hintergründe zur ersten landesweiten Volksbefragung eingegangen, die die vergangenen Wochen nicht nur die heimischen Medien, sondern auch politische Gespräche an Wirtshaus- und Wohnzimmerischen dominiert haben. Verwunderlich, daß wenige Tage vor dem 20. Jänner immer wie-

der zu hören war, es wäre „dem Volk“ nicht zuzumuten, über eine so komplexe Materie mit einem einfachen „Ja“ oder „Nein“ entscheiden zu müssen. Die Regierung sollte sich doch zusammenraufen und selbst entscheiden, dafür sei sie schließlich nicht nur gewählt, sondern werde dafür auch fürstlich bezahlt. Jedenfalls waren wohl Tausende Magazin- und Zeitungsseiten prall mit Informa-

tionen gefüllt, Radio- und Fernsehsendungen gingen jedem kleinsten Detail auf den Grund. Und trotzdem hat das Volk eine deutlichere Stellungnahme abgegeben, als zu erwarten war. Und es hat sich, wie die Meinungsforschung sagt, erstmals nur in geringem Ausmaß von großen Boulevard-Medien beeinflussen lassen.

Lesen Sie weiter auf der Seite 3 ➤

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,
in der vorliegenden Ausgabe haben wir den Schwerpunkt auf die Ergebnisse der Volksbefragung gelegt. Die Beibehaltung des Bundesheeres, zu der sich die Mehrheit nun entschieden hat, wird in den kommenden Monaten wohl wegen der nun dringend notwendigen Reformen noch einiges an Aufmerksamkeit erregen. Spannend werden die vier Landtagswahlen in Niederösterreich und Kärnten (3. März), in Tirol (im April) und in Salzburg (5. Mai) – das »Superwahljahr« wird schließlich den Höhepunkt in der Nationalratswahl finden, die aller Voraussicht nach Ende September abgehalten wird...

*Liebe Grüße aus Wien
Michael Mössmer*

Der Inhalt der Ausgabe 115

NÖ und Kärnten wählen

Am 3. März werden zwei Landtage neu gewählt.	9
2015 nur mehr 285 Gemeinden	14
Graz: Spannende Wahlgänge	15
650 Jahre Tirol bei Österreich	17
Findbuch für Opfer des Nationalsozialismus	19
Plädoyer für Jugend und solidarisches Europa	21
Afrikanische Union soll ein Büro in Wien eröffnen	22
Zivilgesellschaft für eine sichere Welt ohne Massenvernichtungswaffen	23
Kindern in armen Ländern eine Perspektive geben	23
Projekte mit der Slowakei	23
Junge Menschen beweisen Solidarität mit den Ärmsten	24
Kosten einer Nicht-Erweiterung der EU wären hoch	24
50 Jahre diplomatische Beziehungen mit Algerien	25
Vorbild für Demokratiewerkstatt in Montenegro	25
EU blickt auf Modell Österreich	25
Enge Verbundenheit zwischen Kärnten und Südtirol	26
van Staa traf georgischen Staatspräsidenten	26
Lob und Anerkennung für Integrationspolitik der Stadt Wien	27
Rektor Heinz W. Engl Fellow der American Mathematical Society	27
Österreichs Jugend pro EU, aber Zweifel an Krisenmanagement	28
1. Internationale Konferenz zur Offenen Jugendarbeit in Wien	28
»Burgenland Journal«	
Grundsatzklärung 2013	29
Das Burgenland profitiert von den föderalen Strukturen	30
Landesfinanzen auf stabilem Kurs	31
Neue Perspektiven für Frauen durch Selbständigkeit	32
Zufriedenheit mit der Gesundheitsversorgung konstant hoch	33

MonA-Net liegt bei den Mädchen hoch im Kurs	34
Feuer.Erde.Wasser.Luft.	35

Vor 650 Jahren ging Tirol an Habsburg	36
22. Treffen der Südtiroler in Großbritannien	39
Europäisches Jahr der BürgerInnen	40
Neue 5-Euro-Banknote	41
Talsole durchschritten	42
Wachstum in den kommenden Jahren gedämpft	43
Nur 1/3 sieht heuer Besserung der Wirtschaftslage in Europa	44
Urlandsland Österreich ist beliebter denn je	45
Hälfte der österreichischen Exporte sind Dienstleistungen	47
Weinexporterlöse steigen trotz knapper Vorräte	49
6,6 Mio. Sommerurlaubsreisen	50
Neue 10er-Bahn am Hirschkogel	51
Weißwurstparty im Stanglwirt	52
Der Wiener Eistraum 2013	53
Wirtshauskultur kürt Top-Wirte	54
Ionenquelle für MedAustron	56
»Dunkle Materie« der Erbsubstanz	58
Neuer Quanten-Zustand zwischen Ordnung und Unordnung	59
NASA setzt Tiroler »Luftspion« ein	60
Im Schatten der Pyramiden	61
Martin Schnur: Vorspiegelung	65
Maximilian von Mexiko: Der Traum vom Herrschen.	68
Alte Spuren. Neue Wege. Landesausstellung Oberösterreich und Südböhmen	70
Eine besondere Bühne	
Das »Theater zum Himmel«	
Von Michael Ellenbogen.	73
»ÖJ-Buchtips«	75
Serie »Österreicher in Hollywood« von Rudolf Ulrich. Diesmal: Schauspielerin Gusti Huber	76
Tirol: Gute Aussichten auf einen Spitzenurlaub	79



650 Jahre Tirol bei Österreich S 17



Findbuch für NS-Opfer S 19



Urlaub: Österreich beliebter denn je S 45



Im Schatten der Pyramiden S 61



Gute Aussichten auf Spitzenurlaub S 78

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöber-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos S. 1: <http://www.bilderbox.biz>; Land Tirol / Die Fotografen; Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Leo Hagen; Kunsthistorisches Museum Wien; Innsbruck Tourismus

Innenpolitik

➤ Das Problem bei der Informationsbeschaffung war, sich nicht in Details zu verlieren. Denn diese wurden zu Hauf und tagtäglich aus „beiden Lagern“ präsentiert – und kaum hatten sie das Licht der Öffentlichkeit erblickt, wurden sie von der anderen Seite mit mindestens ebenso seriösen Gegenargumenten als falsch entlarvt, zumindestens jedoch als „überholt“ oder mit „hatten wir schon längst gefordert“ quitiert.

In dieser Auseinandersetzung zwischen den Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP, auch wenn die beiden es nicht als solche gesehen haben wollten, geriet die Mobilisierung von Funktionären und Wählerschaft zum Auftakt für das sogenannte „Superwahljahr“ 2013. Während die beiden Parteichefs, Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Michael Spindelegger, kaum merklich auf Distanz waren, ging es in der zweiten Reihe, vor allem in den Parteizentralen, nicht ganz so gelassen zu.

Der Abend der Wahrheit

Als am Sonntag, dem 20. Jänner, exakt um 17 Uhr, die ersten Hochrechnungen veröffentlicht wurden, die das SORA Institute for Social Research and Consulting (mit nur 0,2 Prozentpunkten Abweichung) im Auftrag des ORF erstellt hatte, herrschte wohl allgemeine Überraschung: Keiner hatte mit einer derart hohen Wahlbeteiligung gerechnet, immerhin haben 52,4 Prozent der insgesamt 6,378.478 Wahlberechtigten von ihrem Stimmrecht gebrauch gemacht. Im Vorfeld hatte es schon Überlegungen gegeben, wie man mit dem Ergebnis umgehen würde, wenn die Beteiligung vielleicht unter 30 Prozent läge. Meinungsforscher und Kommentatoren sahen – einige Tage nach der Volksbefragung – nicht in erster Linie Parteitreu oder Beeinflussung durch Massenmedien, sondern vielmehr den Wunsch der Bevölkerung, sich über Direkte Demokratie stärker am politischen Prozeß zu beteiligen, was natürlich auch zu weiteren Überlegungen führt, diese weiter auszubauen. Das Schweizer Vorbild schwebt vielen vor, stößt aber auf geteilte Gegenliebe: alle Entscheidungen dem Volk vorzulegen, würde die Handlungsfreiheit, vor allem Reagieren auf kurzfristig auftretende und schnell zu lösende Probleme, massiv einschränken. Es wird wohl mangels ähnlicher Tradition einen österreichischen Weg der Mitbestimmung geben. Daß es aber notwendig ist, darüber sind sich alle einig.

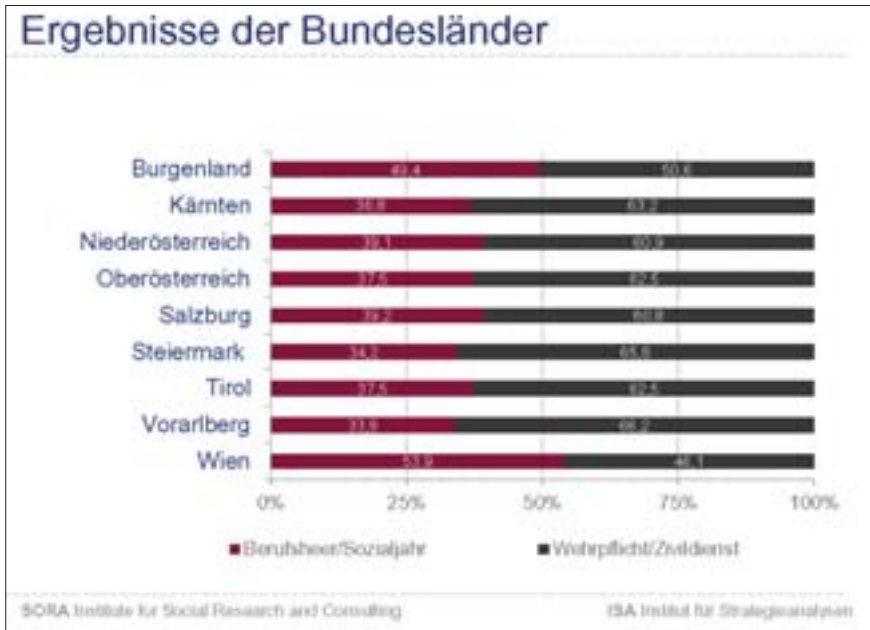


Fotos: ORF / Miliemko Badzic

Die zweite Überraschung des Abends war die Deutlichkeit, mit der exakt 59,7 Prozent (1,947.116 Stimmen) der WählerInnen die Frage „Sind Sie für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes?“ mit „Ja“ beantworteten. 1,315.278 WählerInnen, die die Frage: „Sind Sie für die Einführung eines Berufsheeres und eines bezahlten freiwilligen Sozialjahres?“ bejahten, blieben mit 40,3 Prozent in der Minderheit. Viele Umfragen hatte es Wochen, ja Monate zuvor schon gegeben, deren Ergebnisse – wenn auch schwankend – meist ein Kopf-an-Kopf-Rennen prognostizierten.

Doch kommen wir nun zur Antwort auf

Sie versuchten in zwei aufeinanderfolgenden ORF-»Pressestunden« eine Woche vor dem Abstimmungstag noch mit Argumenten bei den WählerInnen zu punkten: Verteidigungsminister Norbert Darabos (SPÖ) und Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP).



die Frage, wer sich denn wie entschieden hat. SORA analysierte die Volksbefragung auf Basis der Wählerstromanalyse und einer ORF/SORA/ISA Erhebung unter 1028 Wahlberechtigten. Die wichtigsten Trends:

- Ältere und Männer entschieden sich für Wehrpflicht / Zivildienst – die unter 30jährigen für Berufsheer/Sozialjahr,
- Beibehaltung des Zivildienstes wichtigstes Motiv für Wehrpflicht-BefürworterInnen,
- Hohe Zustimmung zu direkter Demokratie.

Analyse im Detail

Für die Variante Berufsheer/Sozialjahr haben sich am 20. Jänner insbesondere jüngere Personen und Frauen ausgesprochen, während ältere Stimmberechtigte und Män-



Innenpolitik

ner die Variante Wehrpflicht/Zivildienst favorisierten. Im Abstimmungsverhalten zeigte sich eine sehr deutliche Alterskluft: Die 16-29-jährigen stimmten zu 63 Prozent für ein Berufsheer/Sozialjahr, die 30-59-jährigen sowie die Generation 60+ stimmten zu 61 bzw. 71 Prozent für die Beibehaltung von Wehrpflicht/Zivildienst, was einem Abstand von 22 bzw. 32 Prozentpunkten zur jüngsten Altersgruppe entspricht. Männer unter 30 Jahre waren zu 59 für ein Berufsheer/ Sozialjahr, Frauen unter 30 sogar zu 72 Prozent.

Motive

Das wichtigste Entscheidungsmotiv für Berufsheer-BefürworterInnen war, daß der Wehrdienst junge Männer unnötig Zeit kosten würde sowie daß das Modell zeitgemäß sei (je 65% Zustimmung). Motive wie Katastrophenschutz und Sicherheit folgten danach, angeblich geringere Kosten spielten nur eine untergeordnete Rolle. Daß das Eintreten der SPÖ oder der Grünen für dieses Modell für Sie von Bedeutung gewesen sei, wurde hingegen kaum als wichtiges Wahlmotiv genannt.

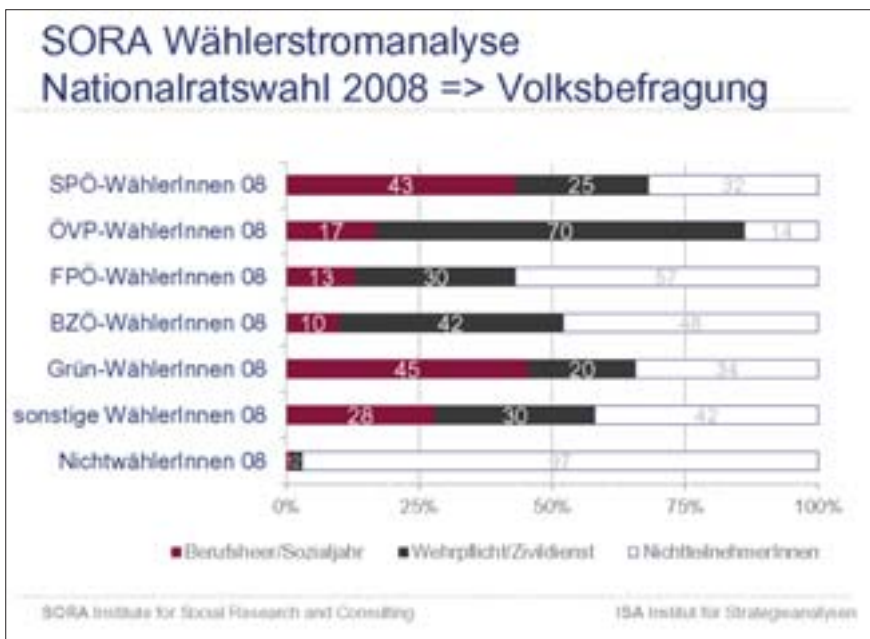
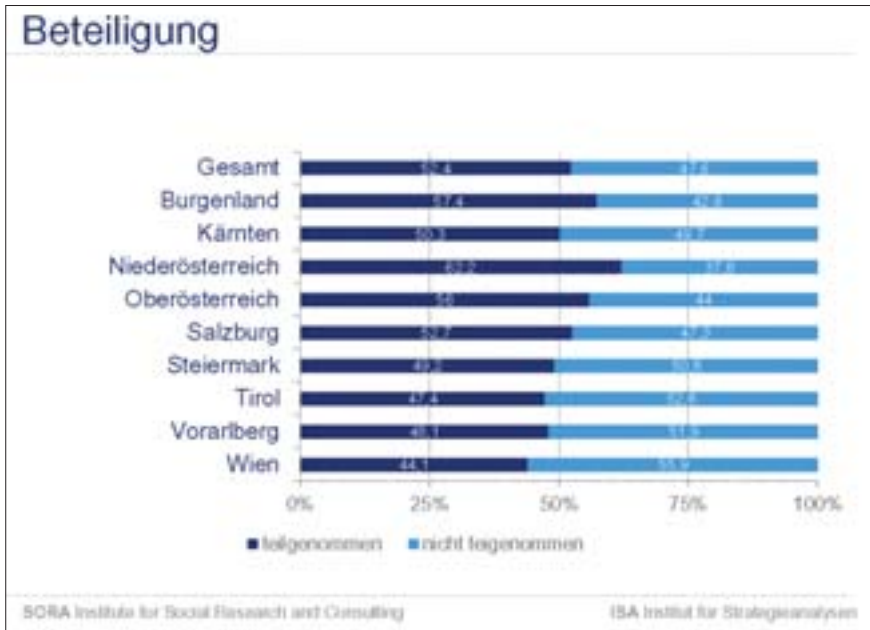
Für die Wehrpflicht sprach aus Sicht ihrer UnterstützerInnen vor allem, daß der Zivildienst erhalten bleiben sollte (74 Prozent Zustimmung) sowie die Meinung, daß der Wehr- und Zivildienst ein wichtiger Beitrag der Jugend für die Gesellschaft sei. Der Katastrophenschutz war für 63 Prozent ein sehr wichtiges Motiv.

Stimmverhalten nach Parteipräferenz

Die klare Mehrheit für die Variante Wehrpflicht/Zivildienst beruht u.a. auf einer hohen Beteiligung der ÖVP-AnhängerInnen von 2008: 86 Prozent haben sich in dieser Gruppe an der Volksbefragung beteiligt, wobei vier Fünftel der abgegebenen Stimmen auf die Variante Wehrpflicht/Zivildienst entfielen. Von jenen Personen, die bei der Nationalratswahl 2008 die SPÖ unterstützten, haben sich hingegen nur 68 Prozent an dieser Volksbefragung beteiligt; von diesen stimmten 63 Prozent für die Einführung eines Berufsheers/sozialen Jahres. WählerInnen der FPÖ und des BZÖ aus dem Jahr 2008 beteiligten sich unterdurchschnittlich an der Volksbefragung und stimmten mit deutlicher Mehrheit für die Variante Wehrpflicht/Zivildienst.

Starke Unterstützung für direkte Demokratie

Die generelle Einbindung der Bevölkerung über Instrumente der direkten Demo-



kratie wie Volksbefragungen oder Volksabstimmungen hielten 56 Prozent für sehr wichtig, 26 Prozent für ziemlich wichtig. Die Mehrheit der Abstimmenden, nämlich 72 Prozent, haben sich schon länger in ihrer Entscheidung festgelegt.

Die Information bzw. Kampagne im Vorfeld wird jedoch z.T. als verbesserungsfähig erachtet: Etwas mehr als ein Drittel fühlten sich zu dieser Volksbefragung weniger oder gar nicht gut informiert. Dieser Anteil steigt auf die Hälfte unter jenen, die nicht an der Volksbefragung teilgenommen haben.

Beteiligung über 50 Prozent

Die Beteiligung bei der Volksbefragung betrug ohne Briefwahl 49,0 Prozent, inklusi-

ve Briefwahlstimmen 52,4 Prozent.

Die wichtigsten Motive der NichtteilnehmerInnen für ihr Fernbleiben von der Befragung war die Ablehnung beider zur Wahl stehenden Möglichkeiten, eine vermutete Instrumentalisierung der Volksbefragung durch Parteien und unzureichende Informationen im Vorfeld. Protest, das Gefühl, die eigene Stimme habe keinen Einfluß, oder eine generelle Ablehnung des Militärs waren dagegen keine wesentlichen Motive.

Erste Reaktionen

„Der Souverän hat entschieden“, wie Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) betonte. Die Entscheidung, eine Volksbefragung durchzuführen, sei richtig gewesen –

Innenpolitik

das zeige die hohe Beteiligung. „Das ist ein gutes Zeichen für die Demokratie. Ich bedanke mich dafür.“ Zwar habe er für ein anderes Modell geworben, aber auch immer klargestellt, daß mit der Volksbefragung eine Entscheidung für die nächsten zehn Jahre getroffen werde. Diese werde „ab morgen“ durch Reformen bei der Wehrpflicht umgesetzt. „Der zuständige Minister, der das umsetzen wird, heißt Norbert Darabos“, betont der Kanzler. Er sei ein ausgezeichnete Minister, und er habe volles Vertrauen zu ihm. Dieser unterstrich seinerseits, daß er das Ergebnis umsetzen wird. Er wolle als Ressortchef den Wehrdienst reformieren und die Rekrutenausbildung verbessern, auch wenn dies schwierig ist. Eine Reformgruppe innerhalb des Bundesheeres soll Reformvorschläge durchleuchten. Auch Darabos beurteilte die hohe Beteiligung an der Volksbefragung positiv – ein Beweis für das Funktionieren der direkten Demokratie.

Auch Sozialminister Rudolf Hundstorfer akzeptiert den Ausgang der Volksbefragung und erklärte: „Es geht nicht ums Verzeigen. Die Mehrheit wollte das jetzige System beibehalten. Das ist halt so. Punkt.“ Es sei ein „eindeutiges Votum“ gewesen. Das Volk habe entschieden.

Vizekanzler Michael Spindelegger (ÖVP) freute sich über das Ergebnis: „Wenn die Österreicher entscheiden, kommt ein gutes Ergebnis heraus.“ Die Pro-Wehrpflicht-Argumente hätten die große Mehrheit der Österreicher überzeugt. Sehr positiv bewertet Spindelegger auch die hohe Beteiligung an der Volksbefragung. „Jetzt geht es ab morgen darum, den Wehrdienst im Sinne der jungen Menschen zu reformieren: Es ist ganz entscheidend, daß wir einen Wehrdienst ohne Leerlauf organisieren.“ Alle Parteien hätten zugesichert, das Ergebnis zu akzeptieren und den Auftrag der Bevölkerung umzusetzen. „Jetzt muß der Verteidigungsminister endlich das angehen, worauf sich die Bundesregierung eigentlich schon 2008 geeinigt hat – die Reform der Wehrpflicht. Die ÖVP wird dazu einige Ansätze präsentieren, die gemeinsam mit dem Koalitionspartner umgesetzt werden sollen.“

Der freiheitliche Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache erklärte, „nach der Volksbefragung müssen jetzt die taktischen Spielchen von SPÖ und ÖVP um die Zukunft des Heeres beendet werden. SPÖ und ÖVP sind beide gleichermaßen unter Zugzwang.“ Das Bundesheer müsse jetzt aus dem parteipolitischen Schußfeld kommen, um Reformen umsetzen zu können. Es brau-



che Kompetenz und Sachlichkeit. Daher müsse die personifizierte Angriffsfläche Norbert Darabos sofort zurücktreten, so Strache. Wenn die ÖVP mit der SPÖ Darabos jetzt im Amt belassen wolle, sei diese Entscheidung kein Ende der Parteitaktik in Sachen Bundesheer, sondern deren Fortsetzung auf Kosten des Bundesheeres. „Ich habe den Verdacht, daß die ÖVP darauf setzt, mit der Unfähigkeit des Herrn Darabos die eigene Unfähigkeit zur Reform der Wehrpflicht überdecken zu wollen. Die ÖVP will den roten ‚Schwarzen Peter‘ Darabos im Spiel halten, um selbst nicht unter Zugzwang zu kommen“, kritisierte Strache.

BZÖ-Chef Josef Bucher sagte, statt weiterer rot-schwarzer Wahlkampfmanöver auf

Kosten der Steuerzahler brauche es eine sofortige Reform des Bundesheeres. „Auch mit der klaren Entscheidung pro Wehrpflicht ist ein ‚Bundesheer Neu‘ mehr als notwendig.“ Das Heer sei fast kaputt, die ÖVP habe der Bevölkerung versprochen, daß das Bundesheer reformierbar sei und das ohne Mehrkosten. „Jetzt müssen Spindelegger und Co. den Wahrheitsbeweis antreten. Bis zum Wahltermin muß das Heer reformiert werden“, so Bucher, für den die SPÖ schuld am Ausgang der Volksbefragung ist.

Grünen-Klubchefin Eva Glawischnig forderte nicht nur Reformen beim Bundesheer, sondern auch beim Zivildienst. „Ich habe gehofft, daß die Wehrpflicht abgeschafft wird. Das Ergebnis ist eindeutig und selbst-

Innenpolitik

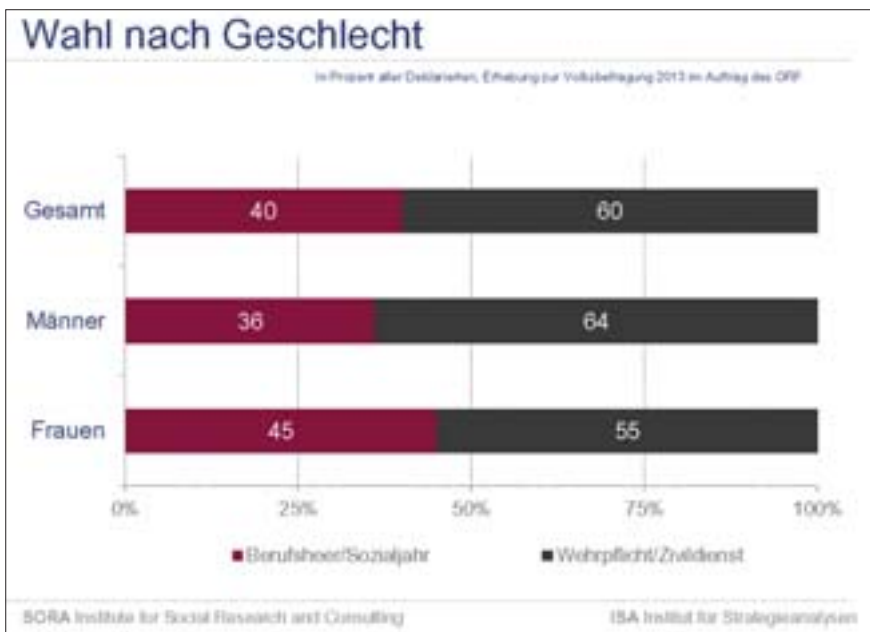
verständlich akzeptieren wir das. Jetzt braucht es zwei Dinge: Der Zivildienst soll gleich der Wehrpflicht auf sechs Monate verkürzt werden. Ebenso muß die direkte Demokratie jetzt ausgeweitet werden. Denn 50 Prozent Beteiligung sind ein klarer Auftrag für einen Ausbau.“ Auch für die Grünen ist der unklare Kurs der SPÖ für das Ergebnis dieser Volksbefragung verantwortlich.

Team Stronach Klubobmann Robert Lugar sagte, die Volksbefragung habe gezeigt, daß das Volk bei wichtigen Entscheidungen mitreden wolle. „Dem ist ebenso Rechnung zu tragen, wie den eingeforderten Minderheitenrechten als Kontrollmöglichkeit für die Opposition.“ Das von Rot und Schwarz vorbereitete Demokratiepaket sei für ihn ein erster Schritt in die richtige Richtung. „Das Paket soll Verwaltungsreformen und mehr direkte Demokratie beinhalten – da könnten wir nach Kenntnis der Details zustimmen“, kündigt Lugar an, dem die Reformen aber noch nicht weit genug gehen. „Wir wollen noch mehr direkte Demokratie, vor allem was die geplante Neuerung bei den Vorzugsstimmen betrifft.“

Der Verteidigungsminister bleibt

Neben prinzipieller Kritik der Opposition an der „Unfähigkeit“ der Regierung hagelte es vor allem Vorwürfe gegen Verteidigungsminister Norbert Darabos (SPÖ), dem man nicht vergessen wollte, daß er vor nicht allzu langer Zeit, genauer gesagt im Herbst 2010, noch zu den eisernen Bewahrern der Wehrpflicht gehört hatte. Erst ein nach einer Sitzung des SPÖ-Parteipräsidiums verkündeter Meinungsschwenk in Richtung Berufsheer brachte Darabos in die Schußlinie, schließlich sah er sich nun damit konfrontiert, seine eigenen Pro- gegen Kontra-Argumente umzuwandeln – und dabei glaubwürdig zu bleiben. Dieses unmögliche Unterfangen war dann auch von entsprechender Häme begleitet. Jetzt, nach der Volksbefragung, wird Darabos nun mit Innenministerin Johanna Mikl-Leitner gemeinsam federführend eine schon über Jahre aufgeschobene und dringende Bundesheerreform zu erarbeiten und dann als verantwortlicher Minister auch umzusetzen haben. Vorausgesetzt natürlich, daß es nach der Nationalratswahl (turnusmäßig im Herbst diesen Jahres) eine Regierungskonstellation geben wird, in der die SPÖ den Verteidigungsminister stellt und daß dieser dann auch Norbert Darabos heißen wird.

Rücktrittsforderungen kamen vor allem aus Richtung FPÖ, die Darabos nach dieser „Niederlage“ als untragbar sah. Dem entgegen-



nete der Bundeskanzler, Darabos sei ein ausgezeichnete Minister, und er habe volles Vertrauen zu ihm. Aus der ÖVP gab es keinen Wunsch nach einem Wechsel des Ressortchefs, wenn auch aus einem anderen Grund: ÖVP-Chef Michael Spindelegger sagte nämlich, Darabos solle die Suppe auslöffeln, die er „uns eingebrockt hat“.

Das BZÖ hatte bereits vor der Volksbefragung nicht allzuviel Vertrauen in Darabos' Arbeit gesetzt. Wehrsprecher Kurt List etwa hatte gesagt, dieser setze „seine Projekte lediglich als Waffe gegen seinen Koalitionspartner ein. In Wirklichkeit denkt der Minister aber nicht daran, in Österreich ein Berufsheer einzuführen.“ Und sah auch darin einen Rücktritt begründet.

Peter Pilz, Sicherheitssprecher der Grünen, konstatierte, die Volkspartei betreibe ein sicherheitspolitisch falsches Spiel und wolle bloß den Verteidigungsminister als Schuldigen hinstellen, wenn nichts weitergehe. Auch letzteren ließ er nicht ungeschoren, Darabos habe alle Reformchancen „jämmerlich verspielt“.

Robert Lugar, Klubobmann des Team Stronach (seit 1. Dezember 2012 die 6. Partei im Parlament) erklärte, wenn ein Minister Reformen anrege und Ideen vorlege, dürfe er nicht zum Rücktritt gezwungen werden, weil die Reformen abgelehnt werden. Nun müsse die Regierung Reformvorschläge für das Bundesheer vorlegen. „Erst, wenn Darabos diese nicht umsetzt, muß er gehen.“

Innenpolitik

Foto: Carina Karlovits/HBF



v.r.: Bundespräsident Heinz Fischer, Verteidigungsminister Norbert Darabos und Generalstabschef Edmund Entacher auf dem Weg zur traditionellen Kranzniederlegung in der Krypta am Heldenplatz am 26. Oktober 2012.

Erste Reformgespräche

Bundespräsident Heinz Fischer hat sich am Tag nach der Volksbefragung für rasche Reformen des derzeitigen Modells ausgesprochen. Diese sollten unter Verteidigungsminister Norbert Darabos angegangen werden, sagte er in einer Stellungnahme in der Hofburg. Persönlich habe er, Fischer, sich über das Votum für die Wehrpflicht gefreut.

Drei Fünftel der ÖsterreicherInnen, die an dieser „ersten Volksbefragung in der Geschichte der Zweiten Republik“ teilgenommen haben, hätten sich für die verfassungsrechtlich verankerten Strukturen entschieden, betonte Fischer. Das derzeitige Bundesheer-Konzept hätte sich also bewährt. Die ÖsterreicherInnen hätten auch bestätigt, daß die bestehenden Strukturen mehrheitsfähig seien. Besonders beeindruckt zeigte sich der Bundespräsident davon, daß sich auch die Mehrheit der Frauen für die Wehrpflicht ausgesprochen hätten.

Fischer sieht im Votum nun einen „klaren Auftrag“ für die Regierung sowie das Parlament, sachlich und zielorientiert Maßnahmen zur Effizienzsteigerung des Bundesheeres zu erarbeiten. Da es sich nicht um eine Partei-, sondern um eine Sachentscheidung handle, sei dies eine günstige Voraussetzung für weitere Schritte. Der Präsident appellierte an alle Parlamentsparteien, an der Umsetzung von Reformen „aktiv und initiativ“ mitzuarbeiten. Vorschläge könne man etwa bereits Berichten des Rechnungshofes entnehmen, zudem regte Fischer in der Sache etwa eine Reduzierung der Einberufungstermine an.

Einen Konflikt in der Koalition durch das Streitthema Wehrpflicht sieht Fischer auch

im Nachhinein nicht. Auch Verteidigungsminister Darabos will er weiterhin an dessen Posten sehen. „Ich kenne Darabos schon lange“, es gebe gute Voraussetzungen, mit diesem die ersten Etappen gemeinsam zu gehen.

Wann eine Reform des Heeres endgültig greifen wird, konnte auch Fischer nicht genau sagen. Klar sei, daß man erste Schritte bereits vor der kommenden Nationalratswahl setzen müsse, weitere danach. Fischer glaubt an einen regulären Wahltermin im Herbst und sprach sich für Ende September bzw. explizit dem 1. Oktober aus. Würde die Regierung diese nächsten Monate „vergeigen“, nütze das beiden Parteien nichts.

Persönlich zeigte sich Fischer mit dem Befragungsergebnis zufrieden. „Ich habe mich gefreut, ich habe gehofft darauf, das ist die Entscheidung, die mir angemessen erscheint.“ Selbst die Koalition hätte dem derzeitigen Modell in ihrem Regierungsprogramm mehrere Seiten gewidmet. Auch das Instrument der Volksbefragung habe sich bewährt. Ob man nun auch die Österreicher über die gemeinsame Schule abstimmen lassen soll, ist sich Fischer nicht sicher. Dies sei genau zu überlegen, „wir werden das Instrument der Volksbefragung sicher nicht inflationieren“.

Bundeskanzler Werner Faymann

„Wir haben uns heute darauf geeinigt, mit der Umsetzung der Bundesheerreform zu beginnen. Daher haben wir eine Arbeitsgruppe eingerichtet, in der Minister Darabos, Ministerin Mikl-Leitner, Staatssekretär Ostermayer und Klubobmann Kopf vertreten sind. Die Gruppe wird Vorschläge sichten und die

Umsetzung der Reformschritte vorantreiben“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann am 22. Jänner beim Pressefoyer nach dem Ministerrat. „Ich danke noch einmal der Bevölkerung für die hohe Beteiligung an der Volksbefragung zur Wehrpflicht. Die Österreicherinnen und Österreicher müssen wissen, daß dieses Ergebnis zählt. Die Regierung arbeitet ab sofort konstruktiv an einer Verbesserung des Grundwehrdienstes.“

Vizekanzler Michael Spindelegger

„Wir sind eine Demokratie, in der alle Wahlberechtigten gleichermaßen mitentscheiden. Ich halte nichts davon, jetzt zu sagen, die Alten haben über die Jungen bestimmt“, so Vizekanzler Michael Spindelegger nach dem Ministerrat. „Die Ergebnisse der Nachwahlbefragungen zeigen nicht, daß eine Altersgruppe ganz klar für das eine und eine ganz klar für das andere gestimmt hat.“ Laut Daten mit 6500 Befragungen hat auch die Altersgruppe bis 30 Jahre zu 55 Prozent für Wehrpflicht und Zivildienst gestimmt. „Ich halte es für gefährlich, jetzt eine Diskussion zu beginnen, daß nur jene in einer Demokratie über etwas abstimmen dürfen, das sie unmittelbar betrifft“, so Spindelegger. Folge man dieser Argumentationslinie, hieße das auch, daß bei vielen Themen nur der Steuerzahler abstimmen dürfte, da überall Steuermittel betroffen sind. „Ich halte das demokratiepolitisch für gefährlich. Was ich aus diesem Ergebnis herauslese, ist das Interesse der Bevölkerung an direktdemokratischen Instrumenten.“ Die überraschend hohe Beteiligung von über 50 Prozent zeige das deutlich. „Ich möchte daran anknüpfen und die Politik in Österreich auf andere Beine

Innenpolitik

stellen. Wir haben in unserer Arbeitsgruppe Vorschläge dazu gemacht, zum Beispiel zur Aufwertung der Volksbegehren. Das ist noch nicht genug. Wir müssen noch einen Schritt mehr wagen. Das sehe ich auf Grund der Beteiligung als bestätigt“, betont Spindelegger.

FPÖ-Chef Heinz Christian Strache

Eine Volksbefragung über mehr direkte Demokratie verlangt FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache. In einer Pressekonferenz meinte er, die rege Teilnahme an der Volksbefragung über die Wehrpflicht habe gezeigt, daß die Bevölkerung dieses Instrument sehr wohl nutze, wenn es ihm angeboten werde. Daher möchte er in einer weiteren Volksbefragung darüber abstimmen lassen, ob die Österreicherinnen und Österreicher ein Initiativrecht zur Abhaltung von Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild wollen.

Den Abstimmungs-Sonntag bezeichnete er „als guten Tag für Österreich, für unsere Neutralität, unsere Unabhängigkeit, für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft und für die direkte Demokratie“. Das klare Ja zu Wehrpflicht und Zivildienst sei eine Absage an Bequemlichkeit und Stillstand gewesen und eine Entscheidung für Eigenständigkeit, für soziale Fürsorge und für soziale Verantwortung. In diesem Zusammenhang betonte Strache, daß es keine parteipolitische Entscheidung, sondern eine rot-weiß-rote Entscheidung der Bevölkerung für Österreich gewesen sei.

Für die Heeresreform verlangte Strache eine Anschubfinanzierung. Außerdem möchte er, daß man für die Grundwehrdiener und die Zivildienstler wenigstens die Mindestsicherung gewährleiste.

BZÖ-Obmann Josef Bucher

Als „absolut untauglich für die nötige Reform des Wehrdienstes“ sieht BZÖ-Chef Josef Bucher die vorgelegten 12 Punkte der ÖVP zur Bundesheerreform. „Wenn Spindelegger und Co. für diese zwölf Überschriften monatelang überlegt haben und das die Kompetenz der ÖVP im Sicherheitsbereich sein soll, dann gute Nacht ÖVP. Mit Kosmetik, ‚Feel-Good-Politik‘ und Placebo kann das Heer nicht reformiert werden. Ein Armutzeugnis für die ÖVP“, so Bucher. So seien wirkliche Grundfragen – beispielsweise, wie man Rekruten nach Ableistung der Wehrpflicht freiwillig länger im System hält – nicht einmal gestreift worden.

Der BZÖ-Chef sieht sich in seiner Prognose bestätigt, „daß bis zu den National-



Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundeskanzler Werner Faymann (r.) mit Außenminister und Vizekanzler Michael Spindelegger haben nach dem Ministerrat am 22. Jänner 2013 im Bundeskanzleramt neuerlich bekräftigt, dem Willen der WählerInnen entsprechend sofort mit Reformmaßnahmen für Wehrpflicht und Zivildienst zu beginnen.

ratswahlen durch den Parteienhickhack von SPÖ und ÖVP keine echte Reform des Bundesheeres erfolgen wird und kann. Die Regierung war untauglich, sich zu einigen und bleibt untauglich, auch bei erneuter Musterung.“ So sei beispielsweise die ÖVP-Forderung nach einem Ende der Pilotversuche mit Profis eine reine Provokation des Koalitionspartners und die Vorgabe, daß das Bundesheer weiter finanziell ausgehungert werden müsse, nicht umsetzbar, wenn man ein schlagkräftiges, gut ausgerüstetes Heer haben wolle. „Die Volksbefragung war leider eine Volksverarschung durch die Regierung. SPÖ und ÖVP sind unbelehrbar, gehören abgewählt und direkte Demokratie muß endlich ernst genommen werden“, so Bucher.

Peter Pilz, Sicherheitssprecher der Grünen

Der Sicherheitssprecher der Grünen, Peter Pilz, plädierte in einer Pressekonferenz für eine Rochade mit dem Innenministerium. Es dürften nicht beide Sicherheitsressorts in die Hand der ÖVP gelangen.

Große Zweifel äußerte Pilz am Reformwillen der ÖVP. Sie verfüge über nicht viel mehr als zwölf auf ein Papier gedruckte Punkte, alles andere sei fast wörtlich aus dem Ergebnispapier der Bundesheerreformkommission abgeschrieben, höhnte er. Die Volkspartei betreibe ein sicherheitspolitisches falsches Spiel und wolle bloß den Verteidigungsminister als Schuldigen hinstellen, wenn nichts weitergehe. Auch letzteren ließ er nicht ungeschoren, Darabos habe alle Reformchancen „jämmerlich verspielt“.

Eine sinnvolle Reform ist für Pilz aber ohnehin ausgeschlossen. „Ich halte die Wehr-

pfligt für nicht reformierbar.“ Ob die zwangsverpflichtenden Rekruten mit dem Erdäpfelschäler oder der Waffe in der Hand nichts zu tun hätten, sei egal. So Pilz. Dies ändere nichts an der Sinnlosigkeit des Präsenzdienstes. Klar sei aber, daß die Reduktion der Systemerhalter mehr Geld koste, alles andere sei eine „Milchministerrechnung“ aus der ÖVP.

Team Stronach-Obmann Robert Lugar

„Wer den Auftritt von Generalstabschef Entacher am vergangenen Sonntag bei ‚Im Zentrum‘ mitverfolgt hat, dem ist klar, warum das Bundesheer noch nicht reformiert wurde. Entachers Worte haben die Notwendigkeit des Reformdrucks aufgezeigt“, erklärt Team Stronach Klubobmann Robert Lugar. Seine Forderung: „Der Zivildienst ist als Wehrersatzdienst gedacht und eine Diskriminierung durch eine längere Dienstzeit daher nicht zu rechtfertigen. Deshalb ist die Zeit auf sechs Monate zu reduzieren!“ Damit werde es auch deutlich mehr Zivildienstler und weniger Grundwehrdiener geben – was automatisch einen Reformdruck für das Bundesheer bringt.

In einem ersten Schritt sind die Kernaufgaben der Landesverteidigung zu definieren, verlangt Lugar. Er erinnert: „Fast alle der in der letzten Zeit diskutierten Aufgaben sind keine Kernaufgaben des Bundesheeres: Weder der Katastrophenschutz noch der Assistenzinsatz für die Polizei.“ Die Kernaufgabe beschränkt sich auf die Landesverteidigung – und die ist in Zusammenhang mit der EU und der NATO zu sehen. ■

Quellen: Bundespressedienst, SPÖ, ÖVP, FPÖ, BZÖ, Grüne, Team Stronach, Hofburg, APA, SORA

NÖ und Kärnten wählen

Am 3. März werden zwei Landtage neu gewählt. Da Sie als AuslandsösterreicherIn in Niederösterreich auch wahlberechtigt sind, haben wir die vier im Landtag vertretenen Parteien eingeladen, auf jeweils einer Seite ihre Wahlziele zu formulieren. Einen detaillierten Bericht über die Ergebnisse – auch aus Kärnten – lesen Sie in unserer Ausgabe 117, die am Abend des 28. März erscheinen wird.

Landeshauptmann Erwin Pröll hat am 17. Dezember im Zuge einer Pressekonferenz im NÖ Landhaus in St. Pölten den Termin für die Landtagswahl 2013 bekannt gegeben. In der Sitzung der NÖ Landesregierung wurde tags darauf ein Antrag eingebracht, der mit Stimmenmehrheit angenommen wurde – somit ist der 3. März als Wahltermin festgelegt.

In den letzten Jahren sei Niederösterreich trotz eines unsicheren Umfeldes in eine „unglaubliche Dynamik“ gekommen, so der Landeshauptmann. Darum wolle man einen kurzen Wahlkampf, um den NiederösterreicherInnen vor Augen zu führen, „welche Fortschritte wir für Niederösterreich durch harte Arbeit erreicht haben und wohin der Weg gehen soll, um vorne bleiben zu können“, meinte Pröll.

Im Blick auf die „Reihe von Wahlen im kommenden Jahr“ sei Niederösterreich „aller Voraussicht nach das einzige Bundesland, das die gesamte Gesetzgebungsperiode durchgearbeitet hat“, so Pröll. Dies sei „ein deutlicher Hinweis, wie stabil wir in Niederösterreich arbeiten und ein Hinweis auf die Berechenbarkeit und Sicherheit, mit der in Niederösterreich gearbeitet wird.“

Er bitte alle WählerInnen, sich den 3. März vorzumerken, „damit möglichst viele an dieser demokratischen Entscheidung teilnehmen und damit zeigen, wie sehr ihnen unser Heimatland am Herzen liegt“, so Pröll abschließend.

AuslandsNiederösterreicherInnen

sind bei Landtagswahl 2013 am 3. März 2013 wahlberechtigt! Voraussetzungen für eine Teilnahme sind:

- Sie haben nach dem 9. Jänner 2003 Ihren Wohnsitz von NÖ in das Ausland verlegt und stellen einen Antrag auf Aufnahme in die NÖ Landes-Wählerevidenz;
- zum Zeitpunkt der Antragstellung haben Sie keinen Hauptwohnsitz in Österreich bzw. keinen Zweitwohnsitz in Niederösterreich.

Wenn Sie aber bereits seit November 2007 einen solchen Antrag bei Ihrer NÖ Gemein-

de gestellt haben und im Jänner 2013 weniger als 10 Jahre seit Ihrer Wohnsitzverlegung in das Ausland vergangen sind, können Sie bei der Landtagswahl 2013 ebenfalls teilnehmen.

Bitte Antrag samt Kopie Ihres Reisepasses oder Staatsbürgerschaftsnachweises (bei E-Mail Antrag mit Scankopie) an die NÖ Gemeinde senden, in welcher Sie den letzten ordentlichen Wohnsitz hatten. Das Formblatt ist hier abrufbar:

<http://www.noel.gv.at/Politik-Verwaltung/Wahlen/NOe-Landtagswahlen/Landtagswahlen-AuslandsniederösterreicherInnen.html>
Die Adresse Ihrer Gemeinde finden Sie hier: <http://www.noel.gv.at/Politik-Verwaltung/Behoerdenwegweiser/Bezirke-und-Gemeinden.html>

Bei der nächsten NÖ Landtagswahl 2013 können Sie dann Ihre Stimme mittels Briefwahl abgeben. Bitte beantragen Sie die



Wahlkarte schriftlich bei Ihrer Gemeinde! Wenn Sie die Wahlkarte dann erhalten, geben Sie bitte sofort Ihre Stimme ab, Wahlkarte auf der Rückseite unterschreiben, den Stimmzettel in das kleine blaue Kuvert stecken und dieses Kuvert wieder in die Wahlkarte legen, dieses auch verschließen, dann die Wahlkarte in das Überkuvert legen, verschließen und an die Gemeinde senden.

Ihre Stimme muß spätestens am Wahltag, 06.30 Uhr, bei der Gemeinde einlangen, um in das Ergebnis einbezogen zu werden.

Für allfällige Fragen steht Ihnen Ihr Gemeindeamt jederzeit zur Verfügung.

Allgemeine Informationen

Bei dieser Wahl entscheiden Sie über die Zusammensetzung des Landesparlamentes. Wahlberechtigt werden mehr als 1,4 Millionen Niederösterreicher und Niederösterreicherinnen sein.

Wer wird gewählt?

Die 56 Abgeordneten des Niederösterreichischen Landtages.

Wen kann ich wählen

Einen Bewerber Ihres Wahlkreises, einen Bewerber auf dem Landeswahlvorschlag sowie eine Partei.

Niederösterreich hat als einziges Bundesland die Möglichkeit im Wahlrecht geschaffen, daß Sie neben der Partei auch Ihren Landeskandidaten und Ihren Wahlkreiskandidaten direkt wählen können.

Deshalb sieht jeder Stimmzettel der 21 Wahlkreise im Land anders aus. Die Reihung (außer der bereits im Niederösterreichischen Landtag vertretenen Parteien ÖVP, SPÖ, FPÖ und Grüne ist von Wahlkreis zu Wahlkreis unterschiedlich und auch die Kandidaten der Wahlkreisliste unterscheiden sich. Die „Landeskandidaten“ auf dem Landeswahlvorschlag sind jedoch in allen 21 Wahlkreisen gleich.

Hier können Sie ab Mitte Februar 2013 Ihren Musterstimmzettel ansehen (dieser gilt natürlich nicht als amtlicher Stimmzettel):

<http://www.noel.gv.at/Politik-Verwaltung/Wahlen/NOe-Landtagswahlen/Landtagswahl2013.wai.html>
Bitte klicken Sie auf den Link, auch wenn er nicht lesbar ist: er funktioniert.

Wenn Sie am Wahltag in Ihrem Wahlsprenkel wählen, bitte unbedingt einen Ausweis mitnehmen!

Wenn Sie mit Briefwahl Ihre Stimme abgeben und Ihre Stimme per Post an die Gemeinde senden, brauchen Sie keine Briefmarke auf das Überkuvert kleben – das Land NÖ übernimmt die Kosten.

Amt der NÖ Landesregierung

Landesamtsdirektion

Geschäftsstelle für

AuslandsniederösterreicherInnen

Landhausplatz 1

3109 St. Pölten, AUSTRIA

Tel.: +43(0)2742 9005 13779

Fax: +43(0)2742 9005 13610

<https://www.blauelbinderwelt.com>

Die folgenden vier Seiten beinhalten Positionen der Parteien, die auch für die Inhalte verantwortlich sind.

Die Redaktion.

Erwin Pröll, Landeshauptmann: Für Klarheit und Sicherheit in Niederösterreich

Die Welt befindet sich in einem stetigen Wandel. Rund um Niederösterreich herum ist vieles unsicher und unruhiger geworden. Die weltweite Krise und ihre Folgen sind noch nicht ausgestanden. Niemand weiß, wie es mit Europa und dem Euro weitergeht. Niemand weiß, welche Bundesregierung sich am Ende des Jahres konstituiert, und ob diese Regierung für Niederösterreich etwas übrig hat oder nicht.

Um die kommenden Herausforderungen zu meistern und den erfolgreichen Weg in Niederösterreich fortzusetzen, bedarf es daher Kraft und Klarheit. „Nur klare Verhältnisse garantieren Sicherheit auf dem Weg in die Zukunft. Verwaschene Verhältnisse und unklare Mehrheiten öffnen Tür und Tor für gegenseitige Blockade. Ein Blick auf die Bundesebene ist warnendes Beispiel genug“, so Landeshauptmann Erwin Pröll.

Herausforderungen durch Erfahrung meistern

Am 3. März geht es bei der Landtagswahl also vor allem darum, ob Niederösterreich seinen eigenständigen blau-gelben Weg mit der bisherigen Klarheit fortsetzen wird. Eng verbunden mit dem erfolgreichen Weg Niederösterreichs ist die Person des Landeshauptmanns. „In den über 20 Jahren, in denen ich nun Landeshauptmann von Niederösterreich sein darf, ist ein unglaublich starkes und enges Vertrauensverhältnis zwischen den Landsleuten und mir entstanden. Die Menschen kennen mich, sie kennen meinen Arbeitsstil, sie kennen meine Ecken und Kanten. Sie wissen, wie sie dran sind und kaufen nicht die Katze im Sack“, so Pröll.

Im ersten Jahrzehnt als Landeshauptmann hat er mit seinem Team das Land erneuert: Mit der Errichtung der Landeshauptstadt in St. Pölten, mit enormen Investitionen in die Infrastruktur, mit einem umfassenden Regionalisierungsprogramm. In den zweiten zehn Jahren hat Niederösterreich seinen Platz im neuen Europa erobert:

Dazu gehört die Neupositionierung des Landes ebenso wie die Internationalisierung der Wirtschaft, Investitionen in Wissenschaft und Forschung ebenso wie das internationa-



Erwin Pröll
Landeshauptmann
Foto: ÖVP NÖ

le Profil in Kunst und Kultur. „Jetzt wird das dritte Match angepfeifen, wo es darum geht, daß wir uns in einer völlig veränderten Zeit behaupten müssen. Dazu müssen wir innovativer, schneller und sozialer als andere sein, um zu bestehen“, so der Landeshauptmann.

Klarer Plan: Innovativer, schneller und sozialer

Innovativer

Niederösterreich hat sich in den vergangenen Jahren als innovativer High-Tech-Standort etabliert. Durch gezielte Investitionen und den Ausbau von Wissenschaft und Forschung ist das Bundesland heute ein dynamischer Standort der Hochtechnologie und Forschung. In den NÖ Technopolen wird die Verknüpfung von Ausbildung, Forschung und Wirtschaft realisiert. Die Technologieachse Krems – Tulln – Wr. Neustadt wurde um den Standort Wieselburg zum Technologiering weiterentwickelt. „Niederösterreich ist Land der Patente und Heimat für Talente.“ Prölls geheimer Wunsch: Daß eines Tages ein Nobelpreisträger aus Niederösterreich hervorgeht.

Schneller

In der Verwaltung ist Niederösterreich zum Vorbild für andere Länder geworden. „Wir sind exzellent aufgestellt und haben eine bürgernahe Verwaltung, um die uns viele beneiden und mit der die Bevölkerung zufrieden ist“, so Pröll. Um „schneller als andere“ zu bleiben, müsse zum einen in der Verwaltung weiterhin das „Service im Land Trumpf für das Land“ sein. „Daher werden wir unsere Stärke – kurze Wege, rasche Entscheidungen und modernes Service – weiter vorantreiben“, betont der Landeshauptmann. Zum anderen komme auch der

Mobilität entscheidende Bedeutung zu. Neben dem Ausbau des höchstrangigen Straßennetzes in Niederösterreich wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Ausbaumaßnahmen auf dem Landesstraßennetz, vor allem Ortsumfahrungen, umgesetzt. „Jetzt geht es darum, die Menschen und Regionen an die Achsen anzubinden. Dazu wollen wir Individualverkehr und öffentlichen Verkehr verknüpfen“, so Pröll. Dazu soll die Zahl der Park-and-Ride-Stellplätze von derzeit 32.000 auf 50.000 bis zum Jahr 2025 ausgeweitet werden.

Sozialer

Auch im Sozialbereich ist in den vergangenen Jahren viel passiert. Niederösterreich macht jetzt schon vieles besser als andere Bundesländer. „Wir haben den Regreß bei der stationären Pflege abgeschafft und halten daran auch fest während ihn andere Bundesländer wie Kärnten und die Steiermark wieder eingeführt haben. Bei uns müssen sich junge Familien nicht fürchten, daß sie ihr Hab und Gut verlieren, wenn die Eltern in ein Pflegeheim müssen“, so Landeshauptmann Pröll.

Dennoch: Ziel ist es sozialer zu werden, damit auch in Zukunft unter erschwerten Bedingungen der Zusammenhalt in der „Familie Niederösterreich“ erhalten und gestärkt werden kann. „Unser Weg lautet, und das ist ein festes Bekenntnis zur Freiwilligkeit: die menschliche Hand, die hält, ist oft wichtiger als die öffentliche, die gibt“, betont Pröll.

Landeshauptmann ist direkt wählbar

Rund 20 Experten und 400 Themenschafter aus allen sozialen Schichten des Landes haben mitgearbeitet, einen klaren Zukunftsplan für die kommenden fünf Jahre zu erstellen.

Viele bekannte und auch viele neue Gesichter – 350 Kandidatinnen und Kandidaten an der Zahl – stellen sich am 3. März der Wahl. An der Spitze: Landeshauptmann Erwin Pröll, eine Persönlichkeit, die Stabilität und Verlässlichkeit verkörpert. Durch das Persönlichkeitswahlrecht in Niederösterreich sowohl in den Bezirken als auch im Land kann der Landeshauptmann von den Bürgerinnen und Bürgern direkt gewählt werden. ■

<http://www.vpnoe.at>

Innenpolitik / Die Positionen der SPÖ

Sepp Leitner, Landeshauptmann-Stellvertreter: Es braucht einen neuen Weg

Sehr geehrte Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher!

In wenigen Wochen wird in unserem Bundesland der Landtag neu gewählt. Dabei werden Sie als WählerInnen die politischen Weichen für die nächsten fünf Jahre stellen. Wir NiederösterreicherInnen haben in den letzten Jahrzehnten mit Fleiß und Geschick viel für unser Land weitergebracht. Die Krisen und gesellschaftlichen Veränderungen erfordern aber neue Antworten für unsere Zukunft und dringende Reformen – im Interesse unserer Kinder und Enkelkinder.

Näher beim Menschen, dafür stehen wir! Wir haben Ihnen im ganzen Land zugehört und wissen, daß mehr SeniorInnenzentren, Krabbelstuben und Ganztagschulen in den Gemeinden notwendig sind.

Für unsere Jugend wollen wir die Ausbildungs- und Beschäftigungsgarantie umsetzen und wir haben uns ein Maßnahmenpaket überlegt, um die gestiegenen Lebenshaltungskosten besser meistern zu können. Damit wollen wir den Menschen in Niederösterreich ein leistbares Leben sichern, unseren SeniorInnen die beste Versorgung vor Ort ermöglichen und Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder übernehmen.

Wir wollen in die Zukunft investieren, statt mit Steuergeld zu spekulieren. Auch Niederösterreich hat in den letzten Jahren mit Spekulationsgeschäften massive Verluste gemacht. Obwohl der Schaden mittlerweile 1,8 Milliarden Euro beträgt, will die ÖVP Niederösterreich nicht damit aufhören. Genau dafür hat sie sich am 3. März einen Denkmittel verdient und ich verspreche Ihnen alles zu tun, daß nie mehr wieder mit Ihrem Steuergeld spekuliert wird.

Letztlich brauchen wir in Niederösterreich wieder ein politisches Klima, in dem unterschiedliche Meinungen und Vorschläge respektiert und politisch Andersdenkende nicht von der regierenden Mehrheit beschimpft und herabgewürdigt werden.

Ich arbeite und werbe für dieses neue Niederösterreich. Weil es gut für unsere Zukunft ist und auch immer mehr Menschen diesen Weg befürworten.



Sepp Leitner
Landeshauptmann-Stellvertreter
Foto: SPÖ-NÖ

Bitte unterstützen Sie mich und die SPÖ Niederösterreich am 3. März dabei. Unser Land braucht einen neuen Weg in eine neue Zeit!

Vielen Dank!

Näher beim Menschen

Das Programm der SPÖ-Niederösterreich:

Beste Kinderbetreuung

Wir müssen es jungen Paaren leichter machen, eine Familie zu gründen und trotzdem beruflich nicht den Anschluß zu verlieren. Voraussetzung dafür ist ein gut ausgebautes, leistbares und flächendeckendes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen – von Krabbelstuben bis hin zu Kindergärten – mit bedarfsgerechten Öffnungszeiten.

Beste Bildung

Weil sich gute Bildung für alle rechnet, möchten wir dafür das nötige Geld investieren. Jeder Familie soll eine Ganztagschule in Wohnortnähe zur Verfügung stehen. Eine Schule, wo unsere Kinder mit zeitgemäßen Methoden und moderner Ausstattung unterrichtet werden. Wir möchten aus Niederösterreich ein Bildungsmusterland machen. Hier wissen wir auch die engagierten Pädagoginnen und Pädagogen auf unserer Seite.

Beste Pflege

Viele ältere Menschen wünschen sich in der gewohnten Umgebung bleiben zu können – selbst wenn sie einmal Betreuung brauchen. Um das zu ermöglichen, haben wir mit „Umsorgt vor Ort“ ein neues Modell für Niederösterreich entwickelt – weg von großen Heimen, hin zu kleinen Seniorenzentren, geeignet für alle Gemeinden in Niederösterreich.

Arbeit schaffen

Nur mit einem fair bezahlten Arbeitsplatz können Menschen ihr Leben in die eigene Hand nehmen. Gerade für junge Leute ist ein guter Start ins Berufsleben enorm wichtig, ihnen gilt unsere besondere Aufmerksamkeit.

Auch die Integration Älterer in die Arbeitswelt hat für uns große Bedeutung, weil deren Lebenserfahrung für unser Land von unschätzbarem Wert ist.

PendlerInnen besser unterstützen

Unser Ziel ist es, Mobilität effizient, ökologisch verträglich und vor allem sozial gerecht zu gestalten. Wir brauchen deshalb dringend eine Reform der Pendlerunterstützung. Die NÖ-Pendlerhilfe muß in ein sozial ausgewogenes Pendlergeld umgewandelt werden. Wir wollen mehr Direktzahlungen, kein kompliziertes und derzeit ungerechtes Freibetragsystem.

Leistbares Leben

Das Leben ist in den letzten Jahren für viele Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher spürbar teurer geworden. Hohe Energie- und Treibstoffkosten, steigende Lebensmittelpreise und Mieten fressen einen immer höheren Teil des Einkommens auf. Wir brauchen eine Reform unseres Steuersystems hin zu mehr Gerechtigkeit. Die Millionäre müssen mehr in die Pflicht genommen werden, ArbeitnehmerInnen, Familien und PensionistInnen müssen hingegen deutlich entlastet werden.

Fair sparen, richtig investieren

Mit dem Steuergeld der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher muß sparsam, sorgsam und überlegt umgegangen werden.

Leider ist das derzeit in vielen Bereichen nicht der Fall. Verschwendung bei Werbung und Repräsentation, die skandalösen Spekulationsverluste bei den NÖ Wohnbaugeldern, zu teure Prestigeprojekte und überzogene Förderungen haben aus Niederösterreich das am höchsten verschuldete Bundesland Österreichs gemacht. Daher setzen wir uns für ein Spekulationsverbot, einen konsequenten Schuldenabbau, sorgfältigen Umgang mit Steuergeld sowie eine sparsame und bürgerernahe Landesverwaltung ein. ■

<http://www.noe.spoe.at>

Barbara Rosenkranz, Landesrätin und Landesparteiobfrau der FPÖ: Mut zur Heimat

Die FPÖ NÖ steht für aufrichtige Heimatliebe, den Mut zur Wahrung unserer Identität sowie die Wertschätzung der Generationen. Freiheit, Leistung und Chancengleichheit, getragen vom Bekenntnis zu sozialer Verantwortung, sind für sie von höchstem Wert. Die FPÖ NÖ will den Menschen ein verlässlicher Partner sein. Sie ist bereit Verantwortung für unser Land zu übernehmen. Als einzige Alternative setzt sie sich glaubwürdig für Bürgernähe, Transparenz und zukunftsorientierte Mitgestaltung ein. Der Respekt vor dem kulturellen Erbe garantiert uns, unseren

Kindern und Kindeskindern eine lebenswerte Heimat.

Sicherheit für Niederösterreich

Unsere Bevölkerung hat ein Recht auf Sicherheit in eigenen Land!

Die zahlreichen Meldungen über die gestiegene Kriminalität in Niederösterreich sind zu recht sehr beunruhigend. Kaum ein Tag vergeht ohne erschreckende Schlagzeilen. Kriminelle Banden nutzen die ungesicherte österreichische Grenze und gehen ungehindert in unserem Land auf Beutezüge. Unzählige Wohnungseinbrüche, Autodiebstähle und gar Raubüberfälle sind zu vermelden. Im großen Stil werden Kupferleitungen von Bahnstrecken abmontiert und sogar vor Friedhofspflünderungen schrecken die Banden nicht zurück. Das sind unhaltbare Zustände!

Doch was tut die regierende ÖVP? Nichts. Die ÖVP-Show-Politiker raten den Bürgern lediglich, sich hinter teuren Sicherheitstüren und Alarmanlagen zu verbarrikadieren!

Dies ist jedoch ineffizient: Die Kriminalität wird nicht eingedämmt, sondern nur verlagert. Auch die Idee der ÖVP, wenige ehemalige Grenzposten mit Polizei zu besetzen ist eine Augenauswischerei, wenn die Polizisten an der Grenze gar keine Personen kontrollieren dürfen. Grenzen kontrollieren, damit die Kriminellen erst gar nicht in unser Land kommen, lautet die Forderung.

Familien entlasten

Die Familie ist das wichtigste Gut und die Basis der Gesellschaft. Österreichische Familien werden seit Jahren kaputt gespart! Damit sie durch den Alltag kommen, müssen sie jeden Cent zweimal umdrehen. Die Schulstarthilfe und die 13. Familienbeihilfe wurden von der ÖVP und der SPÖ in den



Barbara Rosenkranz
Landesrätin und Landesobfrau der FPÖ
Foto: FPÖ NÖ

letzten Jahren (2009 und 2011) gestrichen. Das Kindergeld wurde seit 2001 nicht mehr an die Inflation angepaßt! Statt auf österreichische Familien zu unterstützen, setzen ÖVP, SPÖ und die Grünen lieber auf Einwanderung. Schluß mit dem Streichen von Familienleistungen! Die FPÖ steht für ein familienfreundliches Niederösterreich.

Deshalb fordert die FPÖ:

- Inflationsausgleich für Familienleistungen!
- 1.000 € mehr pro Kind (NÖ-Familien-scheck)
- Endlich mehr Steuergerechtigkeit (z.B. Familiensteuersplitting)

Keine weitere Verschwendung niederösterreichischer Steuergelder

Österreichische Steuergelder müssen zuallererst im eigenen Land für die eigene Bevölkerung eingesetzt werden. Die aktuelle Finanzkrise der EU zeigt: Die Funktions-EU funktioniert nicht! Es ist nicht möglich, so unterschiedliche Staaten wie Griechenland, Italien, Spanien oder Portugal mit Ländern wie Österreich oder Deutschland in einen Topf zu werfen. Ebenso wenig funktioniert der aufgeblähte zentralistische Bürokratismus. Die EU-Bürokratie kostet den Bürger immer mehr und entmündigt ihn dafür ständig weiter. Und die österreichische Bevölkerung muß darunter leiden: Die Arbeitslosigkeit in Österreich steigt wieder an, für den Pflegefonds mangelt es an Geld und jeder kann sich noch an den Kahlschlag bei den Familien erinnern. Dazu kommt, daß die Lebenshaltungskosten sprunghaft angestiegen sind. Rot und Schwarz entfernen sich immer mehr von der eigenen Bevölkerung: Sie verschleudern Milliarden an hart erarbeitetem österreichischen Volksvermögen an marode EU-Länder.

Deshalb fordert die FPÖ:

- Unser Steuergeld muß im eigenen Landeingesetzt werden: Für Familien, Pensionisten oder Pflegebedürftige!
- Keine realitätsfremde Bevormundung aus Brüssel. Unsere Politik bestimmen wir selbst!

Mehr direkte Demokratie:

Tatsache ist: Die Niederösterreicher sind zunehmend angewidert von der derzeit herrschenden politischen Klasse. Sei es auf Landes-, Bundes- oder europäischer Ebene – das Vertrauen in die Politiker ist dahin. ÖVP und SPÖ haben mehrfach bewiesen, daß sie nicht bereit sind, dem Volk mehr Mitspracherecht zu überlassen. Ihnen wird bewußt: Wenn die Bürger mehr Möglichkeiten erhalten, über die Geschicke ihres Staates (mit)zu entscheiden, müssen etablierte Politiker zwangsläufig auf Macht verzichten. Und: Immer mehr Verantwortung wird nach Brüssel verlagert, immer mehr Entscheidungen fallen zu Ungunsten der österreichischen Bevölkerung. Es ist mehr Einfluß zu geben, was die FPÖ Niederösterreich in einem Antrag gefordert hat, befürwortet ebenfalls eine absolute Mehrheit. Insgesamt halten 72 Prozent der Österreicher die Direkte Demokratie nach Schweizer Muster für zukunftstauglich. In unserem Nachbarland zeigt sich die Direkte Demokratie in der praktischen Anwendung als äußerst erfolgreich. Die Schweiz, mit ihrer starken direktdemokratischen Tradition, ist ein gut geführter und wirtschaftlich solider Staat, dessen Bürger sehr zufrieden mit dem politischen System sind. Dort zeigt sich, daß vernünftige und durchsetzungsfähige Kompromisse entstehen, die das Land voranbringen, wenn die Bürger an Entscheidungsprozessen, die sie selbst betreffen, aktiv teilhaben können. Dabei scheuen die Schweizer auch scheinbar unpopuläre Entscheidungen nicht, wenn sie notwendig sind.

Deshalb fordert die FPÖ:

- Mehr direkte Demokratie!
- Ein Demokratiepaket: Direktwahl des Landeshauptmannes und der Bürgermeister.
- Mehr Mitsprache für den Bürger
- Mehr Entscheidungsfreiheit für die Bürger.

<http://www.fpoe-noe.at>

Innenpolitik / Die Positionen der Grünen

Madeleine Petrovic, Klubobfrau der Grünen: Wir bleiben sauber

Saubere Umwelt, saubere Politik. Dafür stehen die Grünen seit jeher. Als 2001 die ÖVP mit der Spekulation mit Steuergeldern begonnen hat, waren die Grünen die erste und einzige Partei, die vor diesen Hochrisiko-Geschäften gewarnt hat. Die Grünen stehen auch heute dazu: Mit Steuergeld spekuliert man nicht!

Spekulationen

Über 1,5 Milliarden Spekulationsverluste hat auch der Rechnungshof bestätigt. 700 Millionen stecken noch immer in Risikogeschäften. Ein Gutachten eines unabhängigen Prüfers hat deutlich ergeben, daß Niederösterreich ohne Spekulationsgeschäfte besser daran gewesen wäre. Pro Jahr entgehen dem Land Niederösterreich derzeit 100 Millionen Euro. Mehr braucht die Grüne Klubobfrau Madeleine Petrovic nicht zu wissen, um der ÖVP eine Kampfansage zu übermitteln: „Wir werden die ÖVP daran hindern, noch mehr Steuergeld der NiederösterreicherInnen zu vernichten. Wir retten, was noch zu retten ist“, sie.

Der niederösterreichische Finanzchef Sobotka spekulierte im großen Stil. Nicht nur mit Steuergeld, sondern auch damit, daß Journalisten und BürgerInnen sein System – das er gemeinsam mit Fondsmanagern, Vertrauten und Bankenbossen so kompliziert wie möglich erschaffen hat – nicht durchschauen. Die Grünen waren hartnäckig und haben nach jahrelanger Recherchearbeit den Code geknackt: Ein kompliziertes Konstrukt sollte das verschleiern, was die ÖVP seit 2001 mit dem Steuergeld der NiederösterreicherInnen in Wahrheit anstellt: Mit Fonds in Irland und Luxemburg, mit der Hypo NÖ, Privatstiftungen und einer eigenen Landesgesellschaft ließ sich die ÖVP Wohnbaudarlehen abkaufen, um Milliarden weiter an Gesellschaften zu geben, damit diese sie gewinnbringend anlegen. Man erwartet einen satten Gewinn – das geht nicht ohne hohes Risiko. Unterstützt wurde der Zocker-Landesrat dabei von SPÖ und FPÖ, die den Veranlagungen der Wohnbaugelder im NÖ Landtag immer brav zustimmten.

Mit dem verzockten Geld, hätte man in nachhaltige Projekte, in Bildung, in Umweltschutz und Öffentlichen Verkehr investieren können.



Madeleine Petrovic
Klubobfrau der Grünen

Foto: Die Grünen Niederösterreich

PendlerInnen

Apropos Öffentlicher Verkehr: Niederösterreichs PendlerInnen haben es nicht leicht: Im flächenmäßig größten Bundesland fällt es sehr schwer, aufs Auto zu verzichten. Aber so müßte es nicht sein: Die niederösterreichische Verkehrspolitik ist jahrzehntelang in die falsche Richtung gelaufen. Man ließ Bahnstrecken auf, stellte Busse ein, dünnte Takte aus. So machte die ÖVP-Verkehrspolitik den Öffentlichen Verkehr immer unattraktiver, in Straßenbau wurde aber fleißig investiert. Die Rechnung präsentiert sich jetzt: Spritpreise, Parkplatzprobleme und steigende Unfallzahlen machen den NiederösterreicherInnen schwer zu schaffen. Auch die PendlerInnenförderung neu schafft hier keine Abhilfe.

365-Euro-Ticket

Die Grünen sind sich sicher: Es braucht ein Umdenken in der Verkehrspolitik. Der Ausbau des Öffentlichen Verkehrs ist ein Gebot der Stunde. Steigt die Attraktivität der Öffis, steigen auch die Fahrgastzahlen, das können zahlreiche Beispiele aus anderen Ländern beweisen. Dabei ist aber vor allem eines wichtig: Daß den NiederösterreicherInnen sofort geholfen wird.

Die Grünen fordern daher eine 365-Euro-Ticket, mit dem alle NiederösterreicherInnen ein ganzes Jahr lang alle Öffentlichen Verkehrsmittel in Niederösterreich benutzen können. Das Beispiel Wien hat gezeigt, daß das funktioniert: Innerhalb kürzester Zeit gab es einen Boom auf die Jahreskarten. Die Menschen brauchen günstige Alternativen zum Autofahren. Komplizierte Tarifsysteme müssen der Vergangenheit angehören. Von einem 365-Euro-Jahresticket würden alle profitieren: BerufspendlerInnen, SchülerInnen, Studierende, PensionistInnen und Fa-

milien. Um nur 1 Euro pro Tag könnte jede Niederösterreicherin und jeder Niederösterreicher quer durchs Bundesland fahren. Die Notwendigkeit zum Ausbau der Öffentlichen Verkehrsmittel ergäbe sich dann ganz von selbst.

Korruption

„Was war mei Leistung?“ – diese Frage, wie sie im Zusammenhang mit den spektakulären Korruptionsfällen der letzten Jahre öfters auftauchte, müssen sich die Grünen nicht stellen. Die Grünen sind die einzige Partei, die in keinerlei Korruptionsfälle verwickelt sind. Auf Bundesebene waren es ebenfalls die Grünen, die den erfolgreichsten Korruptions-Untersuchungsausschuß aller Zeiten leiteten.

Wir bleiben sauber

Bereits im Vorjahr haben die Grünen deutlich gemacht: „Wir sind 100 % Bio und 0 % korrupt.“ Diesem Motto bleiben die Grünen Niederösterreich auch im Wahlkampf treu: „Wir bleiben sauber“ lautet das Credo und damit touren die Grünen durch die Regionen. Im Wahlkampfgepack haben die Grünen einen umweltfreundlichen, CO₂-neutralen, mobilen Eislaufplatz, der das „Come Together“ mit den NiederösterreicherInnen möglich macht.

Madeleine Petrovic bürgt persönlich

Spitzenkandidatin Madeleine Petrovic bürgt persönlich für saubere Politik. Als Beamtin und juristische Beraterin kam sie damals zur Grün-Bewegung, die sich für den Erhalt der Hainburger Au stark machte. Seitdem bestimmt Grün ihr Leben – aus Überzeugung. Nach Jahren in der Bundespolitik, ist es nun das Bundesland Niederösterreich, das ihre ganze Aufmerksamkeit verdient. Seit 2003 ist sie im Grünen Klub im NÖ Landtag und stemmt sich gemeinsam mit ihren KollegInnen gegen die absolute Macht der ÖVP – immer öfter sogar mit Erfolg. Ihre zentralen Themen sind: Demokratie und Kontrolle, Migration und Integration, selbstverständlich Tierschutz, Umwelt, Verkehr und Verfassungsrecht. Ihre Vision: „Ein Niederösterreich, wo das Parteibuch, die Herkunft und Verwandtschaftsgrade nicht zählen. Herzblut, Engagement, Leistung – das brauchen wir. Gerade auch in der Politik.“

<http://niederoesterreich.gruene.at>

2015 nur mehr 285 Gemeinden

Die steirischen Reformpartner präsentieren Gemeindestrukturereform

Foto: Carina Karlovits/HBF



v.l.: ÖVP-Klubobmann Christopher Drexler, LH-Stv. Hermann Schützenhöfer, LH Franz Voves und SPÖ-Klubobmann Walter Kröpfl

Die steirischen Reformpartner Landeshauptmann Franz Voves (SPÖ) und Landeshauptmann-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer (ÖVP) haben am 21. Jänner im Beisein der Klubobleute Walter Kröpfl und Christopher Drexler die Ergebnisse der Gemeindestrukturereform präsentiert.

„Am Beginn der Legislaturperiode im Jahr 2010 hatte die Steiermark 542 Gemeinden und damit im Vergleich zu allen anderen Bundesländern die kleinteiligste Gemeindestruktur. 2015 werden es 285 Gemeinden sein. Mit dieser Reform wird der Nachteil, den die Steiermark durch ihre Kleinstrukturiertheit bisher hatte, endlich aufgehoben. Stärkere Gemeinden in stärkeren Regionen bieten uns die Chance, die Abwanderung aus den ländlichen Gebieten einzudämmen und Wirtschaft und Beschäftigung vor Ort zu erhalten bzw. auszubauen“, so Voves. Er finde es großartig, daß 207 Gemeinden freiwillig fusionieren wollen.

Und Schützenhöfer betonte: „Das ist ein historischen Tag für die Steiermark. Wir haben die Weichen für die Zukunft gestellt. Mit weniger Gemeinden sind wir einfach stärker und für die nächsten 60, 70 Jahre überlebensfähiger. Die durchschnittliche Einwohnerzahl je Gemeinde wird sich durch die Reform von 1754 auf 3342 erhöhen, damit liegen wir österreichweit an der dritten Stelle nach Vorarlberg und Kärnten. Da ist ein großer Wurf gelungen.“ Der österreichweite Durchschnitt liegt übrigens bei 2840 Einwohner pro Gemeinde.

Zu Beginn dieser Legislaturperiode lagen noch 32 Prozent aller österreichischen Gemeinden unter 1000 Einwohner in der Steiermark. 2015 wird sich dieser Anteil auf 3,6 Prozent verringert haben. Im Gegenzug gibt es statt fünf Gemeinden mit über 10.000 Einwohnern ab 2015 nun 15 steirische Gemeinden dieser Größenordnung. Die höchste Anzahl an Gemeinden pro Bezirk wird es ab 2015 in Graz-Umgebung und Hartberg-Fürstenfeld (beide je 36) geben, gefolgt von Weiz (30) und Liezen sowie Leibnitz (je 29).

ÖVP-Klubobmann Christopher Drexler betonte, „ohne die entschlossene Doppelspitze Voves und Schützenhöfer wäre die Re-

form nicht zustande gekommen. Verdienst und Hauptverantwortung liegen vor allem bei ihnen“, so Drexler. SPÖ-Klubobmann Walter Kröpfl meinte, daß „am Anfang die Stimmung in beiden Klubs durchaus skeptisch war, heute gibt es aber eine breite Zustimmung“. Im Februar werde der Bericht über die Gemeindestrukturereform in den Landtag eingebracht und im zweiten Halbjahr die freiwilligen Vereinigungen genehmigt werden. Das Gesetz zur Gemeindestrukturereform werde Mitte 2014 beschlossen und ab 1. Jänner 2015 gelte die neue Gemeindestruktur, so die Klubobleute.

<http://www.gemeindestrukturereform.steiermark.at>

Grafik: Amt der Steirischen Landesregierung



Die Gemeindestrukturereform orientiert sich vor allem am Konzept der »Lebensrealitäten-Zentrale Orte«, wobei insbesondere die Funktionsfähigkeit bestehender Zentren gestärkt werden soll.

Graz: Spannende Wahlgänge

Am 25. Jänner fand die konstituierende Sitzung des Gemeinderates statt, bei der die am 25. November 2012 gewählten MandatarInnen angelobt wurden und ihrerseits wieder die Stadtregierung wählten.



Foto: Stadt Graz/Fischer

Der neue alte Bürgermeister der Stadt Graz: Siegfried Nagl – rechts im Bild: Steiermarks Landeshauptmann Franz Voves

Um Punkt 10.08 Uhr eröffnete der bisherige Bürgermeister Siegfried Nagl die Sitzung: „Heute findet in unserem Grazer Rathaus eine Angelobung statt, die für das Bestehen unseres Systems von enormer Bedeutung ist. Der oberste Souverän in der Demokratie, die Grazer Bürgerinnen und Bürger, haben am 25. November das Recht gehabt, ihre Vertreterinnen und Vertreter in diese Versammlung zu wählen. Für jede und jeden Einzelnen von uns, die heute hier Platz nehmen dürfen, ist es eine besondere Auszeichnung und eine besondere Verpflichtung, zu jenen 48 Personen im Gemeinderat, bzw. wenn wir die Stadtregierung dann gewählt haben werden, zu jenen 55 Persönlichkeiten zu zählen, welche die inzwischen mehr als 300.000 Menschen, die in Graz ihren Wohnsitz haben, vertreten dürfen.“

Die Menschen haben einen besonders guten Einblick in die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit von Entscheidungen. Deshalb müssen wir uns anstrengen, um die Erwartungen nicht zu enttäuschen. Wenn die Sprache nicht stimmt, dann ist das, was gesagt wird, nicht das, was gemeint ist. So kommen keine guten Werke zustande. Also dulde man keine Willkür in den Worten, hat

uns bereits Konfuzius mit auf den Weg gegeben. [...] Sie alle haben einen großen Vertrauensvorschub der Menschen in Graz bekommen. Wir, die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte und der Stadtsenat, sind dazu aufgerufen, den Menschen Ziele und Wege zu zeigen. Wir müssen gemeinsam Chancen aufzeigen und ergreifen, aber auch Gefahren frühzeitig erkennen und Menschen darauf hinweisen.“

Wahl der GemeinderätInnen

Dann übergab Nagl laut Statut der Landeshauptstadt Graz den Vorsitz an das an Jahren älteste Mitglied des Gemeinderates („der an Lebenserfahrung reichsten Gemeinderätin“, so Nagl), die ÖVP-Mandatarin Gerda Gesek. Magistratsdirektor Martin Haidvogel verlas die Gelöbnisformel für die GemeinderätInnen: „Ich gelobe unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Lande Steiermark, gewissenhafte Beachtung der Gesetze, unparteiische und uneigennützig Erfüllung meiner Aufgaben, strenge Wahrung der mir obliegenden Verschwiegenheitspflicht und Förderung des Wohles der Stadt Graz nach bestem Wissen und Gewissen“, worauf zuerst Gerda Gesek und

dann in alphabetischer Reihenfolge alle Mitglieder des Gemeinderates mit den Worten „Ich gelobe“ versicherten, in den nächsten fünf Jahren mit vollem Einsatz für die steirische Landeshauptstadt zu arbeiten.

ÖVP: Klares Bekenntnis zur Gesamtverantwortung

Dann brachte der Klubobmann der mandatsstärksten Partei ÖVP, Kurt Hohensinner, den schriftlichen Wahlvorschlag ein, Siegfried Nagl zum Bürgermeister zu wählen. „Die ÖVP hat mit 14 Prozent einen klaren Vorsprung als stimmenstärkste Partei – ein lupenreiner ‚Hatrick‘, wie es im Fußball heißt. Gleich nach der Wahl hat Nagl mit allen Fraktionen zügig Gespräche begonnen und von Anfang an die Strategie vorgegeben. Sein Ziel war es, einen möglichst breiten Schulterschluss mit allen Parteien zu finden. Auch die Gespräche mit den Grünen verliefen konstruktiv, die KPÖ hat sich selbst aus dem Rennen genommen. Mit dem beschlossenen Stabilitätspakt mit der SPÖ und der FPÖ gibt es ein klares Bekenntnis zur Gesamtverantwortung, der inhaltliche Schwerpunkt liegt auf dem Stadtentwicklungskonzept.“

Innenpolitik

KPÖ: Interessensvertretung für jene, die keine Lobby haben

Dann ergriff KPÖ-Stadträtin Elke Kahr das Wort: „Die Gemeinderatswahl hat ein überraschendes Ergebnis gebracht, auch für mich. Dieser Stimmengewinn – das waren die schönsten Tage, die wir erlebt haben. Die KPÖ hat Stimmenverluste immer gefaßt hingenommen, wir werden jetzt auch bei Erfolgen nicht hochmütig werden. Als fester Bestandteil der politischen Landschaft in Graz ist die KPÖ die Interessensvertretung der Menschen, die keine Lobby haben. Urbanität und modernes Herangehen an gesellschaftliche Probleme sind häufig verwendete Worte, die aber oft die wichtigen Fragen ausblenden. Einige unsere Forderungen sind verwirklicht worden, einige Sorgen wegen des Hauses Graz waren berechtigt.“

SPÖ: Gute Grundlagen geschaffen

„Wir haben in den Gesprächen um das Stabilitätspapier konstruktiv gemeinsam gearbeitet“, betonte im Anschluß SPÖ-Gemeinderat Michael A. Grossmann. „Es wurden gute Grundlagen geschaffen, schließlich geht es um ein konstruktives Bemühen für konstruktive Arbeit. Es kommt auf uns alle an, unsere Ziele zu erreichen. Die Verantwortung für uns alle ist groß, vor allem die Koordinierungsfunktion des Bürgermeisters wird eine wichtige sein. Wir haben das Vertrauen, daß Siegfried Nagl diese gut ausführen wird. Die SPÖ spricht ihm deshalb ihr Vertrauen aus.“

FPÖ: Neuer Handlungsspielraum

FP-Stadtrat Mario Eustacchio freute sich, „so viele neue Gesichter zu sehen. Der Gemeinderat hat sich nicht nur verschlankt, sondern auch verjüngt. Die Wahl hat eine neue Konstellation der Regierung gebracht, die FPÖ ist gestärkt daraus hervorgegangen. Ich möchte das Zutrauen der Bevölkerung annehmen. [...] Das freie Spiel der Kräfte wird Einzug halten im Grazer Gemeinderat! Das ist der richtige Weg, um die Stadt weiter voranzubringen. Es gilt, Mehrheiten zu finden. Das ist extrem spannend, ich wünsche uns allen viel Glück für die nächsten fünf Jahre!“

Grüne: Schwerpunkte fehlen

Als letzte Rednerin meldete sich die ehemalige Grüne Vizebürgermeisterin Lisa Rücker zu Wort: „Wir Grüne wurden eingeladen, über den Stabilitätspakt zu sprechen. Wir haben das Papier als selbstverständlich erachtet, schließlich kann sich die Stadt Graz



Foto: Stadt Graz/Fischer

Das neue Grazer Führungsduo Bürgermeister Siegfried Nagl (ÖVP) und seine Stellvertreterin Martina Schröck (SPÖ)

nicht anders einigen als in Richtung Stabilisierung des Budgets. Man muß sich aber auch auf Schwerpunkte einigen, dazu konnten wir keine Gespräche führen. Es war für uns eine klare Entscheidung, das Papier nicht zu unterschreiben, da keine Festlegung auf große Herausforderungen getroffen wurde. [...] Wir werden Bürgermeister Nagl nicht wählen und auch Stadtrat Eustacchio nicht unterstützen.“

Bürgermeister Nagl wieder gewählt

Nun ging es endgültig an die Wahl des Bürgermeisters. Das Ergebnis: 48 abgegebene Stimmen, davon 17 ungültig, 31 gültig für Siegfried Nagl. Laut Statut war somit der alte auch zum neuen Bürgermeister gewählt. Nach Applaus der Anwesenden und Standing Ovationen der VP-MandatarInnen nahm Nagl die Wahl an und wurde durch Landeshauptmann Franz Voves angelobt.

Keine Mehrheit für Kahr in zwei Wahlgängen

Dann stellte Nagl die Beschlußfähigkeit des Gemeinderates fest und verlautebarte, daß gemäß Statut der Landeshauptstadt Graz ein Wahlvorschlag der zweitstärksten Partei, der KPÖ, für die Vizebürgermeisterin vorliegt, lautend auf Elke Kahr. Im ersten Wahlgang waren von den abgegebenen 48 Stimmen 28 ungültig, die gültigen 20 Stimmen zählten für Elke Kahr. Damit hatte Kahr keine

Mehrheit erreicht, der Wahlgang war zu wiederholen. Wieder wurden Stimmzettel verteilt. Im zweiten Wahlgang bekam Kahr 21 der 48 Stimmen, bekam also wieder keine Mehrheit. Darauf unterbrach Bürgermeister Nagl laut Statut die Gemeinderatssitzung und vertagte sie auf den folgenden Tag.

Elke Kahr erreichte auch im dritten Wahlgang keine absolute Mehrheit – nur 23 der 48 MandatarInnen hatten für sie gestimmt. Im vierten Wahlgang steht das Vorschlagsrecht allen im Gemeinderat vertretenen Wahlparteien zu. Die KPÖ nominierte wieder Elke Kahr, die SPÖ Martina Schröck, alle übrigen Wahlparteien verzichteten auf einen Vorschlag.

Das Ergebnis: eine ungültige Stimme, 23 für Elke Kahr, 24 für Martina Schröck. Damit gab es wieder keine absolute Mehrheit, was einen fünften Wahlgang und damit eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidatinnen notwendig machte. In diesem letzten Wahlgang reicht die relative Mehrheit.

Fünfter Wahlgang: Schröck wird Vizebürgermeisterin

Hauchdünn fiel die Entscheidung im fünften und letzten Wahlgang: Martina Schröck, SPÖ, wurde mit 24 Stimmen zur Vizebürgermeisterin gewählt. Elke Kahr hatte 23 Stimmen erhalten. ■

<http://www.graz.at/cms/ziel/245158/DE>

650 Jahre Tirol bei Österreich

Am 26. Januar 1363 vermachte Margarete »Maultasch«, Gräfin von Tirol, nach dem Tod ihres zweiten Mannes Ludwig von Brandenburg und ihres Sohnes Meinhard III. die Herrschaft an Etsch, Eisack und Inn den Herzögen von Österreich.



Fotos: Land Tirol / Die Fotografen

Festakt in der Innsbrucker Hofburg: am Podium Tirols Landeshauptmann Günther Platter bei seiner Festansprache

Mit der Übergabe der gefürsteten Grafenschaft Tirol an die Habsburger setzte die Tiroler Erbprinzessin den Auftakt für die gemeinsame Geschichte Tirols mit Österreich.

Das Land Tirol beging das 650-Jahr-Jubiläum am 27. Jänner mit einem Festakt in der Innsbrucker Hofburg. „Es ist eine Geschichte mit vielen Höhen und Tiefen, in der die Länder des heutigen Österreich ihren eigenen Charakter entwickelten und sich oft mühsam, aber letztlich doch erfolgreich zu einem gemeinsamen Ganzen – Österreich – zusammenfanden“, sagte Bundespräsident Heinz Fischer in seiner Festansprache.

Gemeinsam Zukunft gestalten

Tirols Landeshauptmann Günther Platter hob in seiner Rede die starke Vernetzung und grenzüberschreitende Zusammenarbeit Tirols, Südtirols und des Trentino hervor:



Bundespräsident Heinz Fischer

„Das Jubiläum läßt uns auch in die Zukunft blicken. Denn diese Zukunft liegt in Europa, das auch jenen Rahmen bildet, in dem sich alle historischen Landesteile als Europa-region wieder zueinander hin entwickeln. Gemeinsam können wir unsere Position in einem der wichtigsten Kraftfelder des Kontinents stärken.“

Mit der Teilung Tirols 1918 und der Angliederung Südtirols an Italien endete die gemeinsame Geschichte für Südtirols Landeshauptmann Luis Durnwalder nur vorläufig: „Was wir in diesen Jahren erleben, ist eine Wiederaufnahme dieser Geschichte, indem die Grenzen zwischen Italien und Österreich dank des vereinten Europa immer weniger spürbar werden und wir wieder stärker mit den Landesteilen im Norden und Osten zusammenwachsen.“ *(Lesen Sie auf der Seite 36 über die diesbezüglichen Aktivitäten in Südtirol.)*

Innenpolitik

Foto: Land Tirol / Die Fotografen



Abschreiten der Ehrenformationen vor der Hofburg zu Innsbruck: vorne (l.) LH Günther Platter und Bundespräsident Heinz Fischer, dahinter (l.) Südtirols LH Luis Durnwalder und der Trentiner LH Alberto Pacher.

Die Jahrhunderte gemeinsamer Geschichte und Kultur stellen für den Trentiner Landeshauptmann Alberto Pacher die tragende Säule der Europaregion im vereinten Europa dar: „Am heutigen Tag ist es notwendig, sich der Geschichte und der Merkmale bewußt zu sein, die uns verbinden. Dennoch müssen wir die jeweiligen Eigenheiten des anderen respektieren, um eine

Foto: Österreichisches Staatsarchiv



Prunkfassung der Urkunde vom 26. Jänner 1363 mit den Siegeln der Regentin und von 14 Landherren ihres Rates – sehen Sie eine große Darstellung auf der Seite 37.

konstruktive und nachhaltige territoriale Einheit zu schaffen, welche für ganz Europa beispielgebend sein kann.“

Geschichte macht Zukunft

„Die Erinnerung an diesen Tag vor 650 Jahren ist mehr als eine nostalgische Rückschau“, meinte Tirols Kulturlandesrätin Beate Palfrader, die durch den Festakt führte: „Mit der Feier gedenken wir einer ent-



Foto: Land Tirol / Die Fotografen

v.l.: LH Günther Platter, Bundespräsident Heinz Fischer, Südtirols LH Luis Durnwalder und der Trentiner LH Alberto Pacher

scheidenden Epoche der Geschichte des Landes, in der jene Weichen gestellt wurden, die bis heute die Möglichkeiten Tirols in Europa bestimmen.“ Als die Habsburger das bedeutende Paßland Tirol 1363 übernahmen, schlugen sie eine Brücke zwischen ihren Besitzungen in Österreich und dem Stammland am Oberrhein und stärkten die Nord-Süd-sowie Ost-West-Achse.

Bereits unter Meinhard II., dem Großvater der späteren Landesfürstin Margarete „Maultasch“, florierte das Land dank dem Ausbau der Verkehrswege, der Modernisie-

rung des Finanzwesens und der Verwaltung sowie einer geschickten Bündnispolitik. Die Habsburger setzten diesen erfolgreichen Weg fort und festigten die strategische wie wirtschaftliche Bedeutung Tirols. Über diesen Herrschaftswchsel sowie dessen Hintergründe und Auswirkungen referierte der Historiker Josef Riedmann. Der aus Bayern stammende Intendant des Tiroler Landestheaters, Johannes Reitmeier, beleuchtete die historischen Ereignisse aus der Perspektive des nördlichen Nachbarlandes. Denn auch der Schwiegervater Margaretes, Kaiser Ludwig der Bayer, erhob Anspruch auf das Land im Gebirge.

Der Festakt fand mit der Uraufführung des Werks „Sigillum“ einen feierlichen Ausklang. Landeskapellmeister Hermann Pallhuber komponierte im Auftrag des Landes anlässlich des Jubiläums symbolisch 650 Sekunden Festmusik. Das Stück für Blechbläser und Pauken verbindet imposante

Fanfarenklänge mit mittelalterlicher Musik und mündet in die vertraute Melodie der österreichischen Bundeshymne.

Dem Festakt ging ein Landestüblicher Empfang vor dem Tiroler Landestheater mit Abordnungen aus allen drei Landesteilen sowie ein Gottesdienst im Innsbrucker Dom voran, den Diözesanbischof Manfred Scheuer zelebrierte. ■

Weitere Informationen und historische Hintergründe zu den Ereignissen von 1363 finden Sie in der Sonderausgabe der Tiroler Landeszeitung über untenstehenden Link:

Findbuch für Opfer des Nationalsozialismus

Eine Online-Plattform des Österreichischen Nationalfonds ermöglicht die Suche nach Archivmaterialien in österreichischen Archiven.

Foto: Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Leo Hagen



Nach der Präsentation im Parlament (v.li.): der Botschafter von Israel in Österreich, Aviv Shir-On, Generalsekretärin des Nationalfonds Hannah Lessing, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Institut für Slawistik Univ.-Prof.in Katja Sturm-Schnabl, Schauspieler und Autor Miguel Herz-Kestranek, Institut für Zeitgeschichte Universität Wien Univ.-Prof. Gerhard Botz und Provenienzforscherin in der Albertina Pia Schönberger.

Anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktages am 27. Jänner – dem Tag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz – stellt der Nationalfonds der Republik Österreich das Findbuch für Opfer des Nationalsozialismus vor. Das neue Online-Portal ermöglicht eine Suche nach Materialien zu NS-Vermögensentziehungen und österreichischen Restitutions- und Entschädigungsmaßnahmen in mehreren österreichischen Archiven. Das Findbuch soll laufend erweitert werden und bietet zunächst rund 130.000 Datensätze aus dem Österreichischen Staatsarchiv und den Landesarchiven von Burgenland, Oberösterreich, Salzburg, Kärnten und Tirol. Damit können etwa Informationen zu Vermögensanmeldungen, die Juden und Jüdinnen nach dem „Anschluss“ 1938 abgeben mußten, aber auch zu Akten der nach Kriegsende eingerichteten Rückstellungskommissionen online abgefragt werden. Zudem bietet das Findbuch historische Adreßbücher und Amtskalender in digitalisierter Form, wodurch Recherchen zu Privatpersonen, gewerblichen Betrieben oder Behörden, die für die NS-Vermögensentziehung und Rückstellung

nach 1945 zuständig waren, erleichtert werden. Das Findbuch stellt damit eine der umfangreichsten Sammlungen von personenbezogenen Informationen zu den NS-Vermögensentziehungen sowie zu österreichischen Restitutions- und Entschädigungsmaßnahmen nach 1945 dar.

Nationalsozialismus als Familiengeschichte

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion zum Thema „Familien-Geschichten. Restitution und Entschädigung im generationellen Gedächtnis“ wurde das Findbuch am 15. Jänner im Parlament präsentiert. Es diskutierten

© Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus



Screenshot der Inhaltsseite von Findbuch

Innenpolitik



Der Journalist und ehemalige Herausgeber der »Jerusalem Post«, Ari Rath, am Wort, davor v. li. der Oberrabbiner der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, Paul Chaim Eisenberg, und die Findbuch-ProjektmitarbeiterInnen Annette Eisenberg, Iris Petrinja und Peter Stadlbauer.

die Professorin am Institut für Slawistik der Universität Wien Katja Sturm-Schnabl, der Schauspieler und Autor Miguel Herz-Kestranek, die Provenienzforscherin in der Albertina Pia Schölnberger und der emeritierte Universitätsprofessor am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien Gerhard Botz, unter der Moderation der Generalsekretärin des Nationalfonds und des Allgemeinen Entschädigungsfonds, Hannah Lessing, über die Auswirkungen der NS-Zeit auf das Familiengedächtnis und die Bedeutung von Restitution und Entschädigung für die NS-Opfer.

Für die Vorsitzende des Kuratoriums des Nationalfonds, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, kommt das Findbuch zum richtigen Zeitpunkt. Der 2001 auf Basis des Washingtoner Abkommens eingerichtete Entschädigungsfonds, dessen Arbeit die Grundlage für das Findbuch bildete, habe seine Aufgaben weitgehend erfüllt. Im Vorfeld des Internationalen Holocaust-Gedenktages werde ein wichtiger Informationsspeicher zugänglich gemacht, der nicht nur NS-Opfern aus Österreich und deren Nachkommen zugutekomme, sondern auch HistorikerInnen, Schulen, Universitäten und Gedenkprojekten. „Recherchen im Findbuch sind auch eine Form des Erinnerns und Gedenkens und somit Teil der österreichischen Erinnerungskultur“, so Prammer.

Das Findbuch wird von österreichischen Archiven, Bibliotheken und anderen Institutionen unterstützt. Dazu der Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchivs, Univ.-

Doz. Wolfgang Maderthaner: „Das österreichische Staatsarchiv ist stolz, zur erfolgreichen Realisierung dieses notwendigen und lange überfälligen Projekts durch umfassende Bereitstellung grundlegenden historischen Quellenmaterials beigetragen zu haben.“ Die Generaldirektorin der Österreichischen Nationalbibliothek, Johanna Rachinger, meinte: „Sehr gerne haben wir die Initiative des Nationalfonds zur Einrichtung eines Online-Findbuches unterstützt. Immer noch ist es für die Nachkommen vieler Opfer

sehr schwierig, zu ihrem Recht zu kommen oder auch nur Licht in die tragischen Schicksale ihrer Verwandten zu bringen. Ich bin zuversichtlich, daß mit dem Findbuch für die Opfer des Nationalsozialismus ein wichtiges Werkzeug dafür geschaffen wurde.“ Für die Leiterin der Universitätsbibliothek Wien, Hofrätin Maria Seissl, stellt das Findbuch „einen wichtigen Schritt für den digitalen Zugang zu Information dar, der sowohl den NS-Opfern und deren Nachkommen, als auch der wissenschaftlichen Aufarbeitung und der Erinnerungsarbeit zugutekommt.“

Ziel der Veröffentlichung des – auch in englischer Version abrufbaren – Findbuchs ist es in erster Linie, den NS-Opfern aus Österreich und deren Nachkommen, aber auch dem wissenschaftlichen Fachpublikum, Provenienz- oder FamilienforscherInnen die Suche nach familiären Spuren in österreichischen Archivbeständen zu erleichtern. Damit soll die familiengeschichtliche, wissenschaftliche, bildungspolitische und zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Nachwirkungen in Österreich gefördert werden. „Mit der Veröffentlichung des Findbuchs schließt der Nationalfonds an sein Engagement zur Wahrnehmung der besonderen Verantwortung Österreichs gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus sowie deren Nachkommen an“, so Lessing abschließend. ■

<http://www.findbuch.at>

<http://www.nationalfonds.org>



Fotos: Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Leo Hagen

Blick in Richtung VeranstaltungsteilnehmerInnen. In der erste Reihe v.r.: Generalsekretärin des Nationalfonds Hannah Lessing, der Botschafter von Israel in Österreich, Aviv Shir-On, der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde, Oskar Deutsch, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Volksanwältin Tereziya Stoitsits, Nationalfonds-Generalsekretär Herwig Hösele, NR-Abg. Harald Walser und emer. Univ.-Prof. Gerhard Botz.

Plädoyer für Jugend und solidarisches Europa

Bundeskanzler Werner Faymann war im EU-Parlament in Straßburg zu Gast.

Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) hat am 15. Jänner in seiner Rede gegen jene ausgesprochen, die eine Kaputtsparpolitik, bei der per „Rasenmäher“ gekürzt wird, vertreten. Wichtig ist es für ihn, sich um die Jugendlichen und jungen Erwachsenen in ganz Europa zu kümmern, die im Moment keinen Job haben. Dabei betonte er vor allem den Zusammenhalt in der Europäischen Union: „Wir sitzen alle im selben Boot.“ Vom Ende der Krise zu reden, sei zynisch, da nach wie vor so viele junge Menschen keine Ausbildung und keinen Job hätten. Eine Ausbildungsgarantie nach österreichischem Vorbild könnte mehr als eine Million 16- bis 17-jährige von der Straße holen. Wer in Schönwetterzeiten vom gemeinsamen Markt profitiert, „der kann nicht im Sturm das Ruder aus der Hand legen, wenn es darum geht, das Boot wieder in sichere Gewässer zurückzubringen. Im Sturm heißt es: mit anpacken, mitrudern und zusammenhalten“, betonte der Kanzler. Denn: „Sozialer Zusammenhalt ist eine gemeinsame Aufgabe, die keine nationalen Grenzen kennt“.

Wenn wir Europa stärken, stärken wir uns selbst

Bei der Bekämpfung der Krise müssten sich auch die Finanzmärkte beteiligen. „Wir sind mit der Regulierung der Finanzmärkte in Europa noch lange nicht am Ende. Schädliche Spekulationsgeschäfte müssen verboten werden. Zur gemeinsamen Bankenaufsicht müssen als weitere Schritte ein schlagkräftiges Bankeninsolvenzrecht kommen, sowie eine Reform der Einlagensicherung. ‚Too big to fail‘ sollte nicht länger als ständiges Damokles-Schwert über unseren Köpfen hängen“, sagte der Kanzler. Dabei lobte er aber auch, was im Gegensatz zu den 1930er Jahren schon zustande gebracht wurde und Instrumente eingesetzt wurden, die eine Wiederholung der Krise verhindern sollen. Dazu gehört auch die Finanztransaktionssteuer. Der Kanzler bedankte sich explizit bei den Abgeordneten des Europäischen Parlaments für die Unterstützung bei deren Einführung. „Sie ist“, so der Bundeskanzler,



Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundeskanzler Werner Faymann im Europäischen Parlament in Straßburg

„ein Symbol, das zeigt, daß auch die Finanzmärkte ihren Beitrag zur Bewältigung der Folgen der Finanzkrise leisten.“

Zum Thema Energiepolitik sagte der Kanzler, daß er auch hier Vertrauen und Verlässlichkeit erwartet, die Atomenergie aber nicht bietet. „Atompolitik ist keine nachhaltige Politik.“ Spätestens seit Fukushima weiß man, daß Atomenergie nicht kontrollierbar ist, vor allem hinsichtlich der Frage der Endlagerung.

Ausbildung für alle jungen Menschen in Europa

Österreich, das eine der geringsten Arbeitslosenraten und die geringste Jugendarbeitslosigkeit aufweist, ist mit der Facharbeitersausbildung und der dualen Ausbildung

Vorbild für Europa. Maßnahmen wie diese stärken den Wirtschafts- und Industriestandort Europa. Im Zusammenhang mit dem nächsten mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 sagte der Kanzler: „Würden wir aufhören, über Rabatte zu reden, und das Geld in Ausbildung investieren, in Lehrwerkstätten, hätten wir über eine Million von der Straße geholt. Das muß der Gesellschaft doch etwas wert sein.“

Der Bundeskanzler schloß mit einem eindringlichen Plädoyer für Zusammenhalt und Miteinander in Europa: „Wenn die Enkelkinder der Österreicher mit Enkelkindern aus Südeuropa eines Tages über unsere Politik urteilen, möchte ich, daß sie sagen: ‚In einer schwierigen Zeit waren Solidarität und Nächstenliebe stärker als Egoismus und Gier‘.“ ■

Finanztransaktionssteuer ist beschlossene Sache

Der ECOFIN hat heute eine wichtige Entscheidung für Europa getroffen und uns mit qualifizierter Mehrheit die Ermächtigung zur Finanztransaktionssteuer mit dem Instrument der verstärkten Zusammenarbeit erteilt“, zeigte sich Finanzministerin Maria Fekter (ÖVP) am 22. Jänner erfreut. „Jetzt können die elf Staaten, die sich an der verstärkten Zusammenarbeit beteiligen, ein

konkretes Modell erarbeiten, das sie dann präsentieren werden“, erklärte Fekter.

Neben Österreich haben sich auch Belgien, Deutschland, Estland, Griechenland, Frankreich, Italien, Portugal, Slowenien, die Slowakei und Spanien dafür ausgesprochen, auf Ebene der sogenannten verstärkten Zusammenarbeit die Finanztransaktionssteuer einzuführen. ■

Afrikanische Union soll ein Büro in Wien eröffnen

Reinhold Lopatka, Staatssekretär im Außenministerium, lud zum Jahresbeginn Botschafter afrikanischer Staaten zu einer Arbeitstagung.



Foto: BMeIA

Neujahrsempfang afrikanische Botschafter mit Staatssekretär Reinhold Lopatka (5. v.r.)

Österreich lädt die Afrikanische Union ein, im Jahr des 50. Jubiläums der Afrikanischen Vereinigung, ein Büro in Wien zu errichten. Die Afrikanische Union (AU) ist bereits in New York und in Genf mit Büros vertreten. Wien wäre also als UNO-Standort der nächste logische Schritt“, so Staatssekretär Reinhold Lopatka am 14. Jänner bei einer Arbeitstagung mit Botschaftern afrikanischer Staaten.

„Wir feiern im Jahr 2013 den 50. Jahrestag der Gründung der Organisation der Afrikanischen Einheit als Vorläuferin der Afrikanischen Union. Dies ist für uns ein Anlaß, der AU ein Starthilfepaket für die Errichtung eines Verbindungsbüros in Wien zu offerieren“, so Lopatka. „Dieses Paket umfaßt unter anderem finanzielle Unterstützung bei der Miete von Büroräumlichkeiten und der Anschaffung der ersten Büroausstattung.“

„Die Afrikanische Union arbeitet für die Sicherheit des afrikanischen Kontinents. Daher sind auch die in Wien ansässigen Organisationen zu den Themen Sicherheit, Energie und Entwicklung als Knotenpunkt afrikanischer Interessen zu sehen. Das UN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) und die UN-Organisation für

industrielle Entwicklung (UNIDO) sind für Afrika von besonderer Bedeutung. Österreich unterstützt die UNIDO jährlich mit einem Beitrag in der Höhe von 2 Millionen Euro, um die industrielle Entwicklung in Afrika voranzutreiben und so zum Beispiel in Mosambik, Ghana, Côte d'Ivoire, Nigeria und Senegal den Wettbewerb zu fördern, die Exportwirtschaft anzukurbeln und das Investitionsklima zu verbessern“, erläuterte Lopatka. Auch die in Wien ansässige Internationale Anti-Korruptionsakademie (IACA) und die „Sustainable Energy for All“-Initiative des UN-Generalsekretärs, sowie der Dialog der Kulturen und Religionen wären Gründe für die Afrikanische Union, vermehrt Synergieeffekte in Wien zu nutzen.

„Die afrikanischen Botschafter teilen unsere Sorge und die der gesamten Europäischen Union über die Entwicklungen in Mali. Sie haben das Vorgehen Frankreichs gegen das Vordringen extremistischer Kräfte und das Engagement der EU einhellig begrüßt. Die internationale Gemeinschaft ist gefordert, der weiteren Ausbreitung des Terrorismus in der Sahel-Region entschlossen entgegen zu treten. Wir müssen die malische Regierung dabei unterstützen, daß nicht Tei-

le des Landes von Terroristen und extremistischen Gruppen kontrolliert werden“, hielt der Staatssekretär fest.

„Afrika wird nicht umsonst Kontinent der Zukunft genannt. Mit der zunehmenden Verbreitung neuer Kommunikationstechnologien und den Fortschritten beim Aufbau von Infrastruktur hat Afrika gute Aussichten und Chancen auf Wachstum und Entwicklung. Durch das Auslaufen der österreichischen Soft loan-Programme mit China und den Westbalkan-Staaten werden Ressourcen frei, die zusätzliche Anreize für ein Engagement und wirtschaftliche Kooperationen österreichischer Firmen mit afrikanischen Partnern bieten“, so der Staatssekretär.

Der Staatssekretär betonte auch die Anstrengungen Österreichs in der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) und bei der humanitären Hilfe. Für das Jahr 2013 werde eine Quote an öffentlichen Leistungen für EZA von ca. 0,43 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwartet. Österreich werde damit auf der Höhe seiner Nachbarn Deutschland und Schweiz liegen.

Für Mai wurde die nächste Arbeitstagung des Staatssekretärs mit den Botschaftern afrikanischer Länder vereinbart. ■

Österreich, Europa und die Welt

Zivilgesellschaft für eine sichere Welt ohne Massenvernichtungswaffen

Ich zweifle nicht daran, daß die Zivilgesellschaft uns mit Ihrem positiven Einfluß hilft, die Welt dem Ziel der Beseitigung aller Massenvernichtungswaffen näher zu bringen“, meinte Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger unter Hinweis auf die Botschaft von UNO Generalsekretär Ban Ki-moon an das erste Forum der Zivilgesellschaft zur Unterstützung der Umsetzung von Resolution 1540 des UNO Sicherheitsrats. Dieses Forum, das auf österreichische Einladung vom 8. bis 10. Jänner 2013 in Wien stattgefunden hat, brachte rund 50 nicht-staatliche Organisationen aus fast allen Weltregionen zusammen. Sie nutzten den UNO Standort Wien auch für Gespräche mit den internationalen Organisationen vor Ort. Der UNO Generalsekretär dankte Österreich ausdrücklich für diese Initiative.

„Die österreichische Unterstützung für die weltweite Umsetzung der UNO-Resolution 1540 ist Teil unserer Bemühungen, möglichst umfassend die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, um zügig unserem Ziel einer Welt ohne Massenvernichtungswaffen näher zu kommen. Die Einbindung der Zivilgesellschaft ist notwendig, um den Menschen und seine unmittelbaren Bedürfnisse nach Frieden und persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten in den Mittelpunkt unseres Sicherheitsdenkens zu stellen“, erläuterte Außenminister Spindelegger die Stra-

tegie der österreichischen Abrüstungspolitik.

„Unsere langjährigen Bemühungen nicht-staatliche Organisationen in die Lösung globaler Probleme einzubinden, tragen nun auch im Bereich der Abrüstung Früchte. Das von mir vor zwei Jahren ins Leben gerufene Wiener Zentrum für Abrüstung und Nicht-weitverbreitung (VCDNP) hat durch seine Teilnahme an der Organisation des „1540 Civil Society Forum“ heuer die Rolle Wiens als ein internationales Zentrum der Zivilgesellschaft für Abrüstungsfragen gestärkt. Gleichzeitig konnte Dank der neuen Zweigstelle des Abrüstungsbüros der UNO (UNODA) in Wien, das ebenfalls von Österreich initiiert worden war, die Konferenz perfekt in der UNO-City organisiert werden“, verweist Spindelegger auf die Früchte langjähriger, intensiver Arbeit der österreichischen UNO Diplomatie.

Resolution 1540 (2004) des UNO Sicherheitsrats war eine Reaktion auf die Gefahr für Frieden und Sicherheit, die von illegalen Aktivitäten nicht-staatlicher Akteure in bezug auf Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme ausgeht. Diese Sicherheitsratsresolution bindet alle Staaten der Welt, doch erfüllen noch nicht alle Staaten die notwendigen Voraussetzungen zur Umsetzung der Verpflichtungen. Internationale Hilfe, auch unter Einbindung der Zivilgesellschaft, ist notwendig. ■

Kindern in armen Ländern eine Perspektive geben

Seit rund 20 Jahren unterstützt das Land Vorarlberg den Aufbau und die Ausstattung von Schulen in Albanien mit Entwicklungshilfemitteln. Jüngstes Beispiel: Für die Renovierung der Pflichtschule in der kleinen Ortschaft Rjoll hat die Landesregierung kürzlich einen Beitrag von 33.000 Euro zugesagt.

Die Vorarlberger Albanienhilfe ist über die Jahre zu einem Vorzeigebispiel für erfolgreiche Aufbau- und Entwicklungshilfe gewachsen, sagt Landesrätin Greti Schmid: „Eines der wichtigsten Ziele ist es, vor allem den Kindern und Jugendlichen in armen Ländern eine Perspektive für ein besseres Leben zu geben. Deshalb ist die Unterstützung von Schulen ein besonderer Schwerpunkt.“ Die Vorarlberger Initiative versteht sich als „Hilfe zur Selbsthilfe“, die gemeinsam mit ört-

lichen Partnern umgesetzt werde, betont Schmid.

Rjoll liegt etwa 25 Kilometer südlich der Stadt Shkodra in unmittelbarer Küstennähe. Während in die Verbesserung des Straßennetzes – auch mit internationaler Finanzhilfe – investiert wird, befindet sich die Schule in einem nach mitteleuropäischen Maßstäben geradezu unvorstellbar schlechten Zustand. Schwere Regenfälle haben den Schulhof unter Wasser gesetzt und zusätzliche Schäden angerichtet. Für die Renovierung der Schule werden aus Vorarlberg neben dem Beitrag des Landes auch Spendengelder aus einer Aktion, die von der Klauser Volksschuldirektorin Claudia Mayerhofer initiiert wurde, sowie von der Freundschaftsgesellschaft Vorarlberg-Albanien zur Verfügung gestellt. ■

Projekte mit der Slowakei

Im Zeichen gutnachbarlicher Beziehungen stand am 14. Jänner der Besuch des slowakischen Ministerpräsidenten Robert Fico im Parlament. Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, die den Gast zu einem Meinungsaustausch empfing, hob die zahlreichen Gemeinsamkeiten hervor, die sich durch die Mitgliedschaft beider Staaten in der Europäischen Union und in der Eurozone ergeben, und bezeichnete die Slowakei als wichtigen Bündnispartner Österreichs, wenn es darum geht, die Union den BürgerInnen näherzubringen.

Fico wies seinerseits auf die Nähe der beiden Hauptstädte, die nicht mehr existierende geographische Grenze zwischen Österreich und der Slowakei, aber auch auf das starke Engagement österreichischer Firmen in der Slowakei und die Mitgliedschaft beider Staaten in der Währungsunion hin und meinte, es gelte nun, die daraus resultierenden Vorteile stärker als bisher zu nützen. Fico trat insbesondere für die Forcierung und Konkretisierung von gemeinsamen Projekten im Rahmen eines bilateralen Business-Forums ein und sprach vor allem Vorhaben im Bereich der Infrastruktur an, wie etwa die Einbeziehung Bratislavas in die Hochgeschwindigkeitsstrecke Wien-Paris, den Bau einer Eisenbahnverbindung zwischen den Flughäfen Schwechat und Bratislava sowie eine Pipeline zwischen Schwechat und der Slowakei.

Was die Europäische Union betrifft, stand für den slowakischen Premier fest, daß es ein Mehr an Integration geben müsse. Einer Meinung mit Prammer war Fico dabei hinsichtlich der Notwendigkeit einer gemeinsam akkordierten Fiskalpolitik der Euroländer. Großes Interesse zeigte der slowakische Ministerpräsident überdies an den Rezepten Österreichs im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, wo, wie er sagte, Bratislava von Wien lernen möchte. Skeptisch äußerte er sich hingegen in Sachen Privatisierung, wobei er auf negative Erfahrungen seines Landes im Bereich der Kranken- und Pensionsversicherung aufmerksam machte und Österreich empfahl, diesbezüglich nicht dem Beispiel der Slowakei zu folgen.

Prammer teilte Ficos positive Einschätzung hinsichtlich der gemeinsamen Projekte und unterstrich vor allem die Bedeutung von Infrastrukturvorhaben für die europäische Integration. ■

Österreich, Europa und die Welt

Junge Menschen beweisen Solidarität mit den Ärmsten

Sternsinger zu Gast bei Außenminister und Staatssekretär im Außenministerium

Ich freue mich Jahr für Jahr über das Engagement und die Begeisterung der Sternsinger“, erklärte Vizkanzler und Außenminister Michael Spindeleger am 4. Jänner anlässlich deren Besuchs im Außenministerium. Im Rahmen der Sternsingeraktion setzen sich Tausende Kinder und Jugendliche für Menschen in Entwicklungsländern ein und geben diesen neue Chancen und Hoffnung.

„Vor Jahren war ich selbst als Sternsinger unterwegs und deswegen freut es mich besonders, daß der Fokus der diesjährigen Sternsingeraktion auf Äthiopien, einem Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, liegt“, hielt Staatssekretär Reinhold Lopatka fest. So unterstützt die Dreikönigsaktion für 2013 konkrete Projekte in Äthiopien: In Dire Dawa, der zweitgrößten Stadt Äthiopiens, werden mit den Spendengeldern Straßenkinder unterstützt ihr Leben zum Besseren zu wenden. In der Region Qarssa sollen durch Bildungs-Initiativen, besseres Saatgut und nachhaltige Anbautechniken die Ernährungssituation und die



Foto: B/WelA

Die Sternsinger besuchten Außenminister Michael Spindeleger.

Einkommensverhältnisse der Bewohner der Region verbessert werden.

Mit den Spenden der Dreikönigsaktion werden jährlich rund 500 Hilfsprojekte in 20 Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika unterstützt. 15,3 Millionen Euro brachte die Sternsingeraktion 2012 ein. „Ein beeindruckender Betrag“, so Spindeleger. „Ich hoffe, daß die Österreicherinnen und Österreicher

auch heuer wieder bereit sind zu helfen und den Einsatz der Kinder und Jugendlichen für Menschen, denen es nicht so gut geht wie uns, unterstützen“, ergänzte der Außenminister.

Die Arbeit der Dreikönigsaktion wird auch durch die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit gefördert. ■

<http://www.entwicklung.at>

Kosten einer Nicht-Erweiterung der EU wären hoch

Diskussion über stärkere Einbindung der EU-Bürger in EU-Politik

Der Erweiterungsprozeß der Europäischen Union muß auch unter irischer EU-Präsidentschaft weiter vorangetrieben werden. Dafür habe ich mich heute beim informellen Rat in Dublin eingesetzt. Es müssen nämlich auch die „Kosten der Nicht-Erweiterung“ gesehen werden“, so Staatssekretär Reinhold Lopatka am 21. Jänner.

„Das Jahr 2012 war für den EU-Erweiterungsprozeß sehr wichtig: Kroatien hat die Zielgerade für den EU-Beitritt erreicht, die Beitrittsverhandlungen mit Montenegro wurden aufgenommen und Serbien wurde der Kandidatenstatus zuerkannt. Nun gilt es aber nächste konkrete Schritte zu setzen, wie zum Beispiel die Aufnahme von Verhandlungen mit Mazedonien und auch mit Serbien, wenn sich die Beziehungen zum Kosovo weiter verbessern. Einige EU-Staaten neigen derzeit zu einer gewissen ‚Erweiterungsmüdigkeit‘, weswegen das österreichische Engagement besonders wichtig ist. Wenn die EU nicht weiter aktiv ist, das heißt, wenn den Westbalkan-Ländern die EU-Perspektive genommen wird und ein ‚Vakuum‘ in der Region entsteht, dann gewinnen automatisch

andere Akteure entscheidend an Einfluß. Ob durch Rußland, die Türkei oder andere aufstrebende Staaten, das entstehende Vakuum würde umgehend gefüllt“, so Lopatka.

„Fällt die EU-Perspektive weg, sind eine Reihe von Entwicklungen zu befürchten: Die Instabilität in der Region würde zunehmen. Es könnte zu neuerlichem Aufflammen gewaltsamer Auseinandersetzungen kommen, mit allen Folgen und Kosten für die EU wie auch ein steigender Migrationsdruck auf die EU-Länder. Wir müßten auch vermehrt mit grenzüberschreitender Kriminalität und wirtschaftlichen Verlusten für österreichische und europäische Unternehmen durch den Wegfall von Investitionsmöglichkeiten aufgrund von Rechtsunsicherheit rechnen. Für Österreich, das zu den Top-Investoren in der Region gehört, wäre es katastrophal, würden die Staaten ihre Reformanstrengungen bremsen“, so Lopatka. In Kroatien, Serbien und Bosnien-Herzegowina ist Österreich Investor Nr. 1, insgesamt gibt es über 1500 Niederlassungen österreichischer Firmen in den Westbalkan-Staaten. „Für österreichische Investitionen ist es essentiell, daß diese Staaten

weiter Korruption und organisierte Kriminalität bekämpfen und ihre Gerichtsbarkeit und Verwaltung effizienter gestalten“, mahnte der Staatssekretär.

Weitere Gesprächsthemen waren die demokratische Legitimität und Rechenschaftspflicht innerhalb der Europäischen Union. „Österreich setzt sich für stärkere Zusammenarbeit auf EU-Ebene und weitere Integration ein. Nur gemeinsam und als starkes Europa können wir im globalen Wettbewerb bestehen. Die heutige Diskussion war daher eine wichtige Initiative der Irischen EU-Präsidentschaft, die genau jene Punkte umfaßt, die der britische Premierminister David Cameron in seiner Rede nicht ins Zentrum gestellt hat. Gerade EU-Politiker sind gefordert die Kluft zwischen EU-Ebene und den Menschen in den Mitgliedsstaaten zu überwinden. Das Projekt Europa kann nur erfolgreich sein, wenn die Bürger dahinter stehen. Weitere Integrationsschritte müssen auf jeden Fall von einem europäischen Konvent ausgearbeitet werden. Grundsatzentscheidungen hinter verschlossenen Türen darf es nicht mehr geben“, so der Staatssekretär abschließend. ■

Österreich, Europa und die Welt

50 Jahre diplomatische Beziehungen mit Algerien

Algerien und Österreich feiern in diesen Tagen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vor 50 Jahren. Den Auftakt bildete ein politisch-wirtschaftliches Seminar in Algier am 17. Jänner, weitere Veranstaltungen folgen. Algerien ist ein wichtiger politischer und wirtschaftlicher Partner Österreichs, dem bei der Aufrechterhaltung der Stabilität in Nordafrika eine wichtige Rolle zukommt.

Der Terroranschlag von In Amenas, der viele Opfer gefordert hat, hat gezeigt, daß der internationale Terrorismus vor keinem Land halt macht und Schlüsselbereiche der Wirtschaft, die auch für die Energieversorgung Europas von Bedeutung sind, zur Zielscheibe nimmt.

Bei diesem Angriff wurde auch ein öster-

reichischer Staatsangehöriger zur Geisel genommen, der zur großen Erleichterung wieder heil nach Österreich zurückkehren konnte.

Österreich dankte der algerischen Regierung für die Hilfe bei der Befreiung der österreichischen Geisel und unterstrich bei dieser Gelegenheit erneut, daß es Terrorismus in all seinen Formen und Manifestationen verurteilt. Unabhängig von politischen und ideologischen Hintergründen können terroristische Methoden zur Erreichung von Zielen niemals gerechtfertigt sein. Die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus ist notwendiger denn je. Die in Wien ansässige UNODC und deren Terrorist-Prevention-Branch (TPB) leisten in diesem Bereich wichtige Arbeit. ■

Österreich ist Vorbild für Demokratiewerkstatt in Montenegro

Prammer: Demokratie für junge Menschen erlebbar machen

Im Parlament von Montenegro in Podgorica wurde am 22. Jänner eine Demokratiewerkstatt nach österreichischem Vorbild eröffnet. Es freue sie ganz besonders, daß die Demokratiewerkstatt zu ihrem fünften Geburtstag zu einem „Exportschlager“ moderner Politikvermittlung geworden sei, sagte Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, da der Politikverdrossenheit nur durch möglichst frühe politische Bildung begegnet werden könne. Ihr montenegrinischer Amtskollege Parlamentspräsident Ranko Krivokapiæ stellte fest, er erwarte sich von der Demokratiewerkstatt einen Ansporn für die Demokratisierung der gesamten Gesellschaft seines Landes.

Die Nationalratspräsidentin ist gemeinsam mit der Vorsitzenden der bilateralen parlamentarischen Gruppe Österreich-Montenegro, der Abgeordneten Gabriela Moser, nach Montenegro gereist und traf neben Parlamentspräsident Ranko Krivokapiæ auch mit Staatspräsident Filip Vujanoviæ und Premierminister Milo Dukanoviæ zusammen. Vizkanzler a.D. Erhard Busek nahm an dem Besuch als Vertreter der Erste Stiftung teil, die das Demokratiewerkstattprojekt unterstützt.

Der Umsetzung des Projekts einer Demokratiewerkstatt in Montenegro gingen zwei Jahre intensiver Vorarbeiten und ein reger

Erfahrungsaustausch voraus. Ein Informationsbesuch einer Delegation der Parlamentsverwaltung Montenegros im Wiener Parlament Anfang 2011 führte zum Entschluß, auch in Podgorica eine Demokratiewerkstatt für Kinder und Jugendliche zu schaffen. Kooperationspartner der montenegrinischen Parlamentsverwaltung waren dabei die Erste Stiftung sowie die Agentur Müllers Freunde. Mit der Entwicklung eines auf Montenegro zugeschnittenen Konzepts vor Ort wurde die montenegrinische NGO „Forum MNE“ beauftragt, die bereits Erfahrung mit außerschulischer Bildungsarbeit für Jugendliche aufweisen kann und nunmehr das in der Wiener Demokratiewerkstatt entwickelte Knowhow auch für die Einrichtung in Podgorica anwendet. Seit Beginn des Probebetriebs vergangenen Oktober haben bereits 1500 Schülerinnen und Schüler an der neuen Demokratiewerkstatt teilgenommen.

Die Demokratiewerkstatt in Wien hatte seit ihrer Einrichtung im Jahr 2007 mehr als 50.000 TeilnehmerInnen aus österreichischen Schulen. Sie stellt ein Angebot für Kinder und Jugendliche von acht bis 14 Jahren bereit und bietet ihnen altersgerechte Einblicke in politische Abläufe der Gesetzgebung direkt am Ort des Geschehens, dem Parlament. ■

EU blickt auf Modell Österreich

Die EU muß sich nach Jahren des Krisenmanagements wieder stärker den Zukunftsfragen des Kontinents widmen. 2012 war geprägt von Maßnahmen gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise: mit dem Fiskalpakt, dem Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM und einer gemeinsamen europäischen Bankenaufsicht hat die EU umfassende Antworten auf die Krise gegeben und wirksame Schritte gesetzt, um in Zukunft ausufernde Banken- und Staatsschuldenkrisen zu vermeiden“, so Staatssekretär Reinhold Lopatka anläßlich eines Jahresrückblicks.

„Jetzt müssen wir die Zukunftsperspektive des europäischen Kontinents, insbesondere die Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit und die Weiterentwicklung der politischen Union ins Zentrum rücken. Über 25 Millionen Arbeitslose in Europa sind derzeit die größte Herausforderung für die EU Staaten“, so der Staatssekretär und weiter: „Österreich ist hier ein Erfolgsmodell in der EU. Dank unserer erfolgreichen dualen Lehrlingsausbildung und den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben wir die niedrigste Arbeitslosigkeit in der EU. Die irische Ratspräsidentschaft sowie andere europäische Staaten zeigen großes Interesse an unserem Modell.“

Eurobonds sind falsches Signal!

„Um Arbeitsplätze zu schaffen, muß die EU an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen. Dazu gehört, die Hausaufgaben zu machen, nationale Budgets zu konsolidieren und Reformen durchzuführen. Als falsche Antwort sehe ich eine Vergemeinschaftung von Schulden bevor noch Griechenland, Spanien und Italien aber auch Frankreich die notwendigen Reformen umgesetzt haben. Jetzt Eurobonds einzuführen wie vom Bundeskanzler gefordert, wäre ein falsches Signal!“

„2013 können wir durchaus optimistisch entgegen sehen. Die EU und die Eurozone haben die Talsohle hinter sich gebracht, das kommende Jahr wird eine weitere Verbesserung der Situation bringen. Auch der Euroskeptische Londoner Finanzplatz hat zum Jahreswechsel anerkannt, daß die Maßnahmen in den krisengeschüttelten Staaten Griechenland, Spanien, Portugal, Italien und Irland greifen und die Wirtschaft in diesen Ländern entwickelt sich wieder aufwärts“, so der Staatssekretär abschließend. ■

Österreich, Europa und die Welt

Enge Verbundenheit zwischen Kärnten und Südtirol

Zu einem freundschaftlichen Gespräch trafen Kärntens Landeshauptmann Gerhard Dörfler und sein Südtiroler Amtskollege Luis Durnwalder am 25. Jänner im Brauhaus in Villach zusammen. „Es ist wunderbar, einen so prägenden und außergewöhnlichen Menschen als Freund zu haben“, sagte Dörfler. Er überreichte Durnwalder Präsente, darunter der neue, von der HTL Ferlach designte Kärnten-Gürtel und das Ortstafelbuch. Durnwalder dankte für die Einladung: „Es ist wichtig, daß man gute Freunde wie Gerhard Dörfler hat. Ich bin sehr gerne in Kärnten.“

Beide Landeshauptleute wiesen auf die vielen Beziehungen, Gemeinsamkeiten und Freundschaften zwischen Südtirol und Kärnten hin. Gerade in der Politik sollte Menschlichkeit immer Vorrang haben, waren sie sich einig. Dörfler und Durnwalder hatten schon zahlreiche Begegnungen in Südtirol und Kärnten, unter anderem sind gemeinsame Besuche von Wirtschaftsbetrieben sowie Einrichtungen der Volksgruppe absolviert worden.

Begrüßt wurde Durnwalder im Brauhaus auch von den beiden Vorständen der Villacher Brauerei, Josef Pacher und Clemens



Foto: fritzpress

Treffen der Landeshauptleute Gerhard Doerfler (l.) und Luis Durnwalder in Villach

Aigner, die ihm Nostalgiebierflaschen überreichten. Dazu wurde scherzhaft angemerkt, daß Villacher Bier veredeltes Drauwasser enthalte und die Drau ja in Südtirol entspringe.

Seit 1989 ist Durnwalder Südtiroler Landeshauptmann – somit über fünf Legislatur-

perioden – und er hat wesentlichen Anteil an der Entwicklung Südtirols zur europaweiten Vorzeigeregion. Im Vorjahr erklärte Durnwalder, daß er heuer bei der Landtagswahl in Südtirol nicht mehr für das Amt des Landeshauptmannes zu Verfügung stehen werde. ■

van Staa traf georgischen Staatspräsidenten

In seiner Funktion als Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen nahm Tirols Landtagspräsident Herwig van Staa am 22. Jänner an der Wintersitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates teil. VertreterInnen von 47 nationalen Parlamenten aus ganz Europa arbeiten im Rahmen dieser Versammlung zusammen, wobei die wichtigste Aufgabe in der Schaffung eines politischen Dialoges zwischen den Parlamentariern der Mitgliedstaaten und den Beobachter-Delegationen besteht. Die Initiativen der Parlamentarischen Versammlung haben zu einer Reihe von internationalen Verträgen, wie z.B. der Europäischen Menschenrechtskonvention, geführt.

„Ich habe vor der Parlamentarischen Versammlung einmal mehr die gemeinsamen Hauptinteressen von Kongreß und Versammlung unterstrichen. Vor allem die Bewältigung der europäischen Sozial- und Wirtschaftskrise, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit innerhalb der Mitgliedsländer und die Förderung der Menschenrechte auf lokaler Ebene stehen hier im Mittelpunkt“, so van Staa. „Als Kongreßpräsident ist es mir ein besonderes Anliegen, den



Foto: Tiroler Landesregierung

LTP Herwig van Staa
Präsident des Kongresses der
Gemeinden und Regionen im Europarat

Dialog und die Zusammenarbeit mit der Parlamentarischen Versammlung zu vertie-

fen, um eine weitere Stärkung der lokalen und regionalen Dimension im Europarat zu erreichen.“

Am Rande der Konferenz traf van Staa zu einem Gesprächsaustausch mit dem Hauptgast der Sitzung, dem georgischen Präsidenten Mikheil Saakaschwili, zusammen. Der ist seit dem Jahr 2004 Staatspräsident und war Anfang der 1990er-Jahre auch Bürgermeister von Tiflis. Die georgische Hauptstadt ist seit 1982 Partnerstadt von Innsbruck. Schwerpunkt dieser Partnerschaft mit Tiflis ist der regelmäßige Austausch von Studierenden. „Auch im heurigen Sommersemester werden wieder StudentInnen zu einem Austauschsemester nach Innsbruck kommen und dabei im Rahmen von Hochschulkursen der Universität Innsbruck ihre Deutschkenntnisse verbessern“, weiß van Staa.

Landtagspräsident van Staa, der bereits seit 1995 Leiter der österreichischen Delegation im Kongreß der Gemeinden und Regionen des Europarates ist, trat im Oktober 2012 zu seiner zweiten Amtsperiode als Kongreßpräsident an. Bereits in den Jahren 2002 bis 2004 übte er diese wichtige Funktion zum ersten Mal aus. ■

Österreich, Europa und die Welt

Lob und Anerkennung für Integrationspolitik der Stadt Wien

Die Wiener Integrationsstadträtin Sandra Frauenberger empfing am 24. Jänner die Direktorin des Büros für die Zusammenarbeit mit der Diaspora der Republik Serbien, Slavka Draskovic, die sich auf mehrtägigem Besuch in Wien befand. „Von seiten der Stadt Wien bestehen enge Kontakte mit der serbischen Diaspora. Wir sind sehr interessiert diese Beziehung zu vertiefen“, erklärte Frauenberger nach dem Treffen. Derzeit leben in der Bundeshauptstadt rund 110.000 WienerInnen serbischer Herkunft. „Ein wichtiger Teil unserer vielfältigen Gesellschaft“, wie die Integrationspolitikerin betonte.

Lobende Worte von serbischer Seite gab es für die zahlreichen und international anerkannten Integrationsprojekte der Stadt Wien. Besonders hervorgehoben wurden dabei das umfassende Wiener Niederlassungsprogramm „StartWien“, die Wiener Charta des Zusammenlebens und der vorbildliche Umgang mit Mehrsprachigkeit. Ziel der Wiener Charta war es, gemeinsam mit allen in Wien lebenden Menschen die Weichen für ein respektvolles und dauerhaft gutes Klima in unserem Wien zu stellen. Der Inhalt der Wiener Charta, deren Ergebnisse am 27. November präsentiert wurden, wurde von den WienerInnen in 651 Charta-Gesprächen und mehr als 2000 Online-Beiträgen erarbeitet.



Foto: PID/Alexandra Kromus

Integrationsstadträtin Sandra Frauenberger (l.) und Direktorin Slavka Draskovic

Frauenberger: „Unsere Projekte sind vor allem deshalb so erfolgreich, weil sie von den Zuwanderinnen und Zuwanderern so gut angenommen werden. Gerade bei der Gruppe mit serbischer Herkunft zeigt sich das besonders gut, rund 90 Prozent nehmen zum Beispiel die vielfältigen Angebote von StartWien an.“

Einig waren sich die beiden Politikerinnen im Bereich der Sprache und Sprachför-

derung. „Eine gemeinsame Sprache ist der Schlüssel für gutes Zusammenleben“, faßte die Frauenberger zusammen und verwies auf die zahlreichen auf Zielgruppen abgestimmten Angebote der Stadt Wien. „Wir dürfen aber auf keinen Fall den Fehler machen, die gemeinsame Sprache Deutsch gegen andere Sprachen auszuspielen. Das ist keine Frage von Entweder-oder, sondern von Sowohl-als-auch“, so die Integrationsrätin. ■

Rektor Heinz W. Engl Fellow der American Mathematical Society

Heinz W. Engl, Rektor der Universität Wien, wurde Fellow der American Mathematical Society. Er erhielt diese renommierte Auszeichnung gemeinsam mit drei weiteren österreichischen MathematikerInnen: Christian Krattenthaler von der Universität Wien, Monika Ludwig von der Technischen Universität Wien und Harald Niederreiter (RICAM – Johann Radon Institute for Computational and Applied Mathematics). Die American Mathematical Society zählt zu den wichtigsten mathematischen Gesellschaften in der Wissenschaftswelt.

Heinz W. Engl, am 28. März 1953 in Linz geboren, studierte in seiner Heimatstadt Mathematik und wurde 1977 sub auspiciis promoviert. 1979 habilitierte er sich an der Universität Linz, 1988 wurde er dort zum Professor für Industriemathematik berufen.

Engl hatte zahlreiche Gastprofessuren in den USA, Australien, Großbritannien und Deutschland inne. Von 1992 bis 1999 leitete



Foto: Universität Wien

Heinz W. Engl
Rektor der Universität Wien und
wirkliches Mitglied der ÖAW

er das Christian Doppler-Labor „Mathematische Modellierung und Numerische Simulation“. Seit 2003 ist er wirkliches Mitglied der ÖAW sowie Direktor des Johann Radon Institute for Computational and Applied Mathematics (RICAM) der ÖAW. Er ist Ehrenprofessor der Fudan Universität Shanghai und Ehrendoktor der Universität des Saarlandes. Seit 2011 ist Engl Rektor der Universität Wien.

<http://www.ricam.oeaw.ac.at>

Christian Krattenthaler, geboren 1958 in Wien, ist Professor für Diskrete Mathematik mit Schwerpunkt Kombinatorik an der Fakultät für Mathematik der Universität Wien. Nach seiner Promotion sub auspiciis Praesidentis 1983 war er an verschiedenen Universitäten in den USA und Frankreich tätig, ehe er an die Universität Wien berufen wurde. Er erhielt 2007 mit dem Wittgenstein-Preis des FWF die höchste wissenschaftliche Auszeichnung Österreichs. ■

<http://www.mat.univie.ac.at>

Österreichs Jugend pro EU, aber Zweifel an Krisenmanagement

ÖGfE-Umfrage: Zwei Drittel meinen, Österreichs Wirtschaft profitiert und EU bietet Chancen – Vertrauen in den Euro 2012 rückläufig – mehr Information gewünscht

Zum vierten Mal hat die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) im Rahmen ihrer EU-Wanderausstellung eine österreichweite Umfrage unter SchülerInnen im Alter von 14 bis 22 Jahren durchgeführt.

68 Prozent von 1089 Befragten befinden, daß Österreichs Wirtschaft von der EU profitiert. 22 Prozent sind diesbezüglich skeptisch.¹⁾ 69 Prozent schließen sich der Meinung an, daß die EU jungen Menschen zahlreiche Chancen bietet. 24 Prozent sehen eher „weniger“ bis „gar keine“ Chancen.

Der Aussage „Die EU bringt nur der Wirtschaft etwas, nicht den einzelnen EU-BürgerInnen“ können 32 Prozent etwas abgewinnen, 57 Prozent stimmen ihr weniger oder gar nicht zu. Daß „Österreich als ‚kleines‘ Land in der EU nichts zu sagen hat“, glaubt ein Viertel der Befragten. Die Mehrheit (67 Prozent) ist jedoch nicht dieser Meinung.

Vertrauen in den Euro gesunken

Eine Abweichung zum Stimmungsbild aus 2011 ist im Vertrauen in den Euro zu bemerken. Aktuell halten ihn 49 Prozent für eine „stabile Währung“. Dies bedeutet einen Rückgang von 11 Prozent gegenüber dem Vorjahr. 43 Prozent sehen eine eher „weniger“ bzw. „gar nicht“ stabile Gemeinschaftswährung. Auch in unseren Diskussionen in den Schulen, wird regelmäßig deutlich, daß die SchülerInnen das Krisenmanagement der EU kritisch hinterfragen und ihre Zweifel daran unter anderem mit dem Euro in Verbindung bringen.

SchülerInnen fordern mehr Information

Daß die EU die Jugendlichen beschäftigt, zeigt ein weiteres Umfrageergebnis: Nur 5 Prozent haben generell kein Interesse an EU-Themen. 45 Prozent geben jedoch an, daß ihnen zu wenig Informationen zu den Bereichen Ausbildung und Studium in Europa

¹⁾ Die restlichen Befragten konnten/wollten nicht Stellung beziehen. Dies erklärt die Differenz auf 100 Prozent und gilt für alle genannten Daten.

²⁾ Mehrfachangaben waren möglich.



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

In der Umfrage der ÖGfE wurden 2012 österreichweit insgesamt 1089 SchülerInnen im Alter von 14 bis 22 Jahren befragt.

sowie zu den Vor- und Nachteilen der EU für Österreich angeboten werden. 30 Prozent wünschen sich mehr Auskünfte zu Migrationsfragen, je 26 Prozent zur Energie- und Umweltpolitik und zu EU-Themen, die die eigene Region betreffen.²⁾

Die Umfrage wurde im Rahmen der Wanderausstellung „Die EU und DU“ 2012 österreichweit durchgeführt. 1089 SchülerInnen wurden schriftlich befragt: 94 Prozent Oberstufe, 83 Prozent bereits wahlberechtigt, Überhang an Teilnehmerinnen (58

Prozent), alle Schultypen (37 Prozent AHS, 33 Prozent BHS, 24 Prozent BS, Rest verschiedene Unterstufen/Sonstige) einbezogen. Die Ausstellung ist ein Projekt der ÖGfE, des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten und der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich. 2012 war sie an 46 Schulen zu sehen, 5400 Jugendliche nahmen an Diskussionsveranstaltungen mit EU-Experten teil. ■

<http://www.oegfe.at>

1. Internationale Konferenz zur Offenen Jugendarbeit in Wien

Unter dem Titel „Professional Open Youth Work in Europe“ (POYWE) fand von 14. bis 16. Jänner eine internationale Tagung von professionellen JugendarbeiterInnen aus ganz Europa statt. Das neu gegründete europäische Netzwerk für Professionelle Offene Jugendarbeit hat sich zum Ziel gesetzt die Position der Offenen Jugendarbeit zu stärken, die Effekte und die Relevanz dieses Handlungsfeldes sichtbar zu machen und eine gemeinsame Qualitätsweiterentwicklung voranzutreiben.

„Wien verfügt im Sektor der offenen Jugendarbeit über ein sehr gut funktionieren-

des und dichtes Netzwerk. Über tausend JugendarbeiterInnen arbeiten in über 25 Vereinen daran, jungen Menschen in Wien zur Seite zu stehen und ihnen bei Problemen zu helfen. Daß die Auftaktveranstaltung des europäischen Netzwerks für Professionelle Offene Jugendarbeit in Wien stattfindet, ist für mich ein Zeichen, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Ich heiße Sie alle sehr herzlich in Wien willkommen und wünsche Ihnen interessante und bereichernde drei Tage“, so Wiens Jugendstadtrat Oxonitsch bei der Eröffnung. ■

<http://poywe.org>

Grundsatzerklärung 2013

Landeshauptmann Hans Niessl im Rahmen seiner Grundsatzrede:
»Energiewende – Burgenland wird stromautark«

Unter dem Motto „Energiewende – Burgenland wird stromautark“ ließ Landeshauptmann Hans Niessl am 9. Jänner im Rahmen seiner Grundsatzrede im Kultur und Kongreßzentrum in Eisenstadt das Jahr 2012 vor zahlreichen Fest- und Ehrengästen, mit dem Beigeordneten Generalsekretär für Politikkoordination und interinstitutionelle Angelegenheiten der Vereinten Nationen, Thomas Stelzer, einem gebürtigen Südburgenländer, Revue passieren und gab gleichzeitig einen Ausblick auf die Aktivitäten im Jahr 2013. „2012 war im Burgenland das ‚Jahr der Sicherheit‘. Wir haben diesbezüglich viele Maßnahmen realisiert, um das Sicherheitsgefühl der Burgenländerinnen und Burgenländer weiter zu stärken. Das Jahr 2012 stand aber auch ganz im Zeichen des kontinuierlichen Aufstieges. Wir haben Rekordbeschäftigung geschafft. Im Jahr 2013 wird das Burgenland wieder einen historischen Meilenstein setzen, denn wir werden erstmalig in der Geschichte 100 Prozent des Strombedarfs aus Erneuerbarer Energie abdecken. Das ist eine besondere Leistung. Das Burgenland ist die erste Region in Europa, die das schafft. Daher ist das Jahr 2013 im Burgenland das ‚Jahr der Energiewende‘“, so Landeshauptmann Hans Niessl.

Das Burgenland konnte 2012 – trotz einer europaweit krisenhaften Situation – den Weg der ökonomischen und ökologischen Kontinuität prolongieren und über die Grenzen des Landes hinaus aufzeigen, daß aus dem einstigen Schlußlicht in vielen Bereichen eine Modellregion geworden ist:

Erstmals hat das Burgenland 100.000 Beschäftigte und auch mit Abstand den stärksten Zuwachs aller Bundesländer verzeichnet. Zahlreiche nationale und internationale Unternehmen, wie Coca Cola, Bertrams, Handler Bau oder Enercon haben den Weg ins Burgenland gefunden. Auch der Tourismus hat zu dieser positiven Entwicklung des Landes große Beiträge geleistet.

Kein anderes Bundesland als das Burgenland, das sich von einem Sommerurlandsland zu einer Ganzjahresdestination entwickelt hat, konnte in dieser Relation derartige Zuwachsraten verzeichnen. Um diese Erfolge abzusichern, hat sich das Burgenland dazu entschlossen, seine Thermen-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Hans Niessl (l.) konnte bei seiner Grundsatzrede mit Thomas Stelzer den Beigeordneten Generalsekretär für Politikkoordination und interinstitutionelle Angelegenheiten der Vereinten Nationen begrüßen.

Offensive mit Investitionen in die bestehenden Standorte im Jahr 2013 fortzusetzen.

Dazu der Landeshauptmann: „In vielen Bereichen arbeiten wir im Burgenland nach dem Motto: ‚Heute das zu tun, woran andere erst morgen denken!‘ Dieses Vorgehen sind wir den zukünftigen Generationen schuldig. Deshalb wollen wir den Weg einer soliden und sparsamen Budgetpolitik fortsetzen, das konstruktive Miteinander von Land und Sozialpartnern vertiefen, auf Basis einer Qualitätsmarke die internationale Positionierung und Exportorientierung verbessern, Mittels Forschung und Innovation den Weg der wissensbasierten Wirtschaft beschreiten, die Spitzenposition im Bildungsbereich weiter ausbauen, jeder jungen Burgenländerin und jedem jungen Burgenländer die Chance auf einen Schul-, Ausbildungs- oder Arbeitsplatz offerieren und - mit Blickrichtung demografische Entwicklung – die wohnortnahe medizinische Versorgung auch in Zukunft gewährleisten.“

„Ein weiterer Aspekt“, so Niessl wörtlich, „der mir sehr wichtig ist, betrifft die Stärkung der Regionen. Das Burgenland ist ein Musterbeispiel für moderne europäische Regionalpolitik. Diese dynamische Entwicklung des Burgenlandes wäre ohne eigenständige Regionalpolitik nicht möglich gewesen. Die Zukunft Europas soll durch starke Re-

gionen geprägt sein, dann ist die Akzeptanz der europäischen Idee eine deutlich größere. Die Stärkung der Bundesländer und die Stärkung des Föderalismus sind die beste Voraussetzung für eine bürgernahe und erfolgreiche Politik gewesen. Demzufolge hat eine entsprechende Förderkulisse auch in Zukunft oberste Priorität. Dafür habe ich mich in den letzten Monaten sehr stark eingesetzt. Wir setzen deshalb auch in den nächsten Jahren auf Wachstum und Beschäftigung und auf die weitere Unterstützung der Europäischen Union.“

„Wir müssen 2013 die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit aber auch wieder mit sozialer Gerechtigkeit verbinden! Wir müssen die wirtschaftlichen Grundlagen des Wohlstands erhalten. Nur wenn alle vorankommen und niemand zurück gelassen wird, kann unsere Gesellschaft auf Dauer Erfolg haben! Im Sinne von Solidarität und einem gelebten Miteinander lautet meine Botschaft für 2013, daß wir das Bündnis zwischen denjenigen, denen es gut geht und diesen Menschen, die unsere Unterstützung benötigen, erneuern müssen. Wir Burgenländer sehen das Jahr 2013 als Chance, für eine Wirtschaft mit Verantwortung, für soziale Gerechtigkeit mit wirtschaftlicher Kompetenz und größtmöglichen Zusammenhalt“, betonte der Landeshauptmann abschließend. ■

Das Burgenland profitiert von den föderalen Strukturen

LT-Präsident Steier präsentierte Bilanz 2012 und nannte wichtige Vorhaben für 2013.

Positive Bilanz über ein arbeitsreiches Jahr 2012 zog Landtagspräsident Gerhard Steier in einer Pressekonferenz am 4. Jänner im Landhaus in Eisenstadt. Gleichzeitig gab er einen ersten Überblick über die Vorhaben 2013. Zwölf Mal trat der Landtag 2012 zusammen. „In diesen zwölf Sitzungen wurden nicht weniger als 109 Tagesordnungspunkte behandelt. 21 Gesetzesanträge, sieben davon waren selbständige Anträge des Landtages, wurden abschließend behandelt. Hervorheben möchte ich die Novellierung der Gemeindeordnung, das Sozialhilfe-Mindestsicherungsgesetz und die Parteienfinanzierung“, so Steier. Nicht schlechtreden lassen möchte sich Steier die föderale Struktur in Österreich. „Der Föderalismus steht ja – bedingt durch den Finanzskandal in Salzburg – im Fokus der öffentlichen Diskussion. Die föderalen Strukturen tragen aber wesentlich zur Gestaltung Österreichs bei und sind gerade für das Burgenland sehr wichtig. Zum Beispiel wäre die Politik betreffend EU-Förderungen nie so gelaufen, wie sie gelaufen ist. Zentrale Strukturen können regionale Gegebenheiten nie so berücksichtigen, wie föderale Strukturen.“

In der, so Steier, „Causa Prima“, dem noch immer schwelenden Disput um die Bestellung des Landesrechnungshof-Direktors, betont der Landtagspräsident einmal mehr, daß alles korrekt abgelaufen sei: „Die Bestellung war ordnungsgemäß und inhaltlich richtig, alle gesetzlichen Vorgaben wurden eingehalten. Auch die Wahl des Kandidaten war die richtige Wahl. Die bisherige Rechnungshof-Arbeit unter der Leitung des neuen Direktors bestätigt das.“

Wichtige Vorhaben für 2013 sind die Anpassung und die Novellierung der Burgenländischen Landesverfassung, der Geschäftsordnung des Landtages sowie des Landes-Rechnungshofgesetzes.

Der Arbeit des burgenländische Landtages präsentiert sich in Zahlen gegossen wie folgt: In zwölf Sitzungen wurden 109 Tagesordnungspunkte behandelt. In zehn Fragestunden wurden 46 mündliche Anfragen an die Regierungmitglieder gestellt und von diesen beantwortet. 21 Gesetzesanträge wurden behandelt, darunter waren sieben selb-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Zog Bilanz: Landtagspräsident Gerhard Steier

ständige Anträge – davon wurden zehn einstimmig und elf mehrheitlich angenommen. Außerdem wurden 20 Beschlüsse gefaßt – diese beinhalten unter anderem Beschlüsse des Rechnungshofes, das Budget 2013 und die Berichte der Jugendanwaltschaft sowie der Patienten- und Behindertenanwaltschaft –, 48 selbständige Anträge auf Fassung einer Entschließung abschließend behandelt, acht 15a-Vereinbarungen wurden zur Kenntnis genommen bzw. angenommen, acht Berichte des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes sowie vier Berichte des Rechnungshofes wurden einstimmig zur Kenntnis genommen. 15 Petitionen oder Resolutionen, die bis zum heutigen Tage eingelangt sind, wurden zu einem großen Teil durch Antwortschreiben bereits abgearbeitet. Der 2. Jugendlandtag, der am 14. Juni abgehalten wurde, war ebenso ein Erfolg, wie das Symposium „Soziale Sicherheit im Burgenland – Europäisches Jahr für Aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“ am 19. April.

Vorhaben für 2013

„Föderale Strukturen sind der Grundstein unsere Republik“, betont Steier. „Deshalb habe ich das Föderalismusinstitut in Vorarlberg damit beauftragt, eine Broschüre über dieses Thema zu erstellen. Diese wird allen Bürgermeister und Vizebürgermeistern unserer Gemeinden zugesandt.“

Weiter wichtige Vorhaben für 2013 sind die Anpassung und die Novellierung der Burgenländischen Landesverfassung, der Geschäftsordnung des Landtages sowie des Landes-Rechnungshofgesetzes, sagt Steier. Um sich Querelen, wie beim jüngsten Bestellvorgang des Direktors des Landesrechnungshofs zu ersparen, soll das Gesetz präziser formuliert werden, kündigt Steier an. Erste Gespräche dazu hätten bereits stattgefunden.

Wieder stattfinden soll auch der Jugendlandtag. Außerdem soll der Landtagssitzungssaal verstärkt für Veranstaltungen des Landtages genutzt werden. ■

<http://www.bgld-landtag.at>

Landesfinanzen 2012 auf stabilem Kurs

2 Millionen Euro weniger Schulden als vorgesehen

Wir Burgenländer haben uns mit der Forderung von Landeshauptmann Hans Niessl, der als einer der ersten ein absolutes Spekulationsverbot mit öffentlichen Geldern gefordert hat, durchgesetzt. Das Land Burgenland wird sich daher ohne Bedenken der neu geplanten Artikel 15a B-VG Vereinbarung anschließen und auch in Zukunft keine risikoreiche Spekulationsgeschäfte mit Steuergeldern durchführen“, betonte Finanzlandesrat Helmut Bieler am 7. Jänner in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Monika Stiglitz, Referatsleiterin Haushaltswesen der Abteilung 3 – Finanzen und Buchhaltung beim Amt der Burgenländischen Landesregierung, gegenüber Medienvertretern.

Spekulationsgeschäfte – Swap – Zinsabsicherung

Im Landesbereich gibt es weder Aktien, noch Anleihen (bis auf Restbestände aus Griechenland) oder Fremdwährungsdarlehen bzw. -kredite. Das Land Burgenland, so Bieler wörtlich, spekuliert nicht, sondern sichert seinen Schuldendienst langfristig gegen steigende Zinsen ab. Außerdem wurden schon lange vor dem nun allseits geforderten Richtlinien für das Risikomanagement im Burgenland seit 2001 neue Darlehen und Kredite ausschließlich über die Bundesfinanzierungsagentur aufgenommen.

Vor dem Jahr 2001 wurde das damalige „Schuldenmanagement“ vom Rechnungshof als „wenig wirtschaftlich“ bewertet. Daraufhin wurde ein qualifizierter ehemaliger Geschäftsführer der ÖBFA mit der Beratung eines neuen und effizienten Kredit- und Finanzmanagements beauftragt. Gelungen ist eine Senkung der Durchschnittsverzinsung von 5,5 auf 3,5 Prozent. In den letzten 12 Jahren hat sich das Land im Durchschnitt um 0,96 Prozent pro Jahr besser als der Bund (Bund 4,47 Prozent) finanziert. Das sind in Zahlen rund 2 Millionen Euro pro Jahr. Langfristig gesehen wählte das Land einen besseren Zinsenmix, als der Bund. In Zahlen bedeutet das noch viel plakativeres Ergebnis eine Einsparung von rund 24,2 Millionen Euro in zwölf Jahren – und das unter Einrechnung von Zinsabsicherungsgeschäften.



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Finanzlandesrat Helmut Bieler und Referatsleiterin Monika Stiglitz

Dazu der Finanzreferent: „Selbst der Rechnungshof anerkennt in seinem jüngsten Bericht follow up vom Dezember 2012 die Umsetzung seiner an das Land gerichtete Empfehlung hinsichtlich einer durchgehenden, nachvollziehbar dokumentierten Risikobewertung, -begrenzung und -steuerung. Daher verwundert die kritische Äußerung des Rechnungshofes, konkret von Präsident Moser vom 14. Dezember 2012 im ORF-„Morgenjournal“ hinsichtlich riskanter Spekulationsgeschäfte, worunter das Burgenland ganz sicher nicht einzuordnen ist.“

Sicher kalkulieren statt spekulieren!

„Unsere Veranlagungsstrategie war nie Gewinnmaximierung mit hohem Risiko, sondern immer auf die Erhaltung des Kapitals und die Erzielung langfristig stabiler Erträge – was uns auch gelungen ist – ausgerichtet. Im unserem Finanzmanagement wird sicher und kalkulierbar gearbeitet! Wir spekulieren nicht mit öffentlichen Geldern, sondern stehen im Burgenland für eine solide und verantwortungsvolle Finanzpolitik!“

Veranlagung – Burgenländisches Geld im Burgenland gut angelegt!

Das Veranlagungsmanagement des Landes Burgenland bezieht sich – nahezu zur Gänze – auf das – gesondert veranlagte – Vermögen in Höhe von 225 Millionen Euro

bzw. 235 Millionen Euro (+10 Millionen!!) aus dem Verkauf von Anleihen (Beteiligungen). Das Land veranlagt aktuell diese Mittel durch die Burgenländische Landesholding Vermögensverwaltungs GmbH & Co OG (BVOG) risikoovers in Form von Veranlagungen in eigene Töchter. Das burgenländische Geld ist somit sinnvoll, sicher und stabil im Burgenland veranlagt. Damit wird die langfristig erforderliche Liquidität für die Finanzierung von Investitionen in Landesgesellschaften sichergestellt, die Burgenländische Wirtschaft angekurbelt, letztendlich Arbeitsplätze gesichert und das Risiko von Fremdfinanzierungen durch Banken hintangehalten.

Standard & Poors bestätigt Finanzkraft

„Das Burgenland steht auf einem stabilen Fundament. Nicht weil wir das sagen, sondern weil uns das eine der strengsten Ratingagenturen, nämlich Standard & Poors, bestätigt. Wir scheuen uns nicht davor, uns jedes Jahr von dieser internationalen Agentur genau überprüfen lassen“, betonte Landesrat Helmut Bieler. Zum vierten Mal in Folge wurde die Fähigkeit des Landes, seinen Finanzierungsverpflichtungen nachzukommen, kurzfristig mit der bestmöglichen Bewertung A1+ ausgezeichnet. Langfristig gab es die Note AA+. Ausschließlich aufgrund des Bundesratings wurde heuer erstmals

auch das Burgenland mit einem negativen Ratingausblick versehen. Diese Bewertung, so der Finanzreferent, ist äußerst positiv für die Landesfinanzen. Der Vermögens- und Finanzkraft des Landes wird in Kenntnis aller Verbindlichkeiten auch der Tochtergesellschaften ein gutes Zeugnis ausgestellt. Das zählt in der Realwirtschaft. Das Rating ist ein wichtiges Signal an die Wirtschaft sowie an alle BurgenländerInnen. Es bestätigt die stabile Finanzkraft und berücksichtigt natürlich alle Schulden/Haftungen.

Rechnungsabschluss 2012

„Das Burgenland befindet sich seit der Budgeterstellung 2010/2011 auf Konsolidierungskurs. Auch 2012 haben wir diesen Weg erfolgreich fortgesetzt und mit einem sinnvollen – weil umsetzbaren – Konsolidierungspfad gezeigt, daß es auch anders geht, nämlich, zu konsolidieren ohne die Wirtschaft abzuwürgen oder Arbeitsplätze zu gefährden, sozial verträgliche Strukturmaßnahmen zu setzen, ohne einzelne Gruppen über Gebühr zu belasten. Der Rechnungsabschluss 2012, dessen genaue Zahlen ich noch vorlegen werde, da noch viele Buchungen durchgeführt werden müssen – die Eckdaten stehen aber schon fest – ist das Abbild der stabilen Finanzlage des Burgenlandes und der erfolgreichen Umsetzung des Konsolidierungsplanes“, sagte dazu der Landesrat.

Die Finanzabteilung ist gerade dabei, das Haushaltsjahr 2012 abzuschließen. Ein Abschluß, der sich aus mehreren tausend verschiedenen Einzelergebnissen zusammensetzt. Es zeichnet sich ab, daß der Rechnungsabschluss 2012 einen größeren Einsparungseffekt, als vorgesehen, erzielen wird. Der Abgang im Rechnungsabschluss 2012 ist um 2 Millionen Euro geringer, als vorgesehen – und das zusätzlich zu den ausgaben-seitigen Sparmaßnahmen, die im Budget 2012 umgesetzt wurden! Die geplante Neuverschuldung wird von 16 Millionen Euro auf 14 Millionen Euro reduziert.

Bieler dazu abschließend: „Das heißt, der Gesamtschuldenstand beträgt 265,5 Millionen Euro, statt 267,7 Millionen Euro. Die Gründe für diese erfreuliche Entwicklung sind, unter vielen anderen, auf eine restriktive Handhabung der Aufhebung von Kredit-sperren und ein effizientes Personalmanagement zurückzuführen. Ein sehr positives Ergebnis, das durch vorausschauende Budgetplanung, konsequente Budgetdisziplin und strikte Einhaltung des Konsolidierungskurses erzielt werden konnte.“ ■

Neue Perspektiven für Frauen durch Selbständigkeit



Foto: Landesmedienservice Burgenland

v.l.: Frauenlandesrätin Verena Dunst, Margit Hegedüs (»Fruttis Vitaloase«), Ulrike Rössler (Projektleiterin), Peter Maier (Landesgeschäftsführer bfi Burgenland)

Frauenselbständigkeit im Burgenland zu fördern, das ist Ziel des vom BFI Berufsförderungsinstitut) in Zusammenarbeit mit dem Burgenländischen Frauenreferat durchgeführten Projekts „Gründe deinen eigenen Arbeitsplatz“. Bei einem Pressegespräch am 21. Jänner in „Fruttis Vitaloase“ in Eisenstadt präsentierte Frauenlandesrätin Verena Dunst, BFI-Geschäftsführer Peter Maier und Projektleiterin Ulrike Rössler eine erste – beeindruckende – Projektbilanz. 35 Teilnehmerinnen besuchen die Kurse, die im November 2011 starteten und noch bis April 2013 laufen, bis dato gab es 13 Betriebsgründungen – die „Vitaloase“ ist eine davon –, sieben weitere sind in der Planung.

„Daß wir mit diesem Projekt richtig liegen, zeigen die 13 bereits erfolgten und sieben geplanten Betriebsgründungen. Wenn auch letztere realisiert werden, ergibt das eine Erfolgsquote von fast 60 Prozent – das ist schlicht sensationell. Damit ist die bei Förderprojekten immer wieder geforderte Nachhaltigkeit eindrucksvoll dokumentiert. Selbständigkeit erfordert neben den nötigen Kenntnissen natürlich eine gehörige Portion Mut, eröffnet aber auch ganz neue Perspektiven für Frauen. Ich kann daher den Jungunternehmerinnen nur gratulieren und wünsche ihnen einen erfolgreichen Start und viel Erfolg für ihre Zukunft“, freute sich die Frauenlandesrätin.

Zielgruppe dieses Projekts waren Gründungsinteressierte, erwerbslose Frauen über 18 Jahre, aber auch Wiedereinsteigerinnen mit Unterstützungsbedarf bei der beruflichen Wiedereingliederung oder Frauen, die Unterstützung vom AMS erhalten. Spontan hatten sich 64 Frauen beworben, 35 wurden schließlich aufgenommen. In 14 Modulen wurde den Teilnehmerinnen das für die Selbständigkeit notwendige Know How ver-

mittelt; auf dem Lehrplan standen neben Betriebswirtschaft, Marketing und Verkauf auch Persönlichkeitsentwicklung und Zeitmanagement, ebenso Einzelcoachings und Netzwerktreffen.

„Die individuelle Betreuung in den Modulen, aber auch die Nachbetreuung ist ein wesentliches Element dieses Projekts, das unterscheidet uns von manchen anderen“, erklärte Dunst. „Wir bilden das ‚missing link‘ zwischen theoretischem Wissen und der Umsetzung in die Praxis“, ergänzt Projektleiterin Ulli Rössler. Die Gesamtprojektkosten betragen 96.500 Euro, davon werden 25 Prozent vom Land, 75 aus Mitteln des ESF finanziert. Für die Teilnehmerinnen ist die Teilnahme einschließlich der Nachbetreuung kostenlos.

Margit Hegedüs ist eine der erfolgreichen Gründerinnen. Seit dem Sommer 2012 bietet sie in ihrer „Vitaloase“ gesunde basische Ernährung auf Vollwertbasis an. Beratungen über gesunde Ernährung und Lebensweise sind ebenso in ihrem Portfolio wie „gesunde Buffets“, die sie für Schulen und Kindergärten, aber auch Firmen ausrichtet. Für ihr Angebot „Unser Schulbuffet“ erhielt Margit Hegedüs bereits eine Auszeichnung vom Bundesministerium für Gesundheit.

Unter den weiteren glücklichen Gründerinnen: Lerntrainerinnen, eine Kaffeehaus-, eine Pensionsbetreiberin, eine Energetikerin, ein technisches Büro, eine Fotografin, Tanzpädagogin, Natur- und Landschaftsführerin, Masseurin.

„Ohne diese Ausbildung, die Vermittlung des wirtschaftlichen Backgrounds, aber auch ohne die individuelle Betreuung und das dabei aufgebaute Netzwerk hätten wir den Sprung in die Selbständigkeit sicher nicht gewagt“, so der Tenor der Jungunternehmerinnen. ■

Zufriedenheit mit der Gesundheitsversorgung konstant hoch

Haus- und FachärztInnenversorgung im Fokus der 6. Befragungswelle

Nach wie vor ist die Zufriedenheit der BurgenländerInnen mit der heimischen Gesundheitsversorgung sehr hoch. Zu diesem Ergebnis kommt die 6. Befragung im Rahmen des Gesundheitsbarometers. Demnach sind 55 Prozent der Befragten sehr, 32 Prozent eher zufrieden. Positiv bewertet werden vor allem auch die Hausarztversorgung, diese wird von 57 Prozent der Befragten als sehr gut ausgebaut bezeichnet, das Angebot an Vorsorgeuntersuchungen sowie die moderne technische Ausstattung und die hohe medizinische Qualität bei den FachärztInnen. Die HausärztInnen zeichnen sich aus Sicht der BurgenländerInnen vor allem durch verständliche Informationen, eine angenehme Atmosphäre, Zeit für die PatientInnen und schnelle Terminvergabe aus. Befragt nach Problemen, werden weiterhin Wartezeiten und ein Mangel an Fachärzten am häufigsten genannt. „Die grundsätzliche Zufriedenheit mit dem Gesundheitssystem im Burgenland erweist sich seit Beginn der Erhebung im März 2011 als konstant sehr hoch. Neun von zehn Personen sind entweder sehr oder etwas zufrieden. Das ist sehr erfreulich und auch wichtig“, so BURGEF-Vorsitzender Gesundheitslandesrat Peter Rezar, der gemeinsam mit Hannes Frech, BURGEF, und Prof. Peter Filzmaier, Institut für Strategieanalysen, am 10. Jänner die Ergebnisse präsentierte.

Unter den einzeln abgefragten Bereichen der Gesundheitsversorgung werden vor allem die Hausarztversorgung und Vorsorgeuntersuchungen sehr gut bewertet, aber auch die sonstigen Felder werden mehrheitlich positiv gesehen. Gegenüber den früheren Befragungswellen hat sich im Zeitvergleich nichts an diesem positiven Befund geändert. Österreich habe eines der besten Gesundheitssysteme der Welt, betont der Gesundheitslandesrat: „Der niederschwellige Zugang zu medizinischen Leistungen ist international beispielgebend.“ Um optimale Versorgungsstrukturen für die kommenden Generationen garantieren zu können, haben sich Bund, Länder und Sozialversicherungen auf eine Reform des österreichischen Gesundheitssystems geeinigt, so Rezar. „In Zukunft stehen die Patienten und ihre best-



Foto: Bgld. Landesmedienervice

BURGEF-Vorsitzender Gesundheitslandesrat Peter Rezar, BURGEF-Geschäftsführer Hannes Frech (r.) und Prof. Peter Filzmaier vom Institut für Strategieanalysen (l.)

mögliche medizinische Behandlung im Mittelpunkt und nicht mehr die Institutionen. Wir müssen gut hinhören, damit wir über die Bedürfnisse der Patienten Bescheid wissen.“ Nicht das, was vorhanden sei gehöre gestärkt, sondern das, was notwendig ist. „Das Institut für Strategieanalysen stellt daher in den Befragungen auch die Meinung der Menschen in den Mittelpunkt. Nur wenn man hinterfragt, wo Mängel sind, kann man diese beseitigen“, sagt Rezar.

„Es geht darum, die Patienten zur richtigen Versorgungseinrichtung zu lenken. Warum kommen die Patienten in die Ambulanzen? Weil kein niedergelassener Arzt verfügbar war, oder aus anderen Gründen. Wir sind dabei, das zu analysieren. Das Spital ist zwar der High-End-Bereich, aber nicht a priori die beste erste Anlaufstelle“, BURGEF-Geschäftsführer Hannes Frech, BURGEF.

Hausarztversorgung mit Abstand das meistgeschätzte Versorgungsangebot

„Spontan als Probleme werden erneut Wartezeiten und ein Mangel an Fachärzten genannt, alle weiteren Nennungen bleiben im niedrigen einstelligen Prozentbereich“, sagt Prof. Peter Filzmaier vom Institut für Strategieanalysen. So werde die Hausarztversorgung von 57 Prozent als sehr gut ausgebaut bezeichnet, sie liege damit deutlich

besser als der Facharztbereich (25 Prozent sehr gut ausgebaut). Filzmaier: „Die HausärztInnen zeichnen sich aus Sicht der BurgenländerInnen vor allem durch verständliche Information, eine angenehme Atmosphäre, Zeit für die PatientInnen und schnelle Terminvorgaben aus.“

Wartezeiten werden dabei vor allem beim niedergelassenen Facharztbereich und in den Spitalsambulanzen wahrgenommen.

Demgegenüber werden den FachärztInnen etwas stärker eine moderne technische Ausstattung und eine Behandlung am neuesten Stand der Medizin zugeschrieben. Defizite gegenüber den HausärztInnen sind die Praxiszeiten, die bei letzteren aus Sicht der Befragten günstiger sind, und vor allem die längere Dauer, bis man einen Termin bekommt.

Während die rückblickende Bewertung der Entwicklung der Gesundheitsversorgung ebenfalls konstant hoch bleibt, hat der Anteil jener Befragten, die für die Zukunft Verschlechterungen im Burgenland erwarten, zugenommen und liegt nun mit 29 Prozent auf dem Niveau vom Februar 2012. Zwischenzeitlich war er auf 23 Prozent abgesunken. Insgesamt ist aber eine relative Mehrheit der Meinung, daß sich die Situation zum Besseren oder zumindest nicht zum Schlechteren ändern wird. ■

MonA-Net liegt bei den Mädchen hoch im Kurs

10 Jahre MonA-Net: 2600 Besucherinnen täglich – Jubiläumsfeier mit Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Landesrätin Verena Dunst

Die Online-Plattform MonA-Net ist zehn Jahre jung. Seit 2003 informieren Plattform-Gründerin Jutta Zagler und ihr Team über Themen wie frauentypische Berufe und Karriere, aber auch über Verhütung oder Essstörungen. Seit seinem Bestehen ist das Betätigungsfeld der Plattform immer weiter gewachsen. Heute zählen kostenlose Workshops und Trainings, Potentialanalysen, die Berufs- und Informationsmesse (BiBi), Kampagnen und ein eigenes Beratungsmobil zur täglichen Arbeit. Finanziert wird die Plattform mit Bundes- und Landesmitteln sowie Mitteln des AMS. Frauenlandesrätin Verena Dunst sieht darin eine richtige und wichtige Entscheidung: „MonA-Net ist zu einer wichtigen Anlaufstelle für tausende von Mädchen gewachsen. Hier wird hoch professionelle und engagierte Mädchen- und Frauenberatung geleistet. Täglich werden 2600 Besucherinnen gezählt, über 6000 Userinnen, die miteinander vernetzt sind, sind ständig mit dabei. Dabei geht es nicht nur um Beratung, sondern auch um Erfahrungsaustausch“, gratulierte Dunst am 16. Jänner im Rahmen der Jubiläumsfeier im TechLab Eisenstadt.

MonA-Net „wirkt österreichweit“, lobt Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek. „MonA-Net war schon immer anderen Mädchen-Netzwerken ein Stück voraus. Es ist für uns Politikerinnen wichtig, daß es so engagierte Praktikerinnen wie Jutta Zagler gibt. Investitionen in Arbeit und Beratung für Frauen rechnen sich. MonA-Net und MonA-Mobil sind großartige Beispiele für erfolgreiche Mädchenarbeit. Wichtig dabei ist der niederschwellige Zugang, das ist das Erfolgsgeheimnis.“

Am Beginn stand eine Amerikareise. „Dort habe ich eine Online-Plattform kennengelernt und den Entschluß gefaßt: Machen wir so etwas! Danach bin ich hausieren gegangen, um das Geld für die Umsetzung dieser Idee aufzustellen. Das war nicht so leicht“, erzählt die Sozialpädagogin Jutta Zagler. Schließlich wurde das Mädchennetzwerk MonA-Net als Interreg-Projekt ins Leben gerufen. Interreg ist ein Regionalprogramm der Europäischen Union



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Lisa Spirek mit Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek, Jutta Zagler, Landesrätin Verena Dunst, ORF-Journalistin Mari Lang und Jessika Diwald (v.l.)

(EU) zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, an dem sich auch Nicht-EU-Staaten beteiligen können. Seit 2004 wird das Projekt vom Bund, dem Land Burgenland und dem AMS finanziert.

MonA-Net hat sich zu einer wichtigen Online-Plattform im Alltag vieler Mädchen und junger Frauen gemausert, die Nachfrage wächst. Die breit gefächerte Info-Palette von MonA-Net spannt sich über alle Lebensbereiche. Informiert wird über frauentypische Berufe und Berufswahl ebenso wie über Verhütung oder Eßstörungen. Welchen hohen Stellenwert die Plattform bei vielen Mädchen heute hat, wie sie sich bewährt hat, zeigen folgende Zahlen: Derzeit hat MonA-Net 5928 Mitglieder (Stand Jänner 2013), pro Tag wird über 2500 Mal auf die Plattform zugegriffen. Von 2013 bis heute wurden 4100 Potentialanalysen durchgeführt, 38.000 Mädchen in Gruppenberatungen erreicht, 1500 Einzelberatungen und 420 Workshops abgehalten. Im Helpdesk wurden 6200 psychologische Beratungen durchgeführt. Dort können sich Mädchen und junge Frauen anonym mit all ihren Problemen und Fragen an Expertinnen wenden und erhalten schnelle und professionelle Hilfe. Außerdem gab es 4600 Berufs- und Bildungsberatun-

gen online sowie 55 Online-Umfragen und zwei große Umfragen. Darüber hinaus wurden 1960 Artikel in der Online-Zeitung „Mona-Zine“ publiziert und 450.000 Forumpostings gezählt.

MonA-Net vernetzt Mädchen und Frauen

Die Online-Plattform MonA-Net hat es sich zur Aufgabe gemacht, Mädchen dabei zu unterstützen, selbständig und eigenverantwortlich zu werden und den eigenen Lebensweg bewußt und aktiv zu gestalten. Neben dieser individuellen Aufgabe setzt sich MonA-Net gegen die Diskriminierung und Unterdrückung von Mädchen und Frauen und für gleichberechtigtes Miteinander der Geschlechter ein. Hilfe gibt es dabei in unterschiedlichster Weise.

MonA-Net ist aber nicht nur eine Informations- und Beratungsplattform. Mädchen und junge Frauen sollen und können unter www.mona-net.at nicht nur mit den Mentorinnen Kontakt aufnehmen, sie können auch untereinander ihre Erfahrungen austauschen. So besteht die Möglichkeit, einen eigenen E-Mail-Account oder eine eigene Homepage einzurichten und in den verschiedenen Foren zu plaudern und sich zu vernetzen. ■

<http://www.mona-net.at>

Feuer.Erde.Wasser.Luft.

Das Burgenland im Spiel der Elemente von 28. Feber
bis 11. November 2013 im Landesmuseum Burgenland



Foto: KSB

Feuer.Erde.Wasser.Luft. Das Burgenland im Spiel der Elemente

In unserem Land and wirken elementare Kräfte. Ohne das Spiel der Elemente wären wir heute nicht, was wir sind. Feuer, Erde, Wasser und Luft waren und sind bis heute verantwortlich für die Entwicklung der Zivilisation in unserem Raum. Sie sind Ausdruck lebenserschaffender wie auch lebenszerstörender Mächte.

Feuer

Der Ursprung unserer Kultur und zugleich eine große Bedrohung für die Menschen – Von den Schmelzöfen der vorrömischen Eisenzeit über archaische Herdfeuer. Vom Vulkanismus am Pauliberg zu den Brandkatastrophen in der jüngeren Geschichte Eisenstadts.

Erde

Sie gilt als die große Gebäerin und Ernährerin. Aus ihrem Inneren erwächst das Leben. Sie schenkt den Werkstoff zur Erschaffung der Welt oder der Menschen.

„Humus“ und „human“ sind nicht nur sprachlich verwandt, die Kultivierung des Bodens und die Kultivierung des Geistes sind nahe Geschwister. Aus der Erde wurden im Burgenland „gsatzte“ Lehmwände errichtet, Plutzer geformt und Ziegel gebrannt. Am Ende unseres Lebens kehren wir zu ihr zurück.

Wasser

Es ist das erste Element, das wir als Kinder erleben. Und aus dem unser Körper zu 75 Prozent besteht. Wasserreich ist auch das Burgenland. Bohrungen haben hier Quellen sprudelnden Wassers erschlossen. Mineralwasser und Thermalwasser gehören heute zu den Schätzen dieses Landes, in Thermen lassen sich Körper und Seele wohltuend reinigen.

Aber auch der beständige Kampf, dieses Element zu beherrschen, zu begradigen oder gar auszutrocknen, hat das Burgenland geprägt.

Luft

Sie ist eine windige Angelegenheit. Mit ihrer Kraft werden heute in unserem Land Windparks betrieben, in früheren Zeiten Windmühlen und Windräder. Dem Segler und Surfer bietet sie Freizeitgenuß, in ihrer schlimmeren Erscheinung verursacht sie verheerende Sturmschäden.

Die eigenen vier Wände

17. Mai - 11. November 2013

Mit dem Dorfmuseum Mönchhof zu Gast eröffnet das Landesmuseum Burgenland eine lose Reihe, die in Zukunft fortgesetzt werden soll: Kleinmuseen und regionale Spezialsammlungen werden eingeladen, mit eigenen Sonderausstellungen zu einem gemeinsamen Austausch aber auch zu anderen Blickwinkeln beizutragen. Als viel besuchter Ort kultureller Begegnungen wird auf diesem Weg die Vielfalt wie Besonderheiten des Landes in seiner Hauptstadt vorgestellt. ■

<http://landesmuseum-burgenland.at>

Vor 650 Jahren ging Tirol an Habsburg

Genau 650 Jahre liegt die Entscheidung der Tiroler Landesfürstin Margarethe zurück, Tirol den Habsburgern zu übertragen.

Am 26. Jänner 2013 jährte sich die Unterzeichnung der Übergabeurkunde des Landes Tirol an die Habsburger Rudolf IV., Albrecht III. und Leopold III. durch Gräfin Margarethe von Tirol zum 650. Mal. Margarethe – 1318 geboren und nach dem Tod ihres Vaters Heinrich von Tirol 1335 Erbin – sah sich nach Ableben ihres zweiten Mannes, Ludwig von Brandenburg, und

Luis Durnwalder Anlaß für eine Gedenkstunde. Im Anschluß an die erste Sitzung des Verwaltungsrates von Schloß Tirol in diesem Jahr fanden sich der Landeshauptmann, die Direktorin des Landesmuseum Schloß Tirol, Paula Mair, und weitere Verwaltungsratsmitglieder am 24. Jänner im Pressesaal des Bozner Palais Widmann zu einer Gedenkstunde zusammen.

vom Wissen um die Landesgeschichte erwartet der Landeshauptmann eine verbindende Wirkung: „sowohl für alle drei Sprachgruppen, als auch für das in der heutigen Euregio vereinte Gesamttirol“.

„Die Erinnerung an die Entscheidung Margarethes vor 650 Jahren findet natürlich ihren Niederschlag im diesjährigen Programm des Landesmuseums für Kultur- und Landesgeschichte“, erklärte Direktorin Paula Mair, „dem Stammsitz der Tiroler und Margarethes langjährigem Zuhause“. „Das Museum hat Margarethe bereits 2007 eine große Ausstellung gewidmet“, so die Direktorin, mit der das Bild einer häßlichen Margarethe Maultasch umfassend revidiert worden sei. Heuer will das Museum verschiedene Objekte aus Margarethes Besitz und ein Original der Übergabe-Urkunde Tirols an die Habsburger anläßlich des Gedenkjahres in besonderem Rahmen zeigen. Zudem findet das in Tirol groß zelebrierte Gedenkjahr „650 Jahre Tirol an Habsburg“ im kommenden Herbst auf Schloß Tirol mit einem wissenschaftlichen Symposium seinen Abschluß.



Foto: LPA / Pertl

LH Luis Durnwalder und Direktorin Paula Mair bei der Gedenkstunde

ihrer Sohnes Meinhard III. außer Stande, Tirol weiter zu regieren. Zumal auch das Interesse der verschiedenen Adelshäuser an dem Alpenland groß war: Neben den Habsburgern erhoben die Wittelsbacher und die Luxemburger Ansprüche.

Rudolf IV. reiste am 20. Jänner 1363 nach Bozen, um Margarethe davon zu überzeugen, „das Fürstentum der Grafschaft Tirol zu Nutz und Frommen und Sicherheit seiner Bewohner“ an die Herzöge von Österreich abzutreten. Es folgten schwere Tage der Entscheidungsfindung für Margarethe. Sie beriet sich mit den Adelsherren, die einer Übergabe an Österreich zustimmten. Die Übergabeurkunde wurde schließlich am 26. Jänner 1363 ausgefertigt.

Diese wichtigen Tage in der Geschichte Tirols, für die Südtirol und Schloß Tirol Schauplatz waren, sind für den Verwaltungsrat von Schloß Tirol rund um den Präsidenten – und Landeshauptmann von Südtirol –

„Die heutige Realität unterscheidet sich ganz wesentlich von jener vor 650 Jahren“, betonte der Landeshauptmann, aber gerade

Das Schloß Tirol

Burg Tirol ist Sitz der Grafen von Tirol und seit Meinhard II. von Tirol-Görs Zentrum des von ihm geeinten Landes an der



Das Schloß Tirol – von St. Peter her gesehen

Aus Südtirol

Foto: Österreichisches Staatsarchiv, Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Allgemeine Urkundenreihe 1363 Jänner 26



Die Prunkfassung der Urkunde vom 26. Jänner 1363 mit den Siegeln der Regentin und von vierzehn Landherren ihres Rates.

Etsch und im Gebirge. Neben dem äußeren Erscheinungsbild, das vor allem durch den Saal des Südpalast und die doppelgeschoßige Kapelle den fürstlichen Anspruch der Besitzer widerspiegelt, unterstreichen Ereignisse und Entscheidungen, die hier stattfanden, Aufgaben und Funktionen, die hier ausgeführt und ausgeübt wurden, und die enge Verzahnung der Geschichte der Burg mit dem Schicksal der Grafen von Tirol-Görz die Rolle der Burg als Residenz und Herrschaftsmittelpunkt. Mit dem Übergang des Landes an die Habsburger im Jahre 1363 und der Verlegung des Regierungssitzes und der Verwaltung nach Innsbruck 1420 schwand die Bedeutung der Burg Tirol.

Im Jahre 2003 wurde auf Schloß Tirol das Landesmuseum für Landes- und Kulturgeschichte eröffnet.

In teils wiedererschlossenen, teils behutsam restaurierten Räumen wird den BesucherInnen ein vollkommen neues und vielseitiges Programm geboten, das sie mit der Kultur- und Landesgeschichte Tirols vertraut machen soll.

Der Museumsparcours führt von der Vorburg zum Tempel, wo die Baugeschichte der Burg und die archäologischen Funde anschaulich thematisiert werden. Über die Krypta, in der die Frage „Was bleibt von der Geschichte?“ gestellt und von einer – scheinbar wahllosen – Anordnung von Funden aus 6 Jahrhunderten beantwortet wird, weiter über den Rittersaal, in dem auch in Zukunft Feiern und Konzerte stattfinden werden, gelangt man zur Kapelle und zum Kaisersaal, wo die mittelalterliche Gesellschaft vorgestellt wird und besondere Exponate der

neuen Sammlung von Schloß Tirol gezeigt werden. Im Ostpalast wird Landesgeschichte aus dem Blickwinkel der Rechtsgeschichte, im Mushaus Schloß und Land Tirol im 19. Jahrhundert präsentiert. Im neu überdachten Küchenhof gibt es Einblicke in den mittelalterlichen Alltag auf der Burg.

In Ergänzung und als Gegenstück zur Auseinandersetzung mit dem Mittelalter informiert der Bergfried die Besucher über ereignisreiche, schmerzvolle und erfolgreiche Stationen des 20. Jahrhunderts. Auf 22 neu eingezogenen Ebenen wird die Zeitgeschichte Südtirols in ihrem großräumigen Zusammenhang zwischen 1898 und 1992 erwandert.

Dieses Programm wird begleitet von originellen Ton- und Medieninstallationen, Hörbildern die den Besucher in die Klang-

Aus Südtirol

welt vergangener Jahrhunderte zurückversetzen und Arbeiten zeitgenössischer Künstler, welche bedeutsame Etappen der Kunstgeschichte des 20. Jahrhunderts repräsentieren.

Der ehemalige Wirtschaftstrakt beherbergt die Sonderausstellungen.

Das Zentrum der museologischen Inszenierung aber bleibt die Burg selbst.

Ein langfristiges Projekt zur Erforschung des Schlosses Tirol verknüpft die Bauforschung mit der Archäologie, der Mineralogie, der Petrographie sowie der Dendrochronologie und möchte die bis heute im Dunkeln liegende Entstehungszeit der Burg und die Umstände der Erbauung klären. Der zweite Band der Broschüre „Bauforschungen auf Schloß Tirol“, der der mineralogischen Erforschung der Portale gewidmet ist, beinhaltet einige interessante Neuigkeiten. Diese wissenschaftliche Publikation ist auf Schloß Tirol erhältlich.

Ein weiteres Ziel ist der Aufbau einer eigenen Sammlung. Parallel dazu gibt es ein Leihgabenkonzept, welches das Museum belebt und bei dem bedeutende Exponate in einem Rotationsprinzip gezeigt werden: es basiert auf Kooperation und Austausch und soll im regionalen wie im internationalen Rahmen neue Synergien ergeben.

Ein Kuriosum von Schloß Tirol sind die von 1832 bis 1974 reichenden Besucherbücher. Bisher sind ungefähr 300.000 Besuchereinträge transkribiert, recherchiert und elektronisch erfaßt worden. Die BesucherInnen von heute können nachforschen, ob sich unter dieser großen Zahl vielleicht schon einmal ein Verwandter oder Bekannter mit einem Spruch oder einer Zeichnung verewigt hat und sich selbst für die Nachwelt in das elektronische Besucherbuch einfügen.

Der Musik-CD „Musik am Hofe der Tiroler Grafen“, welche dem Hörer einen Streifzug durch die Musiklandschaft am Hofe von Schloß Tirol zwischen 1260 und 1420 bietet, folgte eine zweite: In Kooperation mit dem ORF Wien wurde die CD „Laurein – Mittelalterliche Heldenepen aus Tirol“ produziert.

Eine willkommene Überraschung für den Besucher ist das von Prof. Josef Riedmann verfaßte „Taschenbuch der Geschichte“, welches jeder beim Lösen der Eintrittskarte bekommt. Dank der großzügigen Unterstützung der Stiftung Südtiroler Sparkasse konnte dieser nützliche Führer in deutscher, italienischer und englischer Sprache gedruckt werden. Er behandelt die Geschichte Tirols eingebettet in den europäischen Rahmen.



Foto: Südtiroler Landesmuseum für Kultur- und Landesgeschichte Schloss Tirol

Im Jahre 2003 wurde auf Schloß Tirol das Landesmuseum für Landes- und Kulturgeschichte eröffnet.

Erinnerungen an das 20. Jahrhundert

Der Bergfried, das Wahrzeichen von Schloß Tirol, jahrhundertlang nur ein mächtiger Rumpf, wurde erst 1903 fertig gestellt.

Am Beginn des 20. Jahrhunderts entstanden, bietet er heute einen Rundgang durch die bewegte Zeitgeschichte Südtirols. In 20 Stationen von 1900 bis 1992 führen Bilder, Filme und wertvolle Objekte durch die jüngste Vergangenheit einer europäischen Region.

Südtirol hat einen langen Aufstieg hinter sich: Von der Epoche der Nationalismen und Diktaturen hin zur Verständigung verschie-

dener Volksgruppen, von vorindustrieller Armut zu gesichertem Wohlstand. Im Bergfried wird der Weg Südtirols nachvollziehbar, er vermittelt Eindrücke, Einsichten und Ausblicke auf das Land und seine Zukunft.

Auf der Webseite von Schloß Tirol finden Sie alle Veranstaltungstermine, natürlich auch Details zum eingangs angesprochenen zweitägigen Symposium „650 Jahre Zugehörigkeit Tirols zu Österreich“ im Mai – und vieles andere Wissenswerte. ■

<http://www.schlossstirol.it>

Lesen Sie auf den Seiten 17 und 18 über die Festlichkeiten in Innsbruck.

22. Treffen der Südtiroler in Großbritannien

220 Südtiroler sind ein neuer Teilnehmerrekord – Extrembergsteiger Robert Peroni war Ehrengast



Foto: Doris Salzburger

v.l.: Anita Hohenegger (Travel to Talk), Kurt Kuen (Kuen Hotel Consultancy), Robert Peroni (The Red House Greenland), Michael Reiterer (Sektellerei Arunda), Christian Girardi (Global Forum Südtirol), Alexander v. Egen (Spezialbrauerei Forst), Armin Hilpold (Südstern) und Gottfried Pollinger (Kellerei Nals Margreid Entiklar)

Am 19. Januar war es wieder soweit mit dem traditionellen Treffen der SüdtirolerInnen in Großbritannien. Mehr als 220 dort lebende SüdtirolerInnen und Gäste aus der Heimat sind der Einladung von Hotelierslegende Kurt Kuen ins Victoria Park Plaza Hotel gefolgt. Diesjähriger Ehrengast war der Extrembergsteiger Robert Peroni.

Zum 22. Mal organisierte der gebürtige Brixner Kurt Kuen das traditionelle Treffen der Südtiroler in Großbritannien. Kuen lebt seit mehr als 40 Jahren in England und war zuletzt als Senior Vice President der Park Plaza Hotels Europe tätig. Dank seines unermüdlichen Einsatzes konnten in den letzten drei Jahrzehnten unzählige SüdtirolerInnen Arbeitserfahrungen in der Hotellerie in Großbritannien sammeln. Die Hotelierslegende ist zwar seit Dezember 2011 im Ruhestand, hat allerdings 2012 seine eigene Firma gegründet und stellt nun in seiner Funktion als Berater seine langjährigen Fachkenntnisse auch Südtiroler Hotelbetrieben zur Verfügung.

<http://www.kuenhotelconsultancy.com>

Seit mehreren Jahren unterstützt die

gebürtige Vinschgerin Anita Hohenegger mit viel Engagement das Event. Hohenegger organisiert über ihre Firma maßgeschneiderte Sprach-, Kultur- und Bildungsreisen nach London. Kurt und Anita zur Seite stehen außerdem das Organisationsteams bestehend aus den Wahlengländern Felix Piazza, Stephan Kofler, Doris Salzburger, sowie Südstern – das Netzwerk der Südtiroler im Ausland.

<http://www.traveltotalk.com>

<http://www.suedstern.org>

<http://www.braindock.ch>

„Durch das jährliche Südtirolertreffen und dank Südstern haben sich die in Großbritannien lebenden SüdtirolerInnen ein großartiges Netzwerk aufgebaut, wodurch zahlreiche Freundschaften und geschäftliche Beziehungen entstanden sind. Wir SüdtirolerInnen im Ausland sind stolz auf unsere Wurzeln und auf unsere Funktion als Botschafter für Südtirol. Das jährliche Südtirolertreffen ist Zeugnis einer beispielhaften Zusammenarbeit“, so Kurt Kuen.

Ehrengast des 22. London Events war der gebürtige Bozner Expeditions-Abenteurer

Robert Peroni, der seit 30 Jahren in der ostgrönländischen Stadt Tasiilaq lebt. Peroni erzählte über seine legendäre Grönlandüberquerung im Sommer 1983. „Es ist mir eine besondere Freude und Ehre heute zum ersten Mal dem traditionellen Südtiroler Treffen in London beizuwohnen und den vielen Landsleuten in diesem besonderen Rahmen von meinem ereignisreichen Leben zu erzählen“, so Robert Peroni.

Angereist waren auch Vertreter aus der Heimat und Auslands SüdtirolerInnen aus anderen Teilen der Welt. Darunter Maria Luise Schaubries (Vertreterin der Südtiroler in der Welt), Armin Hilpold (Präsident Südstern) sowie der Südstern-Mitbegründer und Gründer des Global Forum Südtirol, Christian Girardi.

„Besonderer Dank gilt der großzügigen Unterstützung unserer Sponsoren Brigl Transporte, Eva Kuen, Kellerei Nals Margreid-Entiklar, Mila, Pur Südtirol, Recla Südtiroler Speck, Sektellerei Arunda Vivaldi, SMG und Spezialbier-Brauerei Forst, sowie dem Obervinschger Trio ‚Sauguat‘“, so Kuen abschließend. ■

Europäisches Jahr der Bürgerinnen und Bürger

Die Europäische Kommission hat das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger eingeläutet, das letzteren und deren Rechten gewidmet sein soll.

Das Jahr 2013 stellt einen wichtigen Wendepunkt für die europäische Integration dar. Es markiert den 20. Jahrestag der im Jahr 1993 erfolgten Einführung der Unionsbürgerschaft durch den Vertrag von Maastricht und liegt ein Jahr vor den nächsten Europawahlen.

Am 10. Jänner haben Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Vizepräsidentin Viviane Reding gemeinsam mit dem irischen Ministerpräsidenten Enda Kenny und der irischen Europaministerin Lucinda Creighton in der Rotunda des Dubliner Rathauses das „Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013“ eröffnet. Über 200 Dubliner BürgerInnen haben an einer öffentlichen Diskussion mit europäischen Staats- und Regierungschefs über die Zukunft der Europäischen Union teilgenommen. Der irische Vizeministerpräsident Eamon Gilmore und aus der Region stammende irische EP-Abgeordnete hatten ebenfalls an der Diskussion teilgenommen.

„Wir brauchen die direkte Mitwirkung der Bürger, um eine stärkere und politischere Union aufbauen zu können. Daher wurde das Jahr 2013 zum ‚Jahr der Bürgerinnen und Bürger‘ ausgerufen, in dem deren Rechte als Europäer in den Mittelpunkt gerückt werden sollen“, so Kommissionsvizepräsidentin und Justizkommissarin Viviane Reding, „Die Unionsbürgerschaft ist mehr als ein theoretischer Begriff. Sie ist eine praktische Realität, die spürbare Vorteile für den Bürger mit sich bringt. Die Europäische Kommission möchte den Menschen dabei helfen, von ihren Rechten unmittelbar Gebrauch zu machen, und sie möchte wissen, wie sich die Bürger die weitere Entwicklung Europas vorstellen. Alle EU-Bürger müssen die Möglichkeit haben, ihre Anliegen zur Sprache zu bringen und den Weg für künftige Europawahlen zu bereiten. Es wird Zeit, daß wir unsere gemeinsame Zukunft in die Hand nehmen.“

Um das „Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013“ zu würdigen, sind zahlreiche Veranstaltungen, Konferenzen und Seminare auf Unions-, nationaler, regionaler oder kommunaler Ebene in der gesamt-



Foto: European Union, 2013

v.l.: Eamon Gilmore (irischer Außen- und Handelsminister), Enda Kenny (irischer Ministerpräsident), José Manuel Barroso (EU-Kommissionspräsident) und Viviane Reding (EU-Kommissions-Vizepräsidentin und EU-Justizkommissarin)

ten EU vorgesehen. Die Kommission möchte zudem den Bekanntheitsgrad der mehrsprachigen Internetportale „Europe Direct“ und „Your Europe“ erhöhen, die feste Bestandteile des zentralen Informationssystems zu den Rechten der Unionsbürger sind, und sie möchte die Rolle und die Sichtbarkeit von Problemlösungsinstrumenten wie SOLVIT verstärken, mit denen die Unionsbürger ihre Rechte besser nutzen und verteidigen können.

Im Laufe des Jahres 2013 werden Vizepräsidentin Reding und andere Kommissionsmitglieder gemeinsam mit nationalen und örtlichen Politikern in ganz Europa öffentliche Diskussionen mit Bürgern abhalten, um sich deren Anliegen anzuhören und Fragen zu beantworten. Reding hat bereits an derartigen Diskussionen in Cadix (Spanien), in Graz und in Berlin teilgenommen, Kommissar Andor an einer Diskussion in Neapel. In zahlreichen europäischen Städten werden im Jahr 2013 weitere derartige Diskussionen abgehalten werden, bei denen EU-Politiker und örtliche Politiker mit BürgerInnen aus allen Gesellschaftsschichten diskutieren werden.

Um den Boden für das Europäische Jahr zu bereiten, führte die Kommission zwischen dem 9. Mai und dem 9. September 2012 eine breite Konsultation der Öffent-

lichkeit durch, bei der sie die BürgerInnen befragte, mit welchen Problemen sie bei der Ausübung ihrer Rechte als Unionsbürger konfrontiert sind. Die BürgerInnen machten dabei deutlich, daß ihnen ihre Rechte als EU-BürgerInnen – insbesondere die Freizügigkeit und die politischen Rechte – sehr wichtig sind. Sie wünschen sich ein Europa, in dem sie leben, arbeiten, ihren Wohnsitz verlegen, studieren und einkaufen können, ohne mit bürokratischen Hindernissen oder Diskriminierungen rechnen zu müssen. Sie sind sich gleichwohl bewußt, daß es bis dahin noch ein weiter Weg ist. Die BürgerInnen haben zudem verschiedene Probleme angesprochen, die die Kommission in ihrem nächsten, voraussichtlich im Laufe des Jahres 2013 erscheinenden Unionsbürgerschaftsbericht aufgreifen wird, darunter die Wahrung der Unionsbürgerrechte auf lokaler Ebene.

Hintergrund

Dank der Unionsbürgerschaft, die die Staatsbürgerschaft nicht ersetzen, sondern ergänzen soll, verfügen die Bürger der 27 EU-Mitgliedsstaaten über zusätzliche Rechte. Dazu zählen das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunal- und Europawahlen im Wohnsitzland (wenn es sich um ein EU-Ausland handelt), das Recht auf konsulari-

Europa

schen Schutz durch die Konsulate anderer EU-Mitgliedsstaaten, das Petitionsrecht beim Europäischen Parlament, das Recht auf Beschwerde beim Europäischen Bürgerbeauftragten oder – seit 2012 – das Recht auf Mitwirkung an einer Europäischen Bürgerinitiative (Volksbegehren auf EU-Ebene).

Mit der Unionsbürgerschaft sind zahlreiche Rechte verbunden, derer sich die EU-BürgerInnen nicht immer bewußt sind. Eine Umfrage aus dem Jahr 2010 hat ergeben, daß sich zu viele EU-Bürger noch immer nicht ausreichend über ihre Rechte informiert fühlen. Lediglich 43 Prozent der Befragten kannten die Bedeutung des Begriffs „Bürger der Europäischen Union“, und fast die Hälfte der europäischen BürgerInnen (48 Prozent) gaben an, über ihre Rechte „unzureichend informiert“ zu sein. Im „Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger“ wird es darum gehen, diese Rechte zu erläutern und dafür zu sorgen, daß die Menschen sich dieser Rechte bewußt sind und bei der Ausübung dieser Rechte keine Hindernisse auftreten.

Unter den sich aus der Unionsbürgerschaft ergebenden Rechten ist das Recht auf Freizügigkeit das Recht, das den UnionsbürgerInnen am stärksten am Herzen liegt. Dies ist nicht verwunderlich, da EU-BürgerInnen jährlich mehr als eine Milliarde Reisen ins EU-Ausland unternehmen und immer häufiger auch in andere Mitgliedsstaaten umziehen. Doch während mehr als ein Drittel (35 Prozent) der Arbeitnehmer sich vorstellen könnte, in einem anderen Mitgliedsstaat eine berufliche Tätigkeit auszuüben, ist beinahe jeder Fünfte nach wie vor der Auffassung, daß die Wahrnehmung dieses Rechts durch zu viele Hindernisse beeinträchtigt wird. Neben der Sprachbarriere ist ein chronischer Mangel an Informationen das größte Hindernis für grenzüberschreitende Mobilität.

Die Europäische Kommission ist bemüht, diese Hindernisse zu beseitigen. Im Bericht über die Unionsbürgerschaft 2010 werden 25 konkrete Maßnahmen angeführt, die dazu dienen sollen, die verbleibenden Hindernisse

zu beseitigen, die die EU-BürgerInnen von der Ausübung ihres Rechts auf Freizügigkeit in der EU abhalten. Zu diesen Maßnahmen zählen eine bessere Aufklärung der BürgerInnen über ihren Unionsbürgerstatus und die damit in ihrem Alltag verbundenen Rechte.

Im „Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013“ wird die Kommission einen zweiten Bericht über die Unionsbürgerschaft veröffentlichen, der als Aktionsplan dafür dienen soll, die verbleibenden Hindernisse zu beseitigen, die die BürgerInnen von der ungehinderten Ausübung ihrer Rechte als EU-BürgerInnen abhalten.

Mit der Ausrufung des „Jahres 2013 zum Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger“ kommt die Europäische Kommission ihrem im Unionsbürgerschaftsbericht gegebenen Versprechen sowie der Aufforderung des Europäischen Parlaments zur Durchführung eines derartigen Jahres nach. ■

<http://europa.eu/citizens-2013/de/home>

http://ec.europa.eu/european-debate/index_de.htm

Ausgabe der neuen 5-Euro-Banknote ab 2. Mai 2013

Herr und Frau Österreicher bezahlen nach wie vor am liebsten mit Bargeld. Um die Verwendung noch sicherer zu gestalten, startet ab 2. Mai 2013 die neue Euro-Serie mit der Ausgabe der 5-Euro-Banknote. Sie hat neue Sicherheitsmerkmale und eine verlängerte Lebensdauer.

Über eine Dekade nach der Euro-Einführung startet in diesem Jahr die Ausgabe der neuen Euro-Banknotenserie. Als erste Vertreterin der „Europa-Serie“ wird ab 2. Mai 2013 die 5-Euro-Banknote in Umlauf gebracht. Von der ersten Banknotenserie unterscheidet sie sich vor allem durch eine noch weiter optimierte Sicherheitsausstattung. Drei neue Sicherheitsmerkmale wurden in das weiterentwickelte Design inkludiert: Portrait-Hologramm, Portrait-Wasserzeichen und die Smaragd-Zahl mit Farbwechsel. Das Portrait zeigt die phönizische Königstochter Europa. Die Merkmale sind einerseits für die Bevölkerung noch besser erkennbar, andererseits machen sie die neue Banknote noch fälschungssicherer.

Obwohl die Fälschungszahlen nach wie vor gering sind, wurden die Euro-Banknoten weiterentwickelt, um den Fälschern wieder einen Schritt voraus zu sein. In Österreich wurden 2012 6.327 Fälschungen aus dem Umlauf sichergestellt – etwas mehr als 2011. Der Schaden lag lediglich bei 465.180 Euro.



Der Präsident der EZB, Mario Draghi, präsentierte die neue 5-Euro-Banknote.

Europaweit war 2012 ein leichter Rückgang des Falschgeldaufkommens zu beobachten.

Für Kassiere in Banken und Handel sowie interessierte BürgerInnen bietet die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) Informationsmaterial und Bargeldschulungen an. Anhand der Prüfschritte Fühlen – Sehen – Kippen lernen die Teilnehmer, wie man ohne die Hilfe von technischen Geräten die Echtheit einer Banknote überprüfen kann. Ab März 2013 inkludiert dieses Service natürlich auch die neue 5-Euro-Banknote.

In Österreich werden über 83 Prozent aller Transaktionen im Handel mit Bargeld

abgewickelt. Als sicheres und allgemein akzeptiertes Zahlungsmittel ist es nicht aus unserer Gesellschaft wegzudenken. Um die Qualität der Banknoten im Zahlungsverkehr auf hohem Niveau zu halten, zeichnet sich die neue Banknote daher neben den verbesserten Sicherheitsmerkmalen auch durch eine längere Lebensdauer aufgrund einer beschichteten Oberfläche aus.

Die 5-Euro-Banknoten der ersten Serie bleiben bis auf weiteres gesetzliches Zahlungsmittel und können unbefristet bei der OeNB umgetauscht werden. ■

<http://www.neue-euro-banknoten.eu>

Talsole durchschritten

Ergebnisse des OeNB-Konjunkturindikators vom Jänner 2013

Die österreichische Wirtschaft dürfte zu Jahresbeginn die wirtschaftliche Talsole durchschritten haben. Gemäß den Ergebnissen des Konjunkturindikators der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) sank das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal noch geringfügig um 0,1 % gegenüber dem Vorquartal. Für das erste Quartal 2013 läßt die jüngste Verbesserung der Vertrauensindikatoren aber wieder eine – wenn auch mit +0,2 % nur moderate – Expansion erwarten. Gegenüber der letzten Veröffentlichung im Oktober wurde die Prognose für das vierte Quartal um 0,1 Prozentpunkte nach unten revidiert. Für das Gesamtjahr 2012 ergibt sich damit ein Wachstum von 0,6 %, was gegenüber der OeNB-Prognose vom Dezember eine Aufwärtsrevision von 0,2 Prozentpunkten bedeutet, die jedoch überwiegend durch die Revision historischer Quartale bestimmt wird.

Die Aussichten für die Weltwirtschaft haben sich zuletzt etwas verbessert. Indikatoren wie der globale Einkaufsmanagerindex liegen sowohl für die Schwellenländer als auch für die USA wieder über der Wachstumsschwelle und deuten auf eine regional breit gestreute Expansion hin. Zudem hat sich die Lage auf den Finanzmärkten weiter beruhigt. Dazu hat auch die vorläufige Einigung im Fiskalstreit in den USA beigetragen. Der enorme Konsolidierungsbedarf stellt jedoch nach wie vor einen Risikofaktor für

die US-Konjunktur dar. In Europa sind die positiven Impulse noch nicht in der Realwirtschaft angekommen. Die Wirtschaft im Euroraum ist im dritten Quartal mit -0,1% zwar weniger stark geschrumpft als erwartet, für das vierte Quartal werden aber stärker negative Wachstumszahlen erwartet. Die Aussichten für das erste Quartal 2013 haben sich zuletzt aber angesichts sinkender Risikoaufschläge in mehreren europäischen Krisenländern und verbesserter Stimmungsindikatoren – nicht zuletzt bei Österreichs wichtigstem Handelspartner Deutschland – etwas aufgehellt.

Österreich als exportorientierte Volkswirtschaft hat das schwache internationale Umfeld im Laufe des Jahres 2012 deutlich zu spüren bekommen. Nach den Ergebnissen des OeNB-Exportindikators sind die realen Güterexporte im vierten Quartal um 0,9% gesunken. Für das Gesamtjahr 2012 ergibt sich damit ein reales Exportwachstum von lediglich 0,7% (nominell 1,9%). Da vom Außenhandel nur schwache Impulse kommen, sind die Unternehmen auch mit ihren Investitionen zurückhaltend. Trotz einer guten Gewinnentwicklung und niedrigster Finanzierungskosten sinken die Ausrüstungsinvestitionen seit Ende 2011. Die Wohnbauinvestitionen entwickeln sich hingegen – gestützt durch die zuletzt stark steigenden Immobilienpreise – wesentlich günstiger. Für das erste Quartal 2013 signalisieren die

Vorlaufindikatoren eine moderate Verbesserung der Export- und Investitionsdynamik.

Die schon seit einigen Jahren anhaltende Schwäche des privaten Konsums hat sich zuletzt noch verstärkt. Im dritten Quartal des Jahres 2012 betrug das Wachstum im Jahresabstand lediglich 0,2%; zum Vorquartal stagnierte der Konsum. Schuld daran ist vor allem eine ungünstige Entwicklung der realen Haushaltseinkommen, die unter der schwachen Reallohnentwicklung leiden. Für den Prognosehorizont lassen zuletzt sinkende reale Umsätze im Einzelhandel wie auch rückläufige KFZ-Neuzulassungen einen weiterhin verhaltenen Konsum erwarten.

Der Arbeitsmarkt hat sich bis zur Jahresmitte 2012 sehr dynamisch entwickelt. In der zweiten Jahreshälfte hat die Beschäftigungsdynamik jedoch nachgelassen und die Arbeitslosenquote ist gestiegen. Die relativ kräftige Zunahme im tendenziell schlechter bezahlten Dienstleistungssektor und die stärkere Zunahme der Ausländerbeschäftigung bei gleichzeitigem Rückgang der Inländerbeschäftigung lassen eine schwache Entwicklung der Erwerbseinkommen erwarten. Die Unternehmen schätzen die zukünftige Beschäftigungslage zusehends ungünstiger ein. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte daher in den nächsten Monaten weiter steigen, mit einem abrupten Anstieg der Arbeitslosigkeit ist jedoch nicht zu rechnen. ■

<http://www.oenb.at>



Grafik: OeNB

Prognose für das reale BIP in Österreich für das 4. Quartal 2012 und das 1. Quartal 2013 (saison- und arbeitstägig bereinigt)

Wachstum in den kommenden Jahren gedämpft

Mittelfristige WIFO-Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2017

Nach der Wachstumsdelle im Jahr 2012 entwickelt sich die heimische Wirtschaft auch mittelfristig nur wenig dynamisch. Der höchste Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) innerhalb des Prognosezeitraumes 2012/2017 wird für 2015 erwartet, er fällt mit 2 % aber gering aus. Maßgeblich für die gedämpfte Entwicklung sind sowohl externe (anhaltende Konjunkturschwäche im Euro-Raum) als auch heimische Faktoren (mäßiges Konsumwachstum durch steigende Sparneigung der privaten Haushalte). Die Expansion wird nicht ausreichen, um die Arbeits-

losigkeit zu senken. Inflationäre Tendenzen sind mittelfristig unwahrscheinlich. Die öffentliche Hand setzt ihren mäßigen Konsolidierungskurs fort.

Die österreichische Wirtschaft wird im Durchschnitt der Jahre 2012 bis 2017 um 1,7 % wachsen. Gegenüber der mittelfristigen Prognose des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) aus dem Vorjahr bleibt das prognostizierte Konjunkturmuster unverändert. Am Szenario eines mäßigen Aufschwunges 2013 und 2014, dem ein wenig ausgeprägter Wachstumshöhe-

punkt 2015 folgt, wird auch in der vorliegenden Prognose festgehalten.

Die relative Schwäche der mittelfristigen Wirtschaftsdynamik ist sowohl auf heimische Faktoren (Dämpfung des Konsums durch steigende Sparneigung) als auch auf internationale Effekte zurückzuführen. Eine maßgebliche Rolle spielt die flauere Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum.

Während sich die Wirtschaft im Durchschnitt des Euro-Raumes in den kommenden Jahren sehr schwach entwickeln wird, ist für Österreich – trotz des im langfristigen Ver-

Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich

	Ø 2002 2007	Ø 2007 2012	Ø 2012 2017	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Jährliche Veränderung in %								
Bruttoinlandsprodukt									
Real	+ 2,6	+ 0,6	+ 1,7	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,9
Nominell	+ 4,4	+ 2,4	+ 3,4	+ 2,7	+ 2,9	+ 3,6	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,5
Verbraucherpreise	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,9
Lohn- und Gehaltssumme pro Kopf, real ¹⁾	+ 0,5	- 0,2	+ 0,5	+ 0,3	- 0,1	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7
Unselbständig aktiv Beschäftigte ²⁾	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9
	Ø 2003/ 2007	Ø 2008/ 2012	Ø 2013/ 2017	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	in %								
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ³⁾	4,7	4,3	4,5	4,3	4,6	4,6	4,5	4,5	4,3
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁴⁾	6,9	6,8	7,4	7,0	7,4	7,4	7,4	7,4	7,2
	In % des BIP								
Außenbeitrag	4,4	4,2	3,9	3,4	3,7	4,0	3,8	3,9	4,0
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 2,0	- 3,0	- 1,4	- 3,1	- 2,6	- 2,0	- 1,3	- 0,8	- 0,4
	In % des verfügbaren Einkommens								
Sparquote der privaten Haushalte	9,9	9,3	8,1	7,5	7,6	7,9	8,0	8,4	8,7

Quelle: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge, je Beschäftigungsverhältnis laut VGR. ²⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Prsenzdiener. ³⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). ⁴⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice.

Wirtschaft

gleich geringen Wachstums – eine etwas bessere Tendenz zu erwarten. Dieser Wachstumsvorsprung gegenüber dem Durchschnitt des Euro-Raumes resultiert aus der robusten und exportorientierten Wirtschaftsstruktur, dem hohen Spezialisierungsgrad in wissensintensiven Branchen sowie den relativ hohen Ausgaben für Forschung und Entwicklung und wird auch mittelfristig erhalten bleiben. Zudem sind die Konsolidierungserfordernisse der öffentlichen Hand in Österreich deutlich geringer als in einigen anderen Euro-Ländern.

Die prognostizierte Entwicklung von Beschäftigung und Reallöhnen wirkt sich stabilisierend auf die verfügbaren Haushaltseinkommen aus, die Konsolidierungsbemühungen der öffentlichen Hand dämpfen die Einkommen etwas. Der private Konsum wird sich über den Prognosezeitraum jedoch schwächer entwickeln als die verfügbaren Einkommen, weil die privaten Haushalte vermehrt sparen.

Die Exporte werden bis zum Jahr 2017 real um durchschnittlich 5,2 % pro Jahr zunehmen. Die Ausweitung der Ausfuhr zieht mit gewisser Verzögerung eine Erholung der Ausrüstungsinvestitionen nach sich. Während die Ausrüstungsinvestitionen aufgrund der abnehmenden Unterauslastung der Kapazitäten kräftiger anziehen werden, dämpft vor allem die geringe Nachfrage nach Bauinvestitionen das Gesamtvolumen der Bruttoanlageinvestitionen. Die Bauinvestitionen erreichen hingegen ihren Wachstumstiefpunkt erst 2013. Die Finanzierungsbedingungen bleiben über den gesamten Prognosezeitraum günstig.

Trotz des verhaltenen Konjunkturaufschwunges wird die Beschäftigung ausgeweitet. Gleichzeitig wächst jedoch das Arbeitskräfteangebot merklich. Es steigt noch bis 2014 stärker als die Nachfrage, die Zahl der Arbeitslosen nimmt daher weiter zu. Danach erhöhen sich Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt im Gleichklang, sodaß sich die Gesamtzahl der Arbeitslosen nur mehr geringfügig ändert und 2017 wieder bei etwa 282.000 liegt. Die Arbeitslosenquote erreicht 2013 mit 7,4 % ihren bisher höchsten Wert und wird mittelfristig auf diesem Niveau verharren, eine Verringerung zeichnet sich erst am Ende des Prognosezeitraumes ab.

Nach einem Rückgang der Rohölnotierungen 2013 wird in den folgenden Jahren wieder mit einem mäßigen Preisanstieg gerechnet. Die mittelfristige Verteuerung von Rohstoffen schlägt sich auch in den Preisen von Intermediär- und Fertigprodukten nieder, sodaß die Importpreise ab 2015 wieder

anziehen. Der heimische Preisdruck bleibt aufgrund der mäßigen Lohnentwicklung und der anhaltenden Unterauslastung der Kapazitäten gering, sodaß die Verbraucherpreise mittelfristig nur um etwa 2,1 % steigen.

Das in den vergangenen Jahren mehrfach revidierte fiskalpolitische Regelwerk der EU verpflichtet Österreich zu einer substanziellen Verbesserung der Budgetsalden und zu einer Verringerung der Staatsschuldenquote. Gemäß dem Verfahren wegen übermäßigen

Defizits, dem Österreich seit 2009 unterliegt, sollen die Defizitquote (Maastricht-Defizit) bis 2013 unter 3 % des BIP verringert, das konjunkturbereinigte (strukturelle) Defizit zwischen 2011 und 2013 um 0,75 % des BIP p. a. gesenkt sowie ein Rückgang der Schuldenquote erreicht werden. Das gesamtstaatliche Defizit wird im Prognosezeitraum schrittweise von 3,1 % (2012) auf 2,6 % im Jahr 2013 und 0,4 % des BIP im Jahr 2017 gesenkt. ■

Nur 1/3 sieht heuer Besserung der Wirtschaftslage in Europa

Die ÖsterreicherInnen planen, im Jahr 2013 durchschnittlich rund 5.700 Euro zu sparen und in diverse Anlageprodukte zu (re)investieren (+4,4 % zum Vorjahr). Auch bei der Kreditaufnahmelust gibt es ein kleines Plus, 13 % haben vor, sich einen Kredit zu nehmen mit einer Durchschnittshöhe von 78.800 Euro (+14,5 %). Was die wirtschaftliche Erholung in Europa betrifft, so sind die ÖsterreicherInnen für 2013 mäßig optimistisch: Rund ein Drittel sieht eine Besserung der Lage im heurigen Wirtschaftsjahr.

Sparsumme im Aufwind

Die ÖsterreicherInnen packt zu Jahresbeginn wieder die Sparlust. Rund 5.700 Euro stehen im Schnitt für (Wieder)veranlagungen in den nächsten 12 Monaten zur Verfügung. Verglichen mit dem Vorjahreszeitraum ist das ein leichtes Plus von 240 Euro. Schaut man nur ein Quartal zurück, so fällt das Plus noch deutlicher aus: Ende September waren es nur 4.250 Euro die auf 12-Monatssicht zur Verfügung standen (+34 %). Zu Jahresbeginn ist die verfügbare Sparsumme traditionell höher weiß Peter Bosek, Privat- und Firmenkundenvorstand der Erste Group: „Am Jahresende laufen viele Sparbücher aus bzw. wird bei den Jahreschecks der Wertpapierdepots wieder viel umgeschichtet und neu veranlagt.“

Die Sparformen der ÖsterreicherInnen ändern sich auch in einem Niedrigzinsumfeld nur wenig: Platz 1 belegt mit 66 % (±0) das Sparbuch, der Bausparer legt etwas ab 55 % (-5 %) und die Lebensversicherung ist mit 40 % (-4 %) die drittbekannteste Sparform. Deutlich zugelegt haben Fonds 18 % (+3 %) und Anleihen (+4 %).

Kreditsumme steigt

Ein gutes Drittel (35 %) der ÖsterreicherInnen plant in den nächsten 12 Monaten

größere Anschaffungen zu tätigen. 13 % wollen diese über einen Bankkredit finanzieren, wobei die durchschnittliche Höhe bei 78.800 Euro liegt.

Vor genau einem Jahr war die Situation noch etwas anders: Nur 31 % hatten kostenintensivere Vorhaben geplant, von denen wollten 15 % über einen Kredit finanzieren, mit jedoch einer geringeren Durchschnittssumme: 68.800 Euro. „Viele nutzen das niedrige Zinsniveau, um geplante Projekte zu realisieren. Die aktuell niedrige Rate mittels Fixzinsvereinbarung abzusichern, halte ich aber nach wie vor für einen wichtigen Schritt“, so Bosek weiter.

Wirtschaftslage in Europa

Was die wirtschaftliche Situation in Europa angeht, so hat der Trend für eine optimistischere Vorschau ins Jahr 2013 in Österreich noch nicht Einzug gehalten. Nur ein Drittel glaubt an eine Besserung der Wirtschaftslage, der Rest sieht immer noch keine Erholung kommen. Auffällig ist, daß besonders die Jüngeren (18-29 Jahre) im Land eher positiv gestimmt sind: 44 % derer sehen nämlich die wirtschaftliche Erholung schon für 2013 kommen. Außerdem sind Männer insgesamt dazu positiver (41 %) als die Frauen hierzulande (29 %).

Zum Studiendesign: Integral hat 1000 ÖsterreicherInnen (repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 14 Jahren) mittels telefonischen Interviews nach ihren geplanten Spar- und Anlageformen sowie ihrem Finanzierungsbedarf gefragt. Ebenfalls wurde nach der Entwicklung der wirtschaftlichen Lage in Europa gefragt. Die Befragung fand im Zeitraum von 21. November bis 17. Dezember 2012 statt. Soweit nicht anders angegeben, handelt es sich bei den Vergleichswerten um Zahlen aus dem gleichen Quartal des Vorjahres. ■

Urlaubsland Österreich ist beliebter denn je

Mit knapp 131 Mio. Nächtigungen Höchstwert aus dem Jahr 1992 übertroffen

Gemessen an Ankünften und Nächtigungen war das Jahr 2012 das erfolgreichste Jahr aller Zeiten für den österreichischen Tourismus“, betonte Wirtschafts- und Tourismusminister Reinhold Mitterlehner anlässlich der am 25. Jänner veröffentlichten Zahlen der Statistik Austria. Mit 36,15 Millionen Ankünften wurde der Vorjahresrekord um 4,4 Prozent überboten, und mit 130,97 Millionen Übernachtungen (plus 4 Prozent) wurde sogar der bisherige Nächtigungsrekord aus dem Jahr 1992 überflügelt. „Trotz der wirtschaftlich unsicheren Zeiten ist das Urlaubsland Österreich attraktiver und beliebter denn je. Die Tourismusbetriebe werben ihr Angebot laufend auf, setzen die richtigen Marketing-Schwerpunkte und profitieren von den guten Rahmenbedingungen am Tourismus-Standort Österreich“, so Mitterlehner.

„Wichtige Stützen für den Erfolg sind der boomende Städtetourismus, die 2,2 Millionen zusätzlichen Nächtigungen deutscher Gäste und das weiter wachsende Vier- und Fünf-Stern-Segment, in dem bereits 35 Prozent aller Nächtigungen stattfinden. Besonders erfreulich ist zudem, daß alle Bundesländer positiv bilanzieren“, erklärt Mitterlehner. Auch bei den Inländer-Nächtigungen gab es 2012 ein neues All-Time-High. „Der Urlaub im eigenen Land ist bei den Österreichern beliebter denn je. Damit bleibt uns viel Kaufkraft erhalten“, sagt Mitterlehner, der auch für das Jahr 2013 optimistisch ist. „Die Rekorde sorgen für gute Stimmung und lösen weitere Investitionen aus. Dazu kommt der zusätzliche Rückenwind durch die Ski-WM in Schladming, mit der die gesamte Tourismusmarke Österreich aufgewertet wird.“

Deutliche Zuwächse gab es im Vorjahr sowohl bei den wichtigsten traditionellen Herkunftsmärkten wie Deutschland, Niederlande und der Schweiz als auch bei noch stärker wachsenden Zukunftsmärkten. „In Zukunft wollen wir die Potenziale in neuen Herkunftsmärkten in Osteuropa, China, Indien oder dem arabischen Raum noch stärker nützen, ohne aber die traditionellen Märkte zu vernachlässigen“, verweist Mitterlehner auf Maßnahmen wie die Internationalisie-



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Die Zahl der Ankünfte konnte seit 1992 jährlich um durchschnittlich +1,7% zulegen.

rungs-Offensive der Österreich Werbung. Den Erfolg dieser Diversifizierungs-Strategie untermauern die starken Zuwächse aus mittel- und osteuropäischen Märkten. So nächtigten russische Gäste im Vorjahr um 19 Prozent häufiger in Österreich. Darüber hinaus wurden 2012 erstmals mehr als eine Million Gäste aus Asien begrüßt.

Angebote, Gastfreundschaft und Servicequalität weiterentwickeln

„Trotz der vielen Rekorde dürfen wir uns angesichts der größer werdenden Konkurrenz und der Reisetrends hin zu kürzeren, häufigeren und spontaneren Urlauben nicht auf den Erfolgen ausruhen, sondern müssen Angebote, Gastfreundschaft und Servicequalität stimmig weiterentwickeln“, bekräftigt Mitterlehner. „Gleichzeitig gilt es, die Saisonverlängerung in Richtung Ganzjahrestourismus weiter zu forcieren. Unterstützung und Anreiz für die notwendigen Investitionen bieten unsere Finanzierungs-Förderungen“, so Mitterlehner. Besonders bewährt hat sich auch die 2010 lancierte Tourismusstrategie. „Durch die bessere Abstimmung aller Stakeholder und den Marketing-Fokus auf die Alleinstellungsmerkmale Alpen, Donau und Seen sowie Städte und Kultur sind wir im härter werdenden Wettbewerb der Destinationen besser aufgestellt“, stellte der Minister abschließend fest.

Höchstwert aus dem Jahr 1992 übertroffen

Im Kalenderjahr 2012 lag laut vorläufigen Ergebnissen von Statistik Austria die Anzahl der Nächtigungen mit insgesamt 130,97 Mio. um 4,0 % oder 4,99 Mio. über jener des Vorjahres. Damit wurde der bisherige Rekordwert des Jahres 1992 mit 130,42 Mio. Nächtigungen um rund 0,55 Mio. übertroffen.

Die Zahl der Nächtigungen ausländischer Gäste konnte um 4,8 % auf 95,03 Mio. (+4,35 Mio. gegenüber dem Vorjahr) zulegen, seit 1992 (99,76 Mio.) der drittbeste Wert. Die Nächtigungen inländischer Gäste erreichten mit 35,94 Mio. einen neuen Höchstwert und lagen damit um rund 0,64 Mio. Nächtigungen bzw. +1,8 % über dem Vorjahr. Damit konnte im Vergleich zu 1992 das Nächtigungsminus bei den ausländischen Gästen (-4,72 Mio.) durch das Plus bei den inländischen Gästen (+5,28 Mio.) mehr als ausgeglichen werden.

Mit insgesamt 36,15 Mio. Ankünften wurde der bisherige Rekordwert aus dem Vorjahr (34,63 Mio.) um 4,4 % übertroffen. Im Vergleich zum Nächtigungsrekordjahr 1992 gab es 2012 somit um 10,31 Mio. mehr Ankünfte. Die Zahl der inländischen Gästeankünfte, die 2007 mit 10,37 Mio. erstmals die 10-Millionen-Marke überschritten hatte, erhöhte sich im Jahr 2012 weiter auf ein neues

Wirtschaft

Höchstniveau von 12,00 Mio. (+3,3 %), die ausländischen Ankünfte stiegen auf 24,14 Mio. (+4,9 %). Die Zahl der Ankünfte konnte seit 1992 jährlich um durchschnittlich +1,7 % zulegen, während jene der Nächtigungen annähernd gleich blieb.

Deutschland wichtigstes Herkunftsland

Dem langjährigen Trend entsprechend verringerte sich die durchschnittliche Aufenthaltsdauer weiter: 1992 lag diese noch bei 5,0, im Jahr 2012 nunmehr bei 3,6 Nächten, wobei die Aufenthaltsdauer der inländischen Gäste um 1,6 Nächte, jene der ausländischen Gäste um 1,3 Nächte abnahm.

Verzeichnete man 1992 noch rund 65 Mio. deutsche Gästenächtigungen, waren es im Kalenderjahr 2012 mit 49,59 Mio. um knapp ein Drittel weniger, dies im Vergleich zu 2011 eine Zunahme von 4,6 % oder +2,18 Mio. bedeutete. Gästenächtigungen aus dem zweitwichtigsten Herkunftsland Niederlande nahmen um 5,5 % auf 9,39 Mio. zu (1992: 9,0 Mio.), ebenso die Nächtigungen von Gästen aus der Schweiz um 6,5 % auf 4,56 Mio. (1992: 3,12 Mio.). Auch andere wichtige Herkunftsländer konnten zulegen: Vereinigtes Königreich (+2,5 %), Belgien (+0,7 %), Tschechische Republik (+2,1 %), Rußland (+18,9 %), Ungarn (+1,9 %), USA (+6,8 %) und Schweden (+5,3 %). Für einige wichtige Herkunftsländer wurden Rückgänge gemeldet: Italien (-3,1 %), Frankreich (-0,9 %), Polen (-2,6 %), Dänemark (-1,1 %) und Rumänien (-2,6 %). Überdurchschnittliche Zuwächse erreichten die Nächtigungen von Gästen aus Ländern des zentral- und osteuropäischen Raums (CEE), wobei insbesondere Gäste aus Rußland deutlich häufiger nächtigten als noch im Jahr 2011 (+18,9 %). Insgesamt stieg der Nächtigungsanteil von Gästen aus CEE-Staaten an den Gesamtnächtigungen innerhalb der vergangenen 10 Jahre von 3,4 % auf aktuell 7,8 %.

Die Zahl der Nächtigungen in Hotels und ähnlichen Betrieben entwickelte sich positiv, wobei in der wichtigsten Hotelkategorie der 5/4-Stern-Betriebe – 35 % der Gesamtnächtigungen fanden im Jahr 2012 in diesen Hotels statt – die Nächtigungen um 4,3 % auf 46,79 Mio. zulegen konnten. Die Anzahl der Nächtigungen in Privatquartieren blieb weitgehend unverändert (-0,2 %), während jene in privaten Ferienhäusern bzw. -wohnungen zunahm (+5,9 %).

Alle Bundesländer konnten Nächtigungszuwächse zwischen +0,2 % im Burgenland und +7,6 % in Wien erzielen, wobei in dem nach Nächtigungsanteilen wichtigsten Bun-

desland Tirol (ein Drittel der Gesamtnächtigungen) ein Anstieg um 3,8 % auf 44,32 Mio. verzeichnet wurde

Mehr als 10 Mio. Nächtigungen

Wie bereits 2008 und 2009 (10,35 Mio. bzw. 10,15 Mio.) wurde auch im Dezember 2012 mit 10,15 Mio. die 10-Millionen-Nächtigungsmarke überschritten, was im Vergleich zu Dezember 2011 eine Zunahme von 8,3 % bedeutet. Die Zahl der Nächtigungen inländischer Gäste verzeichnete mit 2,14 Mio. ein leichtes Minus (-0,3 %), jene der ausländischen Gäste erhöhte sich um 10,9 % auf rund 8,00 Mio. Die Zahl der Ankünfte von inländischen Gästen (784.400; -0,7 %) lag unter dem Vorjahreswert, jene von ausländischen Gästen erreichte mit 2,14 Mio. Ankünften (+7,7 %) einen neuen Höchstwert.

Deutsche Gäste, die einen Anteil von 42 % an den gesamten Dezemberrächtigungen ausmachten, nächtigten im Dezember 2012 um 12,6 % häufiger als noch im Vorjahr, niederländische Gäste nächtigten um ein Fünftel öfter als noch im Dezember 2011 (+20,1 %). Die höchsten relativen Zuwächse wurden bei den Nächtigungen von Gästen aus Dänemark (+26,2 %) und Rußland (+26,1 %) beobachtet. Zweistellige Rückgänge wurden bei Gästen aus Italien (-11,1 %) und aus Frankreich (-11,2 %) festgestellt.

Bisherige Wintersaison November-Dezember 2012: Mit 14,3 Mio. Nächtigungen neuer Höchstwert

Im ersten Drittel der Wintersaison 2012/13 (November und Dezember 2012) nahm – maßgeblich beeinflusst vom Dezemberergebnis – die Zahl der Nächtigungen um 7,3 % auf 14,31 Mio., jene der Ankünfte um 6,0 % auf 4,59 Mio. zu. Die Zunahme der Nächtigungszahl von inländischen Gästen auf 4,11 Mio. lag bei +2,3 %, ausländische Gäste nächtigten um 9,4 % mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Entscheidend für die Entwicklung der gesamten Wintersaison sind allerdings die Monate Jänner und Februar, die fast 50 % der Winternächtigungen generieren.

Leitl: Ermutigendes Signal für Gesamtwirtschaft

„Der Nächtigungsrekord 2012 ist ein ermutigendes Signal für die Gesamtwirtschaft zur richtigen Zeit“, zeigt sich Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) erfreut. Die Hochrechnungen der vergangenen Tage hatten die

Tendenz bereits erkennen lassen. „Österreich ist ein Tourismusland und ein wichtiger Exportfaktor“, kommentieren Leitl und WKÖ-Tourismusobmann Hans Schenner angesichts der erfreulichen Zahlen. 2011 gaben ausländische Touristen in Österreich laut Österreichischer Nationalbank (ÖNB) rd. 14,3 Mrd. Euro aus.

Die 130 Millionen Marke wurde in der Geschichte erst zwei Mal übertroffen: in den Jahren 1991 und mit den bisherigen Höchstwerten im Jahr 1992 mit 130,42 Mio. Nächtigungen. Zu Beginn der 1990er Jahre lagen die Sommernächtigungen allerdings bei fast 80 Mio. und die Winternächtigungen bei rund 50 Mio. Nächtigungen. Mit dem damaligen Trend zu Billigairlines und günstigen Pauschalangeboten – vor allem im Sommer – zog es viele Österreicher ins Ausland. Mitte der 90er Jahre gingen insbesondere die Sommernächtigungen zurück und pendelten sich ab 1997 bei rund 60 Mio. Nächtigungen ein. Gleichzeitig entwickelten sich die Winternächtigungen, die 2007 mit 63,3 Millionen Nächtigungen erstmals den Sommer (60,9 Mio. Nächtigungen) überholten, äußerst positiv.

Schenner: Trotz Jubel Bodenhaftung nicht verlieren

„Die Tourismusstrategie von Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner greift und die Arbeit der Österreich Werbung geht in die richtige Richtung“, erklärt auch WKÖ-Tourismusobmann Hans Schenner erfreut über das positive Jahres-Ergebnis. Gleichzeitig mahnt er als Sprecher von 90.000 Tourismusbetrieben aber auch Bodenhaftung ein: „Mehr Nächtigungen sind immer erfreulicher als weniger, jedoch gibt es keinen Grund, jetzt abzuheben!“ Die Branche erlebe, so Schenner, einen Boom des Städtetourismus und nicht alle Betriebe – insbesondere in der klassischen Ferienhotellerie – profitieren gleichermaßen. Entscheidend seien die Bettenauslastung und die Preise, die der Betrieb für ein Zimmer am Markt durchsetzen kann. Fakt ist, daß die Zahl der gewerblichen Gästebetten in den vergangenen Jahren zugenommen hat und sich damit mehr Nächtigungen auf mehr Betten verteilen. „Jubel hilft dann wenig, wenn das Betriebsergebnis nicht für anstehende Investitionen reicht“, analysiert Schenner.

„Wer heute die Arme zum Jubeln in die Höhe reißt, soll sie morgen wieder zum Arbeiten runternehmen. Das Ziel für 2015 müssen 135 Millionen Nächtigungen sein!“, so Schenner. ■

Hälfte der österreichischen Exporte sind Dienstleistungen

Bank Austria analysiert OECD-Außenhandelsdatenbank: Deutschland überschätzt, USA und China bisher unterschätzt, Dienstleistungs-exporte deutlich wichtiger.

Eine gemeinsame Analyse von OECD und WTO bricht mit der konventionellen Ermittlung von Außenhandelsdaten, welche die Handelsströme jedes Mal bei der Überschreitung einer Grenze mißt. Stattdessen wird auf die Wertschöpfung abgestellt, die ein Land bei der Produktion von Exportwaren und -dienstleistungen erwirtschaftet. Damit berücksichtigt diese Datenbank aus welchen in- und ausländischen Komponenten und Dienstleistungen sich die Gesamtexporte eines Landes zusammensetzen. „In Ergänzung der bekannten Erfassung der Handelswerte für Ex- und Importe zwischen den Ländern geben die neuen Außenhandelsdaten ein klareres Bild darüber, wie globale Wertschöpfungsketten Handelsbeziehungen und Wirtschaftsaktivitäten beeinflussen. Die Auswirkungen von wirtschaftlichen Schocks aus dem Ausland auf vor- bzw. nachgelagerte Produktionsbereiche und damit in weiterer Folge auf Einkommen und Beschäftigung im Inland wird greifbarer“, faßt Bank Austria

Chefökonom Stefan Bruckbauer zusammen.

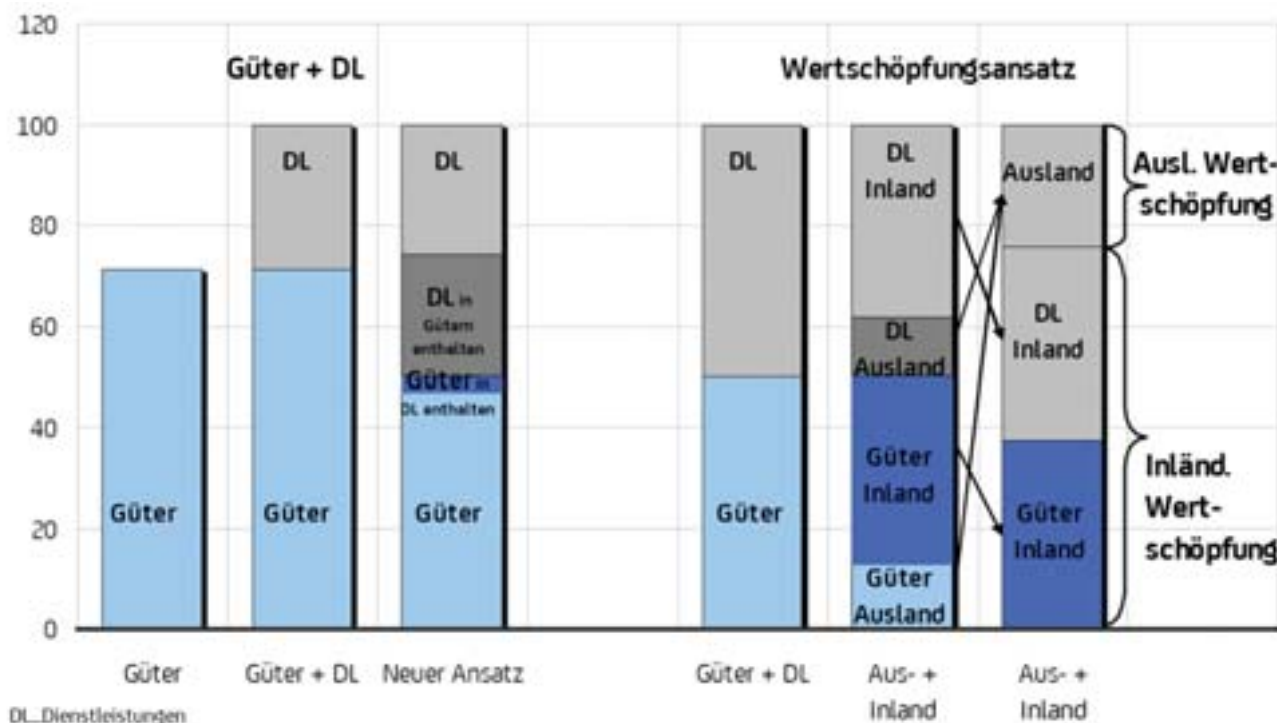
Die Ökonomen der Bank Austria haben die neuen Außenhandelsdaten für Österreich ausgewertet. „Die wichtigste Erkenntnis unserer Auswertung der neuen Außenhandelsdaten ist, daß die Bedeutung einzelner Handelspartner für die österreichische Wirtschaftsentwicklung völlig neu eingeschätzt werden muß“, analysiert Bruckbauer. „Während der Außenhandel mit Deutschland für die österreichische Konjunktur bislang überschätzt wurde, wurde der Einfluß der USA aber auch von China erheblich unterschätzt“, so Bruckbauer weiter.

Deutschland ist zwar auch gemäß Wertschöpfungsansatz die Nummer Eins im österreichischen Außenhandel und aufgrund der absoluten Volumina mit Abstand am Wichtigsten für die Erhaltung des Beschäftigungs- und Wohlstandsniveaus in Österreich. Jedoch ist die Bedeutung des Außenhandels mit Deutschland hinsichtlich des Einflusses auf die Konjunktur in Österreich

nur etwa halb so stark, wie aufgrund der traditionellen Außenhandelsbetrachtung anzunehmen wäre. Der Anteil der österreichischen Exporte nach Deutschland sinkt gegenüber der reinen Betrachtung auf Basis der Warenexporte von über 30 Prozent auf nur noch 16,4 Prozent, denn große Teile der österreichischen Exporte nach Deutschland sind Vorprodukte und -leistungen, die in Deutschland verarbeitet und wieder exportiert werden. Das heißt, der österreichische Wertschöpfungsanteil bei österreichischen Exporten nach Deutschland ist niedriger. Auch die Importe aus Deutschland beinhalten wiederum viele Vorprodukte für die heimische Produktion, was auch den deutschen Anteil an den gesamten österreichischen Importen geringer ausfallen läßt, als bei konventioneller Betrachtung. Der Importanteil geht von fast 40 Prozent auf nicht ganz 23,5 Prozent zurück.

Der konjunkturelle Einfluß der USA ist dagegen höher, sogar der zweitstärkste nach

Überblick Außenhandel



Quelle: OECD, Stat., Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

Wirtschaft

Deutschland von allen Handelspartnerländern. „Der konjunkturelle Einfluß der Außenhandelsentwicklung mit den USA und Italien auf Österreich ist gemeinsam fast so groß, wie jener von Deutschland. Das liegt daran, daß ein Exporteuro in die USA oder nach Italien einen höheren österreichischen Wertschöpfungsanteil als ein Exporteuro nach Deutschland enthält“, so Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl, der Autor der Studie. So ist auch der chinesische Einfluß höher, als jener von Ungarn oder Tschechien. Generell sinkt somit auf Wertschöpfungsbasis der Handelsanteil mit Partnerländern mit denen ein reger Warenaustausch auch auf Produktionsvorstufen durchgeführt wird, wie den europäischen Nachbarländern sowohl im Westen als auch im Osten. Der Handelsanteil von zumeist weiter entfernt liegenden Ländern, wie etwa China oder Brasilien ist hingegen tendenziell höher, da wenig Wertschöpfung aus anderen Ländern in die exportierten Produkte eingeht.

Hohe inländische Wertschöpfungskomponente der Exporte

Österreich ist als relativ kleines Land sehr stark in die arbeitsteilig organisierte globale Wertschöpfungskette integriert. Während weltweit rund ein Drittel der importierten Vorprodukte in Exporte eingehen, ist es in Österreich etwa die Hälfte. Der

ausländische Wertschöpfungsanteil an den österreichischen Exporten ist mit 24,4 Prozent deutlich höher als jener von großen Ländern, wie den USA (17,5 Prozent) oder der Europäischen Union insgesamt mit sogar nur 13,4 Prozent. Dagegen weisen ähnlich große Länder, wie etwa die Schweiz, Belgien oder Dänemark Anteile von über 30 Prozent auf und selbst die deutlich größeren Wirtschaftsnationen Deutschland und Frankreich liegen in einem entsprechenden Ranking noch vor Österreich. „Im Vergleich zu Ländern ähnlicher Größe ist die inländische Wertschöpfungskomponente der heimischen Exporte mit rund drei Viertel äußerst hoch.“, so Pudschedl.

Einige Sektoren der heimischen Wirtschaft weisen jedoch eine überaus starke ausländische Wertschöpfungskomponente an den gesamten Exporten auf. Dazu zählen insbesondere die Fahrzeugherzeugung mit einem Anteil von fast 40 Prozent, sowie die Metallherstellung, die Chemische Industrie und der Maschinenbau. Der heimische Wertschöpfungsanteil ist dagegen am Bau und vor allem auch bei Dienstleistungen sehr hoch.

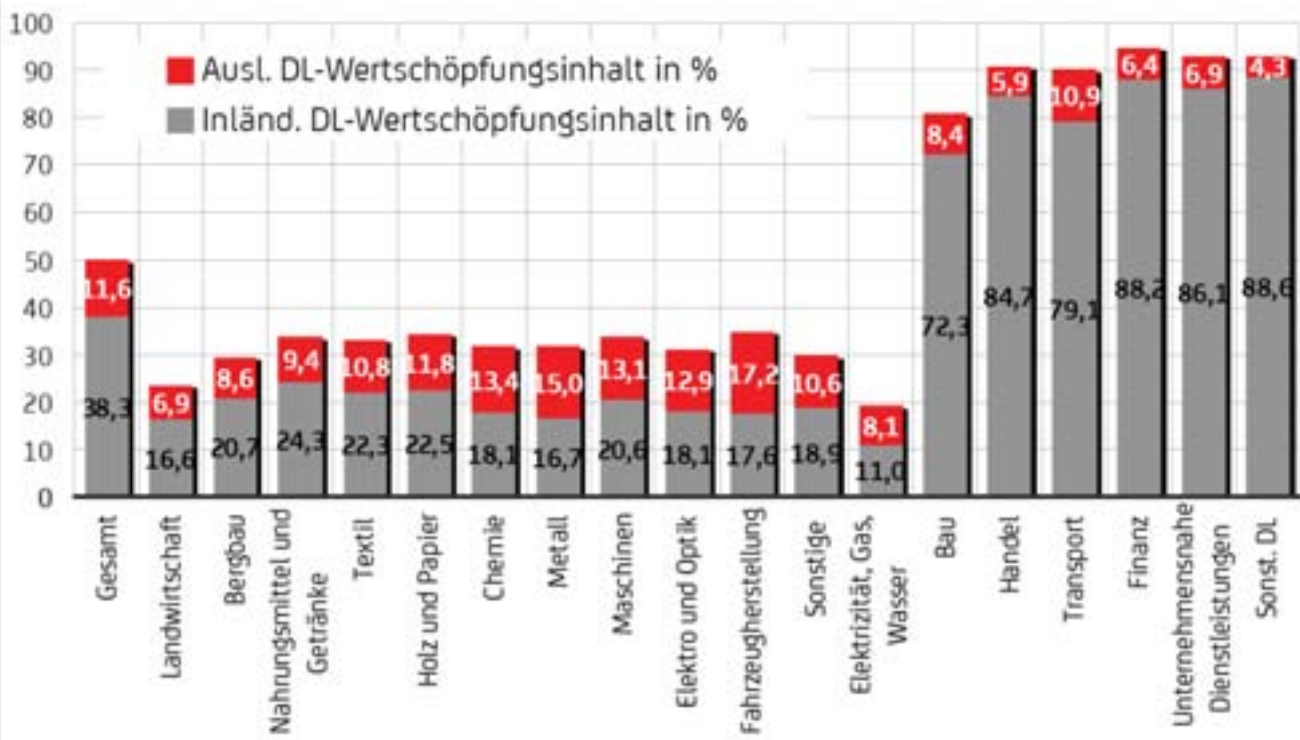
„Bei unternehmensnahen Dienstleistungen und Finanzdienstleistungen liegt der inländische Wertschöpfungsanteil bei über 90 Prozent der Gesamtexporte. Dienstleistungen und insbesondere Finanzdienst-

leistungen ‚Made in Austria‘ tragen daher zum österreichischen Volkseinkommen besonders viel bei“, so Pudschedl.

Dienstleistungen viel wichtiger als bisher gedacht

„Nach der Wertschöpfungsmethode werden nicht nur Dienstleistungen für sich sondern auch die Wertschöpfung von Dienstleistungen bei der Produktion von Waren erfaßt und damit auch ihr Anteil an den gesamten Güterexporten. Damit erhöht sich der Dienstleistungsanteil an den Gesamtexporten in Österreich von traditionell rund einem Viertel auf beinahe die Hälfte. Dienstleistungen sind also viel wichtiger für die Gesamtexporte als bisher angenommen“, meint Bruckbauer. Der österreichische Anteil liegt aufgrund des starken Produktionssektors erwartungsgemäß etwas unter dem Durchschnittswert in der Europäischen Union von 55 Prozent, aber ganz knapp vor Deutschland. Ein entsprechendes Ranking wird wenig überraschend von Luxemburg angeführt, auch Irland und Großbritannien sind unter den Spitzenreitern. Selbst in der Verarbeitenden Industrie gibt es mit der Fahrzeugherstellung, dem Maschinenbau und der Holz- und Papierindustrie einige Sparten, die auf beachtliche Dienstleistungsanteile von weit über 30 Prozent an den Gesamtexporten kommen. ■

Dienstleistungsinhalt der Gesamtexporte (nach Sektoren)



Quelle: OECD-Stat, Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

Weinexporterlöse steigen trotz knapper Vorräte

Die österreichische Weinwirtschaft konnte im abgelaufenen Jahr trotz knapper Vorräte die Exportmenge halten und die Weinerlöse sogar noch weiter steigern.

Die die vorläufigen Exportzahlen der Statistik Austria und der Österreich Wein Marketing (ÖWM) weisen im Jahr 2012 einen Gesamtexport von 46 Mio. Litern zu einem Exporterlös von 128,5 Mio. Euro aus. Aufgrund der Weinknappheit kam es im Inland zu Marktanteilsverlusten im Billigpreissegment. Dies wurde sowohl im In- als auch im Ausland durch Zugewinne in höheren Preisklassen kompensiert.

Steigende Exporterlöse und Durchschnittspreise

Das Volumen der österreichischen Weinexporte wird trotz der guten Ernte 2011 nicht markant steigen, weil durch den Spätfrost vom 18. Mai die Erntemenge 2012 bei der Hauptsorte Grüner Veltliner nach 2010 erneut kritisch niedrig ausfiel. Diese sich bereits im Frühjahr abzeichnende Weißweinknappheit führte zu anhaltend hohen Faßweinspreisen und Beschaffungsengpässen in den unteren Preisklassen bis 2 Euro. Durch Zugewinne in höheren Preisklassen konnten

andererseits die Exporterlöse weiter gesteigert werden. Dies zeigen die vorläufigen Zahlen der Statistik Austria (I-IX 2012) und Hochrechnungen der ÖWM (auf Basis X-XII 2011). Sie gehen von einer Gesamtexportmenge von 46 Mio. Litern zu einem Gesamtexporterlös von 128,5 Mio. Euro aus. Markant ist auch der weiterhin niedrige Anteil der Faßweine mit nur mehr 8 Mio. Litern. Damit konnten die heimischen Winzer den Durchschnittspreis aller Exporte weiter auf 2,79 Euro/Liter erhöhen.

Strategiewandel mit Fokus auf Qualität

Sowohl im Inland, als auch im Hauptexportmarkt Deutschland zeichnet sich ab, daß Österreichs Wein im untersten Preissegment an Marktanteilen verliert, während in höheren Segmenten starke Zuwächse erzielt werden. Verkaufspreise unter 2 Euro/Flasche sind für österreichische Weine selten geworden. Verantwortlich dafür ist besonders, daß die Qualität österreichischer Weine in den so wichtigen Preis-Leistungs-Katego-

rien zwischen 3 und 6 Euro/Flasche markant gestiegen ist. Während die Preiseinstiegssegmente zunehmend von Weinen anderer Herkunft (vorwiegend Italien und Spanien, jedoch auch EU-Verschnitte) abgedeckt werden, greifen die Konsumenten im Inland auf breiter Front zu höheren Preisklassen und besseren Qualitäten. Erstmals gibt es für Österreichs Wein in diesen Kategorien nun auch in Deutschland wieder Zuwächse, selbst unter Berücksichtigung von Reexporten ausländischer Weine aus Österreich durch österreichische Weinhändler, die zwischen 4 bis 9 Millionen Liter ausmachen können.

ÖWM Geschäftsführer Willi Klinger kommentiert die Situation folgendermaßen: „Österreichischer Wein ist nicht mehr zum Billigtarif verfügbar. Aber unsere Winzer haben die Konsumenten im In- und Ausland überzeugen können, daß ihre Qualitätsweine einen fairen Preis verdienen. Für die Zukunft des Weinbaus in unserem Land ist dies aufgrund der hiesigen Kostenstruktur lebenswichtig.“

EU, Schweiz und USA weiterhin wichtigste Handelspartner

Wichtigster Exportraum für den heimischen Wein sind die Länder der EU, in die mit 40 Mio. Litern knapp 90 Prozent des gesamten österreichischen Weinexportes geliefert werden. Deutschland ist nach wie vor Österreichs größtes Weinimportland mit ca. 60 Prozent aller Exporterlöse, doch dahinter formieren sich weitere wichtige Abnehmer hochwertiger Qualitätsweine. Platz zwei belegt traditionell die Schweiz mit erneut leichtem Wachstum und einem Durchschnittspreis von über 6 Euro/Liter. Besonders erfreulich sind die Zuwächse beim Drittplatzierten USA (über 10 Prozent Menge, Durchschnittspreis über 4 Euro/Liter), wo 2012 erstmals wieder die Umsatzniveaus der Jahre vor der Wirtschaftskrise von 2008/2009 erreicht werden konnten. Weitere Steigerungen gab es unter anderem in den Niederlanden, Belgien, Norwegen, Finnland und Italien. Bei den neuen Fernmärkten konnten vor allem Japan und China punkten. ■

<http://www.oesterreichwein.at>

Quelle: vorläufige Exportzahlen Statistik Austria I-IX inkl. ÖWM Hochrechnungen / Grafik: ÖWM



6,6 Mio. Sommerurlaubsreisen

Kurzreisen weiterhin im Trend, Österreich und Italien sind Top-Reisedestinationen

Laut aktuellen Ergebnissen von Statistik Austria unternahm die österreichische Bevölkerung im Alter von über 15 Jahren im Sommer 2012 (Juli–September) 6,56 Mio. Urlaubsreisen; dies bedeutet gegenüber dem Sommer 2011 eine Zunahme von 1,0 %. 57,0 % der ÖsterreicherInnen über 15 Jahre machten im Sommer 2012 mindestens eine Urlaubsreise. Insgesamt wurden 4,18 Mio. Haupturlaubsreisen mit vier oder mehr Nächti- gungen und 2,38 Mio. Kurzurlaubsreisen mit ein bis drei Nächti- gungen durchgeführt. Wie bereits im Vorjahr stieg auch im Sommer 2012 die Anzahl der Kurzurlaubsreisen (+1,7 %) deutlicher als jene der Haupturlaubsreisen: (+0,7 %).

Österreich weiterhin populär, Italien bei Auslandsreisen am beliebtesten

Als beliebtes Reiseziel lag auch im Sommer 2012 das eigene Land im Trend: 43,8 % der Urlaubsreisen wurden in Österreich verbracht (Sommer 2011: 44,6 %), was gegenüber 2011 einer geringfügigen Abnahme der Anzahl der Reisen von 0,8 % entspricht (Sommer 2010-2011: +8,8 %). Die Abnahme ist auf die rückläufigen Haupturlaubsreisen zurückzuführen (-4,0 %), während die Anzahl der Kurzurlaubsreisen im Inland um 1,7 % auf 1,64 Mio. anstieg.

Urlaubsreisen ins Ausland legten um 2,5 % auf 3,68 Mio. zu (Sommer 2011: +2,8 %), wobei Italien (Anteil an den Auslandsreisen: 24,7 %; 2011: 23,8 %), Kroatien (16,8 %; 2011: 17,5 %), Deutschland (12,4 %; 2011: 13,2 %), Spanien (6,1 %; 2011: 6,7 %) und Griechenland (4,5 %; 2011: 5,2 %) die beliebtesten Reiseziele der ÖsterreicherInnen waren. In die Ferne wurde im Sommer 2012 weniger als im Vorjahressommer verreist; der Anteil der Fernreisen (Urlaubsreisen außerhalb Europas und der Türkei) lag bei rund 4,6 %, im Vorjahressommer noch bei 5,2 %.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer bei In- und Auslandsurlaubsreisen verkürzte sich von 6,3 auf 6,1 Nächti- gungen im Vergleich zum Vorjahressommer.

Strand- und Badeaufenthalte sind Hauptmotiv bei einem Fünftel

Das wichtigste Reisemotiv der österreichischen Bevölkerung im Sommer 2012 waren Erholungsurlaube (22,1 %), gefolgt von Strand- und Badeaufenthalten (19,7 %); letz-



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Urlaubsreisen ausschließlich zu Badezwecken verlieren an Bedeutung.

tere haben im Vergleich zum Vorjahreszeitraum an Bedeutung leicht verloren (-0,7 Prozentpunkte). Zudem spielten im Sommer 2012 auch Aktivurlaube (18,5 %), Kultur- und Besichtigungsaufenthalte bzw. Städtereisen (14,4 %) sowie Verwandten- und Bekanntenbesuche (14,5 %) eine Rolle.

Bei mehr als jeder zweiten Urlaubsreise wurde in Hotels und ähnlichen Unterkünften (54,8 %), bei fast jeder fünften Urlaubsreise unentgeltlich in privaten Unterkünften bei Freunden, Bekannten bzw. Verwandten bzw. im eigenen Zweitwohnsitz genächtigt (17,6 %).

Bei rund zwei Drittel (65,9 %) der Sommerurlaube 2012 wurde die Reisedestination mit dem Pkw erreicht, bei 17,2% wurde mit dem Flugzeug angereist.

Im Zehnjahresvergleich: Mehr Reisende, weniger Badeurlaub

Die Anzahl der Personen, die mindestens eine Urlaubsreise (mit einer oder mehr Nächti- gungen) unternommen haben, ist seit Sommer 2003 im Durchschnitt jährlich um 1,5 % auf 4,06 Mio. Personen angestiegen. Damit hat der Anteil der reisenden Personen gemessen an der Gesamtbevölkerung von 49,8 % im Sommer 2003 auf 57,0 % im Sommer 2012 zugenommen.

Auch Reisen im Sommer folgen dem all-

gemeinen Trend, häufiger aber dafür kürzer zu verreisen: In den vergangenen zehn Jahren stieg die Anzahl der Kurzreisen (1-3 Nächti- gungen) jährlich durchschnittlich um 6,5 %, während die Haupturlaubsreisen (mit vier oder mehr Nächti- gungen) im selben Zeitraum um 2,1 % zulegten.

Nach den wichtigsten Reisezielländern konnte im Sommer 2012 Italien unter den ausländischen Destinationen mit 24,7 % den ersten Platz halten, wenn auch in den vergangenen zehn Jahren leichte Anteilsverluste zu beobachten waren (-2,0 Prozentpunkte). Kroatien und Deutschland gewannen hingegen im letzten Jahrzehnt an Bedeutung und legten um 1,1 Prozentpunkte auf 16,8 % bzw. um 4,3 Prozentpunkte auf 12,4 % zu, und auch Spanien gewann an Anteil (+0,5 Prozentpunkte auf 6,1 %). Griechenland mußte Anteilsverluste von 10,2 % im Sommer 2003 auf 4,5 % im Sommer 2012 hinnehmen, ebenso sank der Anteil an Reisen in die Türkei von 4,8 % auf 4,0 %.

Urlaubsreisen ausschließlich zu Badezwecken verlieren an Bedeutung. Fielen im Sommer 2003 noch 31,8 % der Urlaubsreisen insgesamt (Auslandsreisen: 46,1 %) unter den Reisezweck „Bade- und Strandaufenthalte“, lag der Anteil im Sommer 2012 bei 19,7 % (Auslandsreisen: 30,6 %). Der Anteil von Besichtigungs-, Kultur- und Städtereisen hat sich zwischen 2003 (16,3 %) und 2012 (15,4 %) kaum verändert (Auslandsreisen: 21,8 % bzw. 21,3 %).

Die Ausgaben pro Urlaubsreise und Person stiegen im Zeitraum 2003 bis 2012 von 515 Euro auf 641 Euro, bei Auslandsreisen von 686 auf 897 Euro. Nach einem Höchstwert im Sommer 2010 (702 Euro pro Reise; Auslandsreise: 957 Euro) sind die Ausgaben beginnend mit Sommer 2011 rückläufig.

Die Organisation der Urlaubsreise wird zum überwiegenden Teil privat und daher ohne Heranziehung eines Reisebüros durchgeführt (71,2 % der Urlaubsreisen insgesamt; 58,3 % der Auslandsreisen), wenn auch seit 2003 (Insgesamt: 81,3 %; Ausland: 70 %) mit sinkender Tendenz. Dementsprechend nahmen die via Reisebüro bzw. Reiseveranstalter teilweise bzw. vollständig organisierten Reisen zu: Urlaubsreisen insgesamt von 18,7 % auf 28,2 %; Auslandsreisen von 30 % auf 41,7 %.

Neue 10er-Bahn am Hirschkogel

Der Winter »segnete« die neue Hirschkogelbahn mit Schneefall – Offizielle Eröffnung von OÖ erster 10er-Kabinenbahn in Hinterstoder mit viel Prominenz



Foto: Land OÖ / Binder

v.l.: Bei der Eröffnung der 10er-Bahn am Hirschkogel in Hinterstoder: Rainer Rohregger, Michael Tanzer, Helmut Holzinger, LR Viktor Sigl, Markus Schröcksnadel, LH Josef Pühringer, Bgm. Helmut Wallner und LAbg. Christian Dörfel

Mit einer großen Eröffnungsfeier bei perfekten Winterbedingungen wurde am 18. Jänner die neue 10-er Bahn am Hirschkogel in Hinterstoder offiziell eröffnet. Landeshauptmann Josef Pühringer und Wirtschaftslandesrat Viktor Sigl nahmen gemeinsam mit Bürgermeister Helmut Wallner sowie Aufsichtsratsvorsitzendem-Stv. Markus Schröcksnadel und den Vorständen Helmut Holzinger und Rainer Rohregger von der Hinterstoder-Wurzeralm-Bergbahnen AG und zahlreichen Gästen die Freigabe vor. Rund 7,5 Millionen Euro wurden in die Errichtung investiert. Es ist dies die erste 10-er-Kabinenbahn in einem oö. Skigebiet – mit einer Länge von 1700 Metern, 400 Metern Höhenunterschied und einer Beförderungskapazität von 2400 Personen pro Stunde.

Landeshauptmann und Wirtschafts- und Tourismuslandesrat hoben bei der Eröffnungsfeier die große Bedeutung des Wintertourismus für Oberösterreich hervor: „Diese Millioneninvestition ist ein weiterer kräftiger Impuls für den Tourismus und Sport für den Weltcuport Hinterstoder, die gesamte Region Pyhrn-Priel und Oberösterreich insgesamt.“ Mehr als ein Drittel der Nächtigungen in Oberösterreichs Tourismus entfallen bereits auf die Wintersaison (37 Prozent) – Tendenz steigend. Die Wintersaison ist heuer insgesamt großartig gestartet, mit einem Plus bei Ankünften und Nächtigungen im Vergleich zum Rekord-

Vorjahr. „Die Investitionen in die Infrastruktur und in die Qualität machen sich langfristig bezahlt. Die neue 10-er Bahn am Hirschkogel ist ein wichtiger Meilenstein, um den Weltcup-Ort Hinterstoder und die Region Pyhrn-Priel national und international weiter gut positionieren zu können“, betonten Pühringer und Sigl.

„Wir sehen diese Investition als nachhaltigen Impuls für die gesamte Tourismusregion Pyhrn-Priel und hoffen auf eine breite Unterstützung vor allem durch Gastronomie und Hotellerie“, so Helmut Holzinger. „Die neue Hirschkogelbahn ist eine weitere Verbesserung unseres Angebots für alle Wintersportler.“

Zusätzlich zur 10er-Kabinenbahn wurde auch in Beschneiungsanlagen und Pistenverbreiterungen investiert. Da mit ihr viele leichte Pisten im Anfängerbereich erschlossen werden, finden vor allem Familien, Schischulen und Veranstalter von Schulschikursen verbesserte Bedingungen vor. „Die Hirschkogelbahn erweitert und verbessert das bestehende Angebot der Bergbahnen auf der Höss deutlich. Es wird dadurch eine weitere moderne Aufstiegshilfe geschaffen und die Attraktivität des gesamten Schigebietes gesteigert. Die neue 10er-Kabinenbahn ersetzte einen Schlepplift und bringt eine erhebliche Entlastung des 6er-Sesselliftes Höss-Expres in der Mittelstation“, so Holzinger.

Die Seilbahn-Branche ist ein enormer

Wirtschaftsfaktor: Sie bringt 63,4 Millionen Euro Wertschöpfung und sichert rund 7000 Arbeitsplätze ab. In Oberösterreich hat die Seilbahnbranche in den letzten 10 Jahren 120 Millionen Euro investiert, hauptsächlich in Infrastruktur und Qualitätsverbesserungen.

Die Skigebiete Hinterstoder Wurzeralm

Die Skiregion Hinterstoder-Wurzeralm liegt an der atemberaubenden Kulisse des Toten Gebirges bzw. Warschenecks und ist über die Pyhrn-Autobahn oder auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln sehr gut erreichbar.

Hinterstoder verfügt über das einzige Weltcupskigebiet Oberösterreichs. Es reicht bis auf 2000 Meter Seehöhe und bietet Wintersportlern somit ein besonders hohes Maß an Schneesicherheit auf 40 Pistenkilometern. Sportliche Skifahrer finden hier – zum Beispiel auf der Hannes-Trinkl-Weltcupstrecke – ebenso eine Herausforderung wie Familien Spaß und Abwechslung auf vielen „blauen“ Pisten.

Die Wurzeralm bietet entspanntes Ski-Vergnügen auf 22 Pistenkilometern bei herrlichem Bergpanorama. Die schnellste Standseilbahn der Welt bringt die Gäste in kürzester Zeit zur Bergstation Wurzeralm. Dort warten der Sunny Kids Park, herrliche Abfahrten und urige Hütten. ■

<http://www.hiwu.at>

Weißwurstparty im Stanglwirt

Sie ist die größte Après-Ski-Party am Hahnenkamm-Wochenende – Gemeinsam mit 2000 Freunden des Hauses, Stammgästen, Skilegenden, zahlreichen prominenten Gästen und Kult-Band Opus stieg der legendäre Party-Klassiker bereits zum 22. Mal.



Foto: Stanglwirt/BrauerPhotos

v.l.: »Weißwurstpapst« Toni Holnburger, Stanglwirt Balthasar Hauser, Mario Adorf, Alfons Schuhbeck, Andrea Berg und Gerry Friedle alias »DJ Ötzi« bei der offiziellen Eröffnung der 22. Weißwurstparty

Traditionell am Abend vor der Streif-Abfahrt (heuer am 24. Jänner) rief Stanglwirt Balthasar Hauser um Punkt 20 Uhr „Weißwurst is!“ und läutete mit der über 400 Jahre alten Stanglwirts-Glocke die 22. Weißwurstparty ein. Den offiziellen Festakt – das „Anzuzeln“ – zelebrierte das Stanglwirts-Ehepaar Balthasar und Magdalena Hauser heuer mit 2000 Gäste, die im Anschluß ausgelassen bis in die frühen Morgenstunden feierten. Keine Frage: Mit urigem Ambiente, Dress-Code „Tracht“ und Tiroler sowie bayerischen Schmankerln war die 22. Weißwurstparty wieder die urigste Hüttengaudi am Streif-Wochenende.

Feiern mit Freunden

Mario Adorf ließ sich die Weißwürste gemeinsam mit Andrea Berg, Gerry Friedle, Niki Lauda, Stephan Eberharter, Fritz Strobl, Alfons Schuhbeck, den Ski-Legenden Karl Schranz, Fritz Huber und Hias Leitner sowie den Gastgeberinnen schmecken. Ihre Baby-Bäuche präsentierten stolz Monica Ivancan (siebter Monat) sowie Stanglwirt-Junior-Chefin und Weißwurstparty-Organisatorin

Maria Hauser (sechster Monat). Joseph Vilsmaier, Otto Retzer, Norbert Blecha, Kristina Sprenger, Mark Keller, Melanie Scheriau und Rolf Scheider zuzelten und feierten mit im Getümmel. Insgesamt 8000 Weißwürste landeten zusammen mit 3500 Brezen und 150 Kilo süßem Senf auf den Tellern. Im Stammtischbereich feierten ausgelassen u.a. Alessandra Pocher, Wolfgang Fellner, Hans Mahr und Katja Burkhard, Werner Baldessarini, Wolfgang Ambros, Mike Süsner, Leonhard Stock, Marc Girardelli, Gregor Bloéb und Martin Krug. Zu den Klängen von Opus tanzten Sven Hannawald und seine Alena Gerber, Marie Nasemann, Verena Kerth, Michaela Dorfmeister und Michael Groß.

Opus für gute Stimmung und den guten Zweck

Die österreichische Kult-Band Opus heizte mit Hits wie „Live is Life“ oder „Flying high“ nach allen Regeln der Kunst ein. Dabei sorgten die Austro-Rocker nicht nur für gute Stimmung – sie spielten zudem für den guten Zweck. Mit ihrem Auftritt unterstützen Opus gemeinsam mit dem Stanglwirt

Karlheinz Böhm's Äthiopienhilfe. Mit einem Teil der Gage wird der Bau einer Schule in Äthiopien ermöglicht. „Opus passen mit ihren Party-Klassikern perfekt zur traditionellen Weißwurstparty“, erklärte Maria Hauser. „Zusätzlich teilt die Band mit unserer Familie das Engagement für die Hilfsorganisation „Menschen für Menschen“. Es ist uns ein ganz besonderes Herzensanliegen, daß wir zusammen mit Opus zum Bau einer weiteren Schule beitragen können.“ Das langjährige Engagement für „Menschen für Menschen“ war es auch, das die Familie Hauser und Opus zusammen gebracht hat. Durch Spendenaktionen sowie den Erlös aus dem Verkauf des hauseigenen Quellwassers finanzierte Familie Hauser bereits den Bau von sieben Brunnen sowie einer Schule in Äthiopien. Auch Opus konnte mit dem Erlös eines Benefizkonzertes bereits den Bau einer Schule in Äthiopien finanzieren. „Opus und wir haben uns dadurch kennengelernt und freuen uns, daß wir nun gemeinsam für die nächste Schule sammeln können“, sagte Maria Hauser. ■

<http://www.stanglwirt.com>

Der Wiener Eistraum 2013

Über 7000m² märchenhaftes Eiserlebnis ab 25. Jänner am Wiener Rathausplatz – Neue Route, noch mehr Service und Komfort

Bereits zum 18. Mal verwandeln sich der Wiener Rathausplatz und -park 46 Tage lang zu einem zauberhaften Eislauring, wenn Wiens größte Wintersportveranstaltung – der Wiener Eistraum vor dem Rathaus von 25. Jänner bis 10. März 2013 zu ausgiebigen Schwüngen, sportlichen Kurven und winterlichen Spazierfahrten einlädt. Wo sich zuletzt über 570.000 BesucherInnen auf das spiegelglatte Parkett wagten, wird auf einer mehr als 7.000m² großen Eisfläche kleinen SportlerInnen, AnfängerInnen und Profis eine zauberhafte Atmosphäre, winterliches Sportvergnügen und noch mehr Service geboten. Der Traumpfad quer durch den Rathauspark sorgt auch 2013 wieder für Spaß und viel Bewegungsfreiheit auf dem Eis. Ein neues Gastronomiekonzept erwartet die BesucherInnen mit regionalen und biologischen Köstlichkeiten und die bereits erprobte Radio Wien Disco sorgt auch heuer wieder für beste Stimmung.

„Der Wiener Eistraum erfreut sich seit Jahren auch über die Stadt- und Landesgrenzen hinaus großer Bekanntheit und ist zu einem weltweiten Markenzeichen für Wien geworden“, so der zuständige Stadtrat Christian Oxonitsch. „2013 wird der Wiener Eistraum volljährig und es macht mich stolz, daß das, was auf einer 1.800m² großen Eisfläche begonnen hat, auf eine 18jährige Erfolgsgeschichte zurückblicken kann und mittlerweile zu den größten mobilen Eislaufplätzen weltweit zählt. Jeden Winter bietet er urbanes Schlittschuhvergnügen für die großen und kleinen Gäste im Herzen Wiens und ist sowohl sportlich als auch in Hinblick auf das Ambiente im winterlichen Wien unumstritten einzigartig.“

Die Streckenführung – grenzenloses Vergnügen vom Rathaus bis zum Ring

Mit der über 7000m² großen Eisfläche gehört der Wiener Eistraum zu den größten mobilen Eislaufplätzen der Welt. Auch für 2013 hat sich die Stadt Wien Marketing als Veranstalter wieder etwas Besonderes einfallen lassen und die Streckenführung adaptiert. „Dieses Jahr haben wir den Fokus auf die zwei großen Eisflächen gelegt. Die untere Fläche wurde um rund die Hälfte vergrößert und ermöglicht somit noch mehr Fahrvergnügen für unsere Gäste“, so die Ge-



Foto: PID / Votava

Stadtrat Christian Oxonitsch beim Wiener Eistraum

schaftsführer der Stadt Wien Marketing, Barbara Forsthuber und Michael Draxler. „Wir bemühen uns jedes Jahr aufs Neue, unseren Besucherinnen und Besuchern eine Variation zu der bisherigen Wegführung zu bieten und so jährlich für Abwechslung und Vielfalt auf dem Eis zu sorgen.“ Selbstverständlich darf auch der beliebte Traumpfad quer durch den Südpark des Wiener Rathauses nicht fehlen. Mit einer Länge von 750 Laufmetern wird er 2013 wieder für Spaß und viel Bewegungsfreiheit auf dem Eis sowie durch zahlreiche Wegführungen für Vielfalt für die BesucherInnen sorgen. Die beliebte Brücke über die große obere Eisfläche bietet auch dieses Jahr wieder die Gelegenheit, dem bunten Treiben von oben zuzusehen, entspannte Pausen einzulegen und das einzigartige Ambiente zu genießen.

Serviceoffensive beim Wiener Eistraum

Für 2013 wurde ein wesentliches Augenmerk auf den Service-Bereich gerichtet: Der Schlittschuhverleih bietet über 1200 Paar

mit Warmluft vorgewärmte Schlittschuhe in den Größen 23 bis 52 für die BesucherInnen des Wiener Eistraums. Sicherheit hat beim Wiener Eistraum oberste Priorität und so stehen für die kleinen Gäste neben 500 kostenlosen und trockenen Sicherheitshelmen auch verstellbare Doppelkufen in den Größen 21-25 gratis zur Verfügung. Neu beim Wiener Eistraum 2013 sind rund 500 Schließfächer, in denen nicht benützte Gebrauchsgegenstände oder Kleidungsstücke bequem verstaut werden können – ohne sich wie bisher bei der „Gardarobe“ anstellen zu müssen. Sitzbänke direkt vor den Schließfächern bieten Gelegenheit, die Schuhe komfortabel zu wechseln. Um Wartezeiten zu minimieren, wurde der Kassenbereich neu gestaltet und rund 50 MitarbeiterInnen kümmern sich um den reibungslosen Ablauf, die Sicherheit und das Wohl der Gäste. Erstmals wird die gesamte Beleuchtung des Wiener Eistraums auf LED umgestellt, um das winterliche Areal auch abends zum Erstrahlen zu bringen. ■

<http://www.wienereistraum.com>

Wirtshauskultur kürt Top-Wirte

Der »Einsteiger des Jahres 2013« zeigt zwei neue Gesichter in einem altbekannten Haus.



Foto: Niederösterreich-Werbung / Helmut Lackinger

v.l.: Tourismuslandesrätin Petra Bohuslav, Landeshauptmann Erwin Pröll, »Top-Wirt des Jahres 2013« Sonja und Harald Pollak sowie Ulli Amon-Jell, Obfrau der Niederösterreichischen Wirtshauskultur bei der Verleihung in der Arena Nova in Wr. Neustadt.

Am Abend des 21. Jänner bot die Arena Nova in Wiener Neustadt den perfekten Rahmen für das Fest der Wirte. Landeshauptmann Erwin Pröll und Tourismuslandesrätin Petra Bohuslav kürten dabei die besten Wirte der Niederösterreichischen Wirtshauskultur. Kulinarische Köstlichkeiten und atemberaubende Einlagen des „Circue Nouvel“ gab es obendrein.

Gäste sind sie nur selten, meistens Gastgeber

Doch beim traditionellen Fest der Niederösterreichischen Wirtshauskultur dürfen sich auch einmal die WirtInnen verwöhnen lassen und sitzen bleiben. So geschehen in in Wiener Neustadt: Von den 270 Mitgliedsbetrieben der Wirtshauskultur wurden 50 mit dem Prädikat „Top-Wirt“ geadelt und anschließend zum 15. Mal die Allerbesten unter ihnen gekürt. Je drei Betriebe waren in den Kategorien „Einsteiger“, „Aufsteiger“ und „Top-Wirt“ des Jahres nominiert gewe-

sen. Nur jeweils einer von ihnen durfte das Podest erklimmen und erhielt aus den Händen des Landeshauptmanns die begehrte Auszeichnung. „Wirte sind kulinarische Botschafter und haben damit eine große Bedeutung für unser Land. So wie sich Niederösterreich in den letzten Jahren immer weiterentwickelt hat, haben sich auch die kulinarischen Genüsse bei unseren Wirten immer weiterentwickelt. Was die Wirtshauskultur seit ihrem Bestehen auszeichnet, ist ein Mix aus traditionellen regionalen Speisen und Schmankerln auf internationalem Top Niveau“, ist Pröll überzeugt.

Die Sieger der Prämierung »Top-Wirt 2013«

- „Einsteiger des Jahres 2013“
Patrick Friedrich und Sebastian Pesau,
Weingut Hutter
3500 Krems
Weinzierlbergstraße 10
<http://www.weinguthutter.at>

- „Aufsteiger des Jahres 2013“
Alexander und Suzana Rehberger,
Landgasthof Zum Schwarzen Adler,
2571 Altenmarkt / Triesting 6
<http://www.zumschwarzenadler.at>
- „Top-Wirt des Jahres 2013“
Harald und Sonja Pollak
Retzbacherhof,
2074 Unterretzbach, Bahnstraße 1
<http://www.retzbacherhof.at>

Der tosende Applaus für die Sieger kam nicht nur von den KollegInnen, sondern auch den vielen prominenten Gästen, die sich zu diesem begehrten Genuß-Fest eingefunden hatten. Mit dabei waren u.a. Waltraut Haas, Andy Lee Lang, Gary Howard, Michael Hatz, Toni Pfeffer, Jazz Gitti, Gerhard Zadrobilek und Andi Wojta.

Die Sieger im Überblick

Der „Einsteiger des Jahres 2013“ – jener Betrieb, der erstmals getestet und mit

Gastronomie & Kulinarisches

den meisten Punkten bewertet wurde – zeigt zwei neue Gesichter in einem altbekannten Haus. Denn der leidenschaftliche Koch Patrick Friedrich hat mit dem nicht weniger engagierten Sommelier Sebastian Pesau das Weingut Hutter in den Kremser Weinbergen übernommen – ein bislang vernachlässigter Schatz mit besten Weinlagen. Fazit: stilsichere Klassiker aus der Küche, gelungene Weine unter der Patronanz der Familie Nigl und ein mehr als einladendes Ambiente - mit Blick auf Stift Göttweig.

Er scheut keinen Neubeginn – der „**Aufsteiger des Jahres 2013**“, also jener Betrieb, der sich seit dem letzten Test am meisten steigern konnte. Alexander Rehberger hat, nachdem er sich bereits eine Haube erkocht hatte, den historischen Landgasthof zum Schwarzen Adler in Altenmarkt übernommen. In dieser alten Stiftstaverne kocht er mit Hingabe und mit regionalen Zutaten und hat aus dem behäbigen Landgasthof bereits eine erstklassige Adresse für Feinschmecker gemacht. Hier paßt alles: flinkes Service, gut sortierte Getränkeauswahl und gemütliche Räumlichkeiten.

Auch beim „**Top-Wirt des Jahres 2013**“ steht der Wirt persönlich am Herd. Harald Pollak kocht mit dem, was Wein- und Waldviertel rund um Unterretzbach hergeben, das war Gault Millau bereits eine Haube wert und der Jury der Wirtshauskultur nun die Höchstpunktezahl. Trotz Auszeichnungen ist der Wirt in seinem Retzbacherhof seiner Linie des einfachen Landgasthauses treu geblieben, mit feinen Akzenten, aber nicht abgehoben, in bester Tradition der Wirtshauskultur. Sonja Pollak kümmert sich herzlich um das Wohlbefinden der Gäste und steht für ein höchst effizientes Service in Stube und Gastgarten.

Aller Krisen zum Trotz hat sich der Weg der ständigen Verbesserung als der richtige erwiesen. Nicht zuletzt zu sehen in den rund 270 Mitgliedsbetrieben der Niederösterreichischen Wirtshauskultur. Wie viel solche Initiativen bewirken, welches Selbstverständnis sie beim Wirt und welches Echo sie beim Gast zeigen, verdeutlicht Tourismuslandesrätin Petra Bohuslav: „Gerade bei diesem Fest der Wirte steht der kulinarische und kulturelle Schatz der Region im Mittelpunkt und das Bemühen jedes und jeder einzelnen, dieses Erbe zu bewahren und zu pflegen. Am Erfolg der Niederösterreichischen Wirtshauskultur ist eindrucksvoll zu sehen, wie wichtig es ist, authentische Qualität zu pflegen.“

Gepflegt wurden an diesem Abend des guten Geschmacks auch die Gaumen der Gä-



oben: Die »Aufsteiger des Jahres 2013«: Alexander & Suzana Rehberger vom Landgasthof Zum Schwarzen Adler. unten: Die »Einsteiger des Jahres 2013«: Sebastian Pesau & Patrick Friedrich vom Weingut Hutter



Fotos: Niederösterreich-Werbung/Rita Newman

ste: Für die kulinarischen Highlights zeichneten sich die Sieger des Vorjahres, Gabriele und Franz Amstätter (Gasthaus Amstätter, Hausleiten), Ossi Topf (Landgasthof „Zum Topf“, Vitis) und Franz Kuchner (Gasthaus Apfelbauer, Miesenbach) verantwortlich. Ossi Topf sorgte mit „Mousse von der geräucherten Forelle mit Hecht-Kaviar-Rahm“ für den Auftakt, Gabriele Amstätter legte mit einer geschmorten „Wirtshaus-Rindsroulade“ nach und „Apfelbauer“ Franz Kuchner machte mit Süßem wie Apfeltarte, Bratapfel-Tiramisu und Apfelschmarren seinem Namen alle Ehre.

Und auch Augen- und Ohrenschaus waren vom Feinsten: Die artistischen Show Acts des Cirque Nouvel ließen ihre Zuschauer den Atem anhalten und entführten die Gäste

mit Artistik und märchenhaften Klängen in eine Welt der Phantasie, Sänger Willi Dussmann sorgte mit seiner unvergleichlichen Stimme für den musikalischen Genuß.

Die Bewertung

Wer sich Top-Wirt der Niederösterreichischen Wirtshauskultur nennen will, wird erst genau und anonym getestet. Dabei werden Speisen und Getränke ebenso bewertet wie Regionalität und saisonbezogene Küche. Aber auch auf Freundlichkeit und Kompetenz in Service und Weinberatung wird Wert gelegt. Extrapunkte werden für Besonderheiten wie selbst gebrautes Bier, Hausbrot, Kinderfreundlichkeit oder etwa eine Lesebrille für die Speisekarte vergeben. ■

<http://www.wirtshauskultur.at>

Ionenquelle für MedAustron

Die feierliche Übergabe ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Realisierung des »Jahrhunderprojekts« in Wr. Neustadt.

Im Zuge eines feierlichen Festaktes wurde die Ionenquelle für MedAustron im Beisein des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung, Univ.-Prof. Karlheinz Töchterle, am 11. Jänner vom Generaldirektor der Europäischen Organisation für Kernforschung CERN, Prof. Rolf-Dieter Heuer, an Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll übergeben. Diese Ionenquelle stellt das erste Glied in Beschleunigerkette dar und erzeugt jene Teilchen, die zur medizinischen Behandlung von Krebspatienten und für die Forschung verwendet werden. Damit konnte ein weiterer wesentlicher Schritt zur Realisierung des Krebsbehandlungs- und Forschungszentrums MedAustron in Niederösterreich gesetzt werden.

Die hochkarätigen Gäste, die sich anlässlich der Übergabe in Wiener Neustadt eingefunden hatten, zeigten sich vom Projektfortschritt beeindruckt. „MedAustron bedeutet einen Meilenstein in der Entwicklung des Gesundheits- und Forschungsstandorts Niederösterreichs. Bis zu 1400 Patientinnen und Patienten werden hier neue Hoffnung in ihrem Kampf gegen den Krebs finden. Das Projekt MedAustron wird wesentlich dazu beitragen, Niederösterreich auf die internationale Landkarte der Spitzenmedizin und Spitzenforschung zu bringen. MedAustron paßt damit punktgenau in die Strategie des Landes Niederösterreich, unser Bundesland zu einem Land der Patente zu machen und reiht sich nahtlos in die Wissenschafts- und Forschungsachse des Landes Niederösterreich ein. 160 hochqualifizierte Arbeitsplätze werden direkt bei MedAustron entstehen, weitere 100 Arbeitsplätze im Umfeld durch Zulieferer, Beherbergungsbetriebe und Spin-offs. Es freut mich, daß es gelungen ist, gemeinsam mit der dem Bundesland Nieder-

österreich partnerschaftlich verbundenen weltbekannten Organisation für Kernforschung CERN diese Ionenquelle zu entwickeln“, hob Landeshauptmann Erwin Pröll hervor.

Der Generaldirektor des CERN, Prof. Rolf-Dieter Heuer, ergänzte: „Das Projekt MedAustron ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie die Grundlagenforschung am

re durch eine enge Kooperation mit der Technischen Universität Wien und der Medizinischen Universität Wien erfolgen. Die dafür geplanten Professuren werden vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung zusätzlich zu einer maximalen Investitionssumme von 41 Millionen Euro und maximal 5,5 Millionen Euro pro Jahr für den laufenden Betrieb der nicht-klinischen Forschung finanziert.

Für Klaus Schneeberger, den Aufsichtsratsvorsitzenden der EBG MedAustron, bedeutet die Übergabe der Ionenquelle „einen weiteren Quantensprung für das Jahrhundertprojekt MedAustron. Der Standort, an dem MedAustron realisiert wird, war früher das Symbol des im Krieg zerstörten Wiener Neustadts. Heute ist dieser Ort ein Symbol für Bildung, Wissenschaft und Forschung – zusammengefaßt ein Symbol der Zukunft.



Bei der Übergabe der Ionenquelle für MedAustron (v.l.): Bundesminister Univ.-Prof. Karlheinz Töchterle, Landeshauptmann Erwin Pröll, CERN Generaldirektor Prof. Rolf-Dieter Heuer und Aufsichtsratsvorsitzender Klaus Schneeberger

CERN in einem Mitgliedsstaat vor Ort direkt sichtbar wird und wesentlichen Nutzen für die Gesellschaft stiften kann. Ich freue mich, daß die hervorragende Partnerschaft des CERN mit dem Bundesland Niederösterreich dazu führt, daß aus Forschung Anwendung wird. Ich wünsche dem Projekt MedAustron, daß die weiteren Schritte zur Fertigstellung ebenso reibungslos verlaufen und die Arbeiten am Teilchenbeschleuniger zielstrebig vorangehen.“

„Mit MedAustron unterstützt der Bund den Aufbau eines Therapiezentrum, das vielen Menschen und deren Gesundheit zugutekommt. Wir investieren damit aber vor allem auch in eine neue Infrastruktur, die Forschung im Bereich der Strahlenphysik und der Strahlenbiologie entscheidend vorantreiben wird“, so Wissenschafts- und Forschungsminister Karlheinz Töchterle. Diese Forschung soll in Zukunft insbesonde-

Hier wird das weltweit erst vierte Zentrum für Ionentherapie und Forschung dieser Art entstehen. Wir nehmen den heutigen Tag als Ansporn, weiterhin mit voller Kraft an der Realisierung von MedAustron zu arbeiten, um den ersten Patienten im Jahr 2015 behandeln zu können.“ Was die Kosten des Projekts MedAustron betrifft, gab der Aufsichtsratsvorsitzende bekannt: „Wir liegen voll im Budgetplan und können sehr zuversichtlich sein, daß wir die geplanten Investitionskosten von Euro 200 Millionen punktgenau einhalten. 75 Prozent der Gesamtkosten sind bereits fix vergeben, das macht uns sehr zuversichtlich.“

Welche Schritte nun am Weg bis zur ersten Patientenbehandlung noch gesetzt werden müssen, erklärten die Geschäftsführer der EBG MedAustron, Thomas Friedrich und Bernd Mößbacher: „Das heurige Jahr ist der Installation des Teilchenbe-

Wissenschaft & Technik

schleunigers, dem Herzstück der Anlage, gewidmet. Die Jahre 2014 und 2015 stehen dann vor allem im Zeichen der hochinnovativen und komplexen Medizintechnik - deren Installation und umfangreichen Tests. Wir werden Ende 2015 mit den ersten Patientenbehandlungen starten, und dann das Zentrum bis zum geplanten Vollbetrieb im Jahr 2020 sukzessive ausbauen.“

Neben der geplanten ambulanten Behandlung von KrebspatientInnen wird bei MedAustron auch nicht-medizinische Forschung stattfinden, wie es in Österreich bisher noch nicht möglich war – wie die damalige Wissenschafts- und Forschungsministerin Beatrix Karl bei der Grundsteinlegung am 16. März 2011 feststellte: „Mit der Grundsteinlegung von MedAustron in Wiener Neustadt wird ein wichtiger Beitrag zur Gesundheitsversorgung der Menschen geleistet und der Wissenschafts- und Forschungsstandort Niederösterreich und Österreich weiter gestärkt.“

Mit MedAustron entsteht in Wiener Neustadt eines der modernsten Zentren für Ionentherapie und Forschung in Europa. Unter Verwendung von Protonen und Kohlenstoffionen werden nach der Fertigstellung des Zentrums ab 2015 jährlich bis zu 1400 Patientinnen und Patienten im Vollbetrieb mit dieser schonenden Behandlung therapiert. Weltweit existieren erst drei derartige Zentren, die diese beiden Strahlentherapien an einem Ort gemeinsam anbieten. Dabei versteht sich MedAustron als ein interdisziplinäres und überregionales österreichisches Zentrum und wird sich auf die Krebsbehandlung mit Ionen, die Erforschung und Wei-

terentwicklung dieser neuen Therapieform sowie die nicht-klinische Forschung mit Ionen- bzw. Protonenstrahlen spezialisieren. Dabei werden rund 200 Mio. Euro in Spitzenforschung investiert.

Die Therapie

Die Ionentherapie macht es möglich, die Strahlenbelastung des vor und hinter dem Tumor gelegenen gesunden Gewebes zu senken und es dabei fast völlig zu schonen. Dadurch können Nebenwirkungen deutlich reduziert werden. Sie ist daher eine optimale Behandlung von Tumoren in der Nähe von strahlenempfindlichen Organen.

Die Technik

Hochkomplexe, eigens entwickelte Anlagen auf dem neuesten Stand der Technik werden im Kampf gegen Krebs eingesetzt. Die MedAustron Anlage wird einen Beschleunigerbereich, einen Therapiebereich sowie einen eigenen Forschungsbereich umfassen.

Das Herzstück der Anlage ist ein kreisförmiger Teilchenbeschleuniger mit ca. 80 m Umfang, das Synchrotron. Dort werden die Ionen auf bis zu 75 Prozent der Lichtgeschwindigkeit beschleunigt und danach in einen der vier Bestrahlungsräume geführt. Neben drei horizontalen und einem vertikalen Fixstrahl wird auch ein Bestrahlungsraum mit einer sogenannten Protonengantry – einer beweglichen Bestrahlungseinheit – zur Verfügung stehen.

Finanzierung von MedAustron

Das MedAustron Zentrum für Ionenthe-

rapie und Forschung wird durch die finanzielle Unterstützung der Republik Österreich, des Landes Niederösterreich sowie der Stadt Wr. Neustadt ermöglicht. Dabei steht die EBG MedAustron im mittelbaren Eigentum des Landes Niederösterreich. Für die Errichtung des Zentrums werden rund 200 Millionen Euro investiert.

Republik Österreich

- 41,0 Mio. € Beteiligung an den Errichtungskosten für nicht-klinische Forschung und untrennbar gemeinsam genutzte Anlagenteile.
- 5,5 Mio. € pro Jahr als Forschungszuschuß für zunächst 14 Jahre.

Land Niederösterreich

Das Zentrum für Ionentherapie und Forschung wird durch die EGB MedAustron GmbH im 100%igen Einfluß des Landes Niederösterreich errichtet und betrieben. Dabei übernimmt das Land Niederösterreich die Haftung für 220 Mio. €. 3,7 Mio. € Beteiligung an den Errichtungskosten für nicht-klinische Forschung und untrennbar gemeinsam genutzte Anlagenteile. 32,0 Mio. € als Eigenkapital-Surrogat (ungebundene Kapitalrücklage).

Stadt Wr. Neustadt

Die Stadt Wr. Neustadt stellte das Grundstück in der Größe von 3,2 ha zur Verfügung. 1,9 Mio. € Beteiligung an den Errichtungskosten für nicht-klinische Forschung und untrennbar gemeinsam genutzte Anlagenteile. ■

<http://www.medastron.at>



Foto: MedAustron / Franz Baldauf

MedAustron Aufsichtsratsvorsitzender Klaus Schneeberger inmitten vieler interessierter Besucher an einem der beiden ...

Die »dunkle Materie« der Erbsubstanz

Welche Gene in einer Zelle aktiv sind, wird von Tausenden Regulations-Abschnitten auf der DNA gesteuert. Wissenschaftler am Forschungsinstitut für Molekulare Pathologie (IMP) in Wien entwickelten eine Methode, die diese Abschnitte effizient und vollständig aufspürt und deren Aktivität mißt.

Der genetische Code ist ein Alphabet aus vier Buchstaben, deren Reihenfolge die Information für die Entwicklung und Funktion eines gesamten Organismus enthält. Die Anleitung für die Proteine als Bausteine des Lebens ist in den Genen kodiert. Doch nur ein Bruchteil der DNA einer Zelle besteht aus Genen, beim Menschen sind es etwa zwei Prozent. Der Rest ist nicht-kodierende DNA, die früher abwertend als Schrott bezeichnet wurde. Zutreffender ist da schon der Begriff „dark matter“, dunkle Materie, und so langsam kommt Licht in diesen Bereich unserer Erbsubstanz.

Die nicht-kodierenden Abschnitte auf der DNA sind keineswegs nur Müll. Unter anderem enthalten sie Bereiche, die die Aktivität von Genen regulieren. Da jede Zelle des Körpers eine identische Kopie der Erbinformation enthält, sorgen sogenannte „Enhancer“ (Verstärker) dafür, daß Gene nur zum jeweils passenden Zeitpunkt und im entsprechenden Gewebe aktiv sind: das Hämoglobin-Gen etwa in den Vorläuferzellen der roten Blutkörperchen, Gene für Verdauungsenzyme im Magen. Ist diese exakt abgestimmte zeitliche und örtliche Regulation gestört, so können falsche Gene aktiviert werden und den Zellen unerwünschte Eigenschaften verleihen, bis hin zur Entartung in Krebszellen.

Trotz der enormen Bedeutung der regulierenden DNA-Abschnitte war es bisher nur sehr eingeschränkt möglich, diese im gesamten Genom zu studieren. Es standen lediglich indirekte Methoden zur Identifizierung solcher Abschnitte zur Verfügung, die überdies anfällig für Fehler waren.

Wissenschaftler um Alexander Stark am Forschungsinstitut für Molekulare Pathologie in Wien konnten diese Lücke nun schließen. Unterstützt vom Europäischen Forschungsrat ERC entwickelten sie eine neue

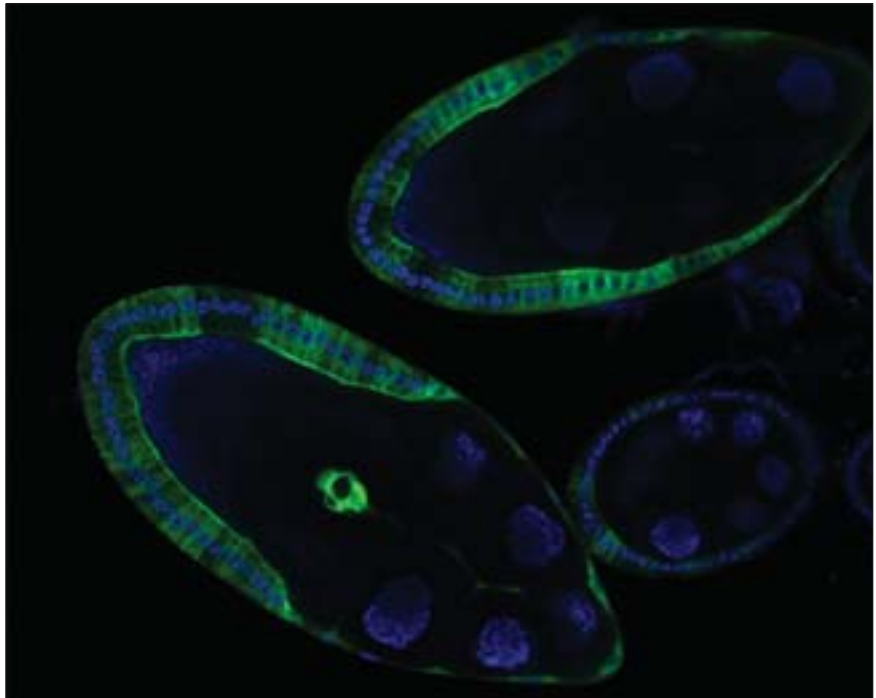


Foto: IMP

Zellen im Eierstock einer Taufliede, Fluoreszenz-mikroskopische Aufnahme. Die DNA ist blau gefärbt, in grün ist die Enhancer-Aktivität dargestellt.

Technologie namens „STARR-seq“ (self-transcribing active regulatory region sequencing), die sie in der Zeitschrift *Science* vorstellen.^{*)} Die Methode erlaubt es, Enhancer-Sequenzen in der DNA nicht nur vollständig und rasch aufzuspüren, sondern gleichzeitig auch ihre jeweilige Aktivität quantitativ zu bestimmen, das heißt starke von schwachen Enhancern zu unterscheiden.

Der Doktorand Cosmas Arnold hat die neue Technologie maßgeblich entwickelt und mit Hilfe des Bioinformatikers Daniel Gerlach auf Zell-Linien von Tauflieden angewendet. Dabei gewannen die Forscher bereits einige überraschende Erkenntnisse: Starke Enhancer wurden sowohl für sogenannte Haushaltsgene gefunden, die in jeder Zellen aktiv sind, wie auch für regulierte Gene, die für den jeweiligen Zelltyp spezifisch sind. Und erstmals konnte mit der Methode gezeigt werden, daß so gut wie alle Gene von mehreren Enhancern reguliert werden – eine Redundanz, die die Forscher

als eine Art Sicherheitsnetz der Zelle interpretieren, das die Steuerung robuster macht.

Die neue Methode kombiniert die enorme Leistungsfähigkeit moderner Sequenziergeräte mit dem spezialisierten Know-how der Bioinformatiker am IMP. Für Alexander Stark ist sie ein äußerst wertvolles Werkzeug, von dem er sich viel verspricht: „Wir nutzen STARR-seq wie eine Art magisches Mikroskop, das die regulatorischen DNA-Abschnitte des Genoms sichtbar und zugänglich macht. Nun können wir erstmals flächendeckend untersuchen, wie Gene reguliert werden und wie diese Regulation im Genom verankert ist“.

Neben der Genregulation im Lauf der normalen Entwicklung interessiert die IMP-Forscher auch, auf welche Weise fehlgeleitete Steuerung zu Erkrankungen bis hin zu Krebs führt. Gerade Mutationen in nicht-kodierenden DNA-Abschnitten haben sich bisher einer Analyse weitgehend entzogen, können aber weitreichende Folgen haben. ■

*) Die Arbeit „STARR-seq Reports Genome-Wide Quantitative Enhancer Activity Maps Revealing Complex cis-Regulation of Transcription“ von Cosmas Arnold et al. erschien am 17. Jänner 2013 online in „Science Express“.

Neuer Quanten-Zustand zwischen Ordnung und Unordnung

Mit Atom-Chips auf der Suche nach ganz besonderen Quanten-Zuständen: TU-Physiker Jörg Schmiedmayer wird mit einem ERC-Advanced Grant ausgezeichnet.

Mit seinen Forschungen an speziellen Quantenzuständen zwischen Ordnung und Unordnung hat Prof. Jörg Schmiedmayer bereits viel Aufsehen erregt: Ultrakalte Atomwolken mit einem hohen Grad an Ordnung streben mit der Zeit in ein ungeordnetes Temperatur-Gleichgewicht. Auf dem Weg dorthin nehmen sie aber einen erstaunlich stabilen Zwischenzustand ein. Mit einem ERC Advanced Grant des European Research Council, einem der begehrtesten europäischen Förderpreise, kann er diesem Geheimnis und anderen Nicht-Gleichgewichts-Phänomenen in Quanten-Vielteilchensystemen nun auf den Grund gehen.

Übergänge in ein thermisches Gleichgewicht erleben wir jeden Tag – etwa wenn ein Eiszapfen sich der warmen Umgebungstemperatur anpaßt und schmilzt. Dabei nimmt die Entropie (ein Maß für die Unordnung im System) zu, und dem System geht Information verloren. Auch die ultrakalten Bose-Einstein-Kondensate, die am Vienna Center for Quantum Science and Technology, (VCQ) bzw. am Atominstitut der TU Wien untersucht werden, streben in ein thermisches Gleichgewicht. Sie wechseln dabei von einem Zustand, der nur quantenphysikalisch beschrieben werden kann, in einen Zustand, in dem die Quanten-Eigenschaften der Teilchen keine große Rolle mehr spielen. Dazwischen findet sich allerdings ein überraschend stabiles Zwischenstadium – der sogenannte „prä-thermalisierte Zustand“.

„Die Ordnung im System nimmt zunächst rasch ab, bleibt dann aber im prä-thermalisierten Zustand praktisch konstant“, erklärt Jörg Schmiedmayer. „Ein Teil der Quanteninformation ist dabei noch nachweisbar, die Atom-Wolke hat noch nicht vergessen, daß sie aus einem extrem geordneten Bose-Einstein-Kondensat hervorgegangen ist.“ Während der anfängliche Verlust an Quanten-Ordnung innerhalb weniger Millisekunden stattfindet, bleibt der prä-thermalisierte Zustand danach über mehr als eine Zehntelsekunde erstaunlich stabil.

Schmiedmayer hält dieses Auftreten eines Zwischenzustands zwischen quantenphysikalischer Ordnung und klassischer

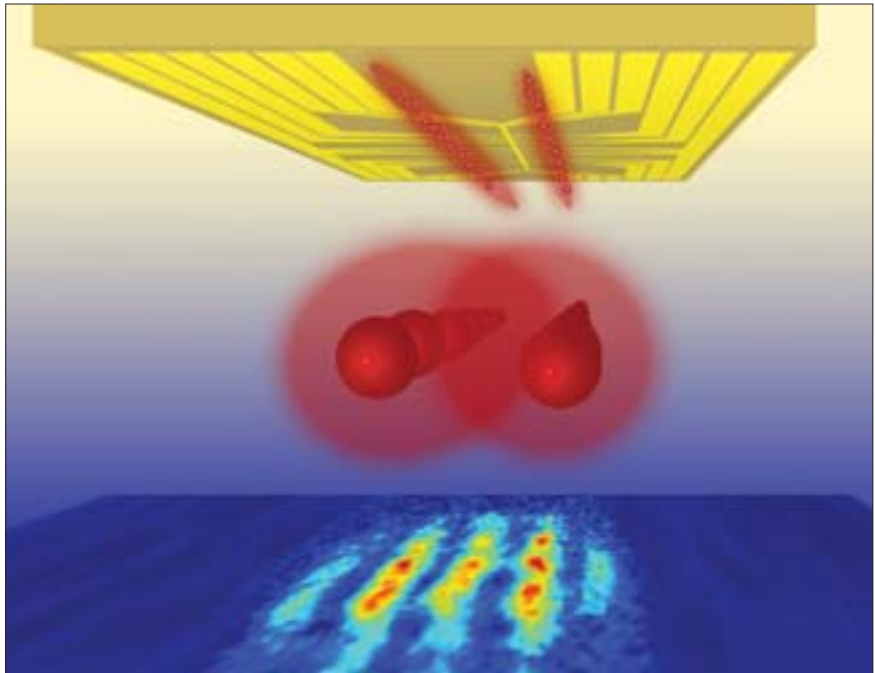


Foto: TU Wien

Auf einem AtomChip (oben) werden ultrakalte Atomwolken (rot) erzeugt. Die Wolken überlagern sich, wodurch ein geordnetes Materiewellen-Interferenzbild entsteht (unten).

Unordnung für ein sehr allgemeines Phänomen, das auch in anderen Systemen zu finden sein sollte. „Prä-thermalisierte Zustände werden in Schwerionenkollisionen bei extrem hohen Energien (CERN-LHC) vermutet und es könnte sein, daß auch die kosmische Hintergrundstrahlung einem prä-thermalisierten Zustand entstammt, den das Universum kurz nach dem Urknall einnahm“, erklärt Schmiedmayer. In der Quantenphysik könnte der prä-thermalisierte Zustand für viele Anwendungen interessant sein. Will man etwa Daten in einem Quanten-Computer speichern oder Berechnungen durchführen, erzeugt man zwangsläufig einen Ungleichgewichts-Zustand, der in ein thermisches Gleichgewicht strebt und damit zerstört wird.

Für seine Forschungen erhielt Schmiedmayer nun einen der begehrtesten und prestigeträchtigsten Förderpreise der europäischen Forschungslandschaft, den ERC Advanced Grant des European Research Council. Mit rund zwei Mio. Euro wird er in den nächsten fünf Jahren weitere Experimente zu

Relaxation und Nicht-Gleichgewichtsdynamik in Quanten Systemen durchführen können. „Wir wollen mit unseren Experimenten dazu beitragen, daß eine einheitliche, grundlegende Theorie für nichtgleichgewichtssysteme gefunden wird, die auf ganz unterschiedliche Quanten-Systeme angewandt werden kann“, hofft Schmiedmayer.

Jörg Schmiedmayer forscht seit 2006 am Atominstitut der TU Wien, wo er bereits seine Doktorarbeit schrieb. Dazwischen führte ihn seine berufliche Laufbahn rund um die Welt: Schmiedmayer arbeitete als Postdoc in Harvard und am MIT (Cambridge, USA), ging dann nach Innsbruck und später als Prof für Experimentalphysik an die Universität Heidelberg. Als Gastprofessor war er unter anderem auch an der Universität Beijing (China) und am National Institut for Informatics (NII) in Tokyo tätig. Schmiedmayer wurde mit zahlreichen Stipendien und Preisen ausgezeichnet – darunter auch der Wittgenstein-Preis des österreichischen Wissenschaftsfonds FWF (2006). ■

<http://www.atomchip.org>

NASA setzt neuen Tiroler »Luftspion« ein

Innsbrucker Ionenphysiker messen für US-Luft und Raumfahrtbehörde Schadstoffe in der Atmosphäre.

Wie schlecht wird die Luft sein, die wir morgen einatmen? Die NASA will noch in diesem Jahrzehnt mittels Satellitenmessungen eine Antwort darauf geben. Ähnlich wie beim Wetterbericht will die US-Luft- und Raumfahrtbehörde ihre Satelliten für die Vorhersage und die Überwachung der Luftqualität nutzen. Sie zählt bei ihrer jetzt in Kalifornien gestarteten, flugzeuggestützten Meß-Kampagne auch auf österreichische Forschung und Technologie: Einen in Tirol entwickelten „Luftspion“.

Die vom Tiroler Hightech-Unternehmen Iconon Analytik GmbH im Teamwork mit Wissenschaftlern des Institutes für Ionen- und Angewandte Physik der Universität Innsbruck entwickelte hochsensible Technologie kann mithilfe eines neuartigen Flugzeit-Massenspektrometers die Zusammensetzung von organischen Spurenstoffen in der Atmosphäre in Sekundenbruchteilen messen. Das Gerät ist nach Angaben von Iconon eine einzigartige Kombination aus Schnelligkeit, Sensitivität und Selektivität. Die US-Luft- und Raumfahrtbehörde setzt diesen „Luftspion“ nun erstmals bei der weiteren Meß-Kampagne im Zuge der bis 2014 laufenden NASA-Mission „DISCOVER-AQ“ an Bord ihres Forschungsflugzeuges „P-3B“ im kalifornischen Längstal (Central Valley) zwischen der Sierra Nevada und dem Küstengebirge ein.

Innsbrucker an vorderster Forschungsfront

„Wir sind bei DISCOVER-AQ an der vordersten Forschungsfront mit dabei. Zur kontinuierlichen Überwachung der Luftqualität in verschmutzten Gebieten gibt es bisher lediglich relativ zeitnahe Daten von einzelnen Meß-Stationen am Boden. Um frühzeitig vor Schadstoffgefahren wie Ozon, Stickoxiden und Partikeln warnen zu können, können Satellitenmessungen in der Zukunft einen entscheidenden Beitrag leisten. Dazu müssen wir aber verstehen, wie sich diese Luftschadstoffe vertikal in der Atmosphäre verteilen, weil die Satellitensensoren nicht erkennen, in welcher Höhe sich die Schadstoffe befinden. Das neue Gerät liefert



Foto: Institut für Ionenphysik und Angewandte Physik

Der Innsbrucker Ionenphysiker Armin Wisthaler mißt für die US-Luft und Raumfahrtbehörde Schadstoffe in der Atmosphäre

dabei Daten zu organischen Spurenstoffen“, sagt Armin Wisthaler vom Institut für Ionen- und Angewandte Physik der Universität Innsbruck.

Der 42jährige Forscher ist mit seinem Team als einzige europäische Gruppe unter insgesamt 75 Wissenschaftlern bis 15. Februar an der aktuellen Meß-Kampagne von „DISCOVER-AQ“ mit insgesamt 15 Meßflügen beteiligt. Diese NASA-Mission hat das Ziel, die Qualität von Satellitenprodukten zu verbessern, um deren Daten für die Vorhersage und das Monitoring der Luftqualität einsetzen zu können. „DISCOVER-AQ“ steht als Abkürzung für „Deriving Information on Surface Conditions from Column and Vertically Resolved Observations Relevant to Air Quality“. Der Tiroler „Luftspion“ soll dazu beitragen, Daten in bisher unerreichter zeitlicher und räumlicher Auflösung zu liefern. Erste, komplette Datensätze der laufenden Kampagne werden laut Wisthaler diesen Sommer zur Verfügung stehen.

Die erfolgreiche Kooperation mit dem mittelständischen Tiroler Unternehmen Iconon Analytik GmbH, einem Spin-Off der Universität Innsbruck, erlaubt es den Innsbrucker Forschern, an dieser internationalen Forschungsfront zu agieren. Die Entwicklung und der Einsatz des neuen High-Tech-Geräts „made in Austria“ werden durch eine Förderung des österreichischen Bundesmini-

steriums für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) im Rahmen des Austrian Space Application Programme (ASAP 8) ermöglicht.

Hochkarätige Konferenz zu junger Technologie

Grundlagenforschung und deren praktische Anwendung zum Nutzen der Allgemeinheit sind das traditionelle Rückgrat des Institutes für Ionen- und Angewandte Physik der Universität Innsbruck (Leitung: Prof. Roland Wester). Dem entsprechend findet im Universitätszentrum Obergurgl (Tirol) ein hochkarätiger Kongreß zum international neuesten Stand im Einsatz der jungen, in Innsbruck entwickelten, Technologie statt. Bei der „6th International PTR-MS- Conference 2013“ berichten von 3. bis 8. Februar international renommierte Experten über weitere Einsatzgebiete der neuen, hochsensiblen Technologie aus Österreich. Flüchtige organische Verbindungen in Echtzeit zu messen, ist erst seit wenigen Jahren durch das im Innsbrucker Think-tank entwickelte PTR-MS-Verfahren möglich. Dies eröffnet in der Früherkennung von Krankheiten und der Qualitätskontrolle von Lebensmitteln ebenso neue Dimensionen, wie in der Detektion von Schadstoffen in unserer Luft. ■

<http://www.ptrms-conference.com>

<http://www.uibk.ac.at/ionen-angewandte-physik/atmoschem/>

Im Schatten der Pyramiden

Die österreichischen Grabungen in Giza (1912-1929) – Ausstellung
im Kunsthistorisches Museum von 22. Januar bis 20. Mai 2013



Foto: Kunsthistorisches Museum Wien

Ein Forscherteam der Österreichischen Akademie der Wissenschaften führte am Beginn des 20. Jahrhunderts sieben erfolgreiche Grabungskampagnen in den weitläufigen Privatfriedhöfen von Giza – also »Schatten der Pyramiden« durch.

Das Felsplateau von Giza mit den monumentalen Pyramiden von Cheops, Chephren und Mykerinos und den sie umgebenden Privatfriedhöfen zählt zu den wichtigsten und am besten erforschten Nekropolen des ägyptischen Alten Reiches (ca. 2687 – 2165 v. Chr.).

Ein Forscherteam der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) führte am Beginn des 20. Jahrhunderts sieben erfolgreiche Grabungskampagnen in den weitläufigen Privatfriedhöfen von Giza – also „im Schatten der Pyramiden“ – durch. Ziel dieser Sonderausstellung ist es, einerseits die reichen Funde aus diesen Grabungen zu präsentieren, andererseits den wichtigen Beitrag Österreichs zur wissenschaftlichen Erforschung der Giza-Nekropole hervorzuheben.

„Ich freue mich außerordentlich, daß anlässlich des 101-Jahr-Jubiläums der österreichischen Grabungen in Giza nun diese einzigartige Ausstellung im Kunsthistorischen Museum Wien zu sehen ist“, so Generaldirektorin Sabine Haag. „Im Rahmen des Giza Archives Project und in Kooperation mit der Technischen Universität Wien konnten wir dieses faszinierende Thema nun erstmalig auch unter Einbeziehung neuester multimedialer Darstellungsmöglichkeiten für unsere Besucherinnen aufbereiten.“

Das Giza Archives Project

Die nun realisierte Ausstellung ist eines von vielen Ergebnissen einer internationalen Forschungskoooperation – des Giza Archives Project. Dieses im Jahr 2000 ins Leben gerufen und für einen Zeitraum von zehn Jahren

von der Andrew W. Mellon Foundation in New York finanzierte Projekt hat zum Ziel, sämtliche verfügbaren archäologischen Informationen, Funde, aber auch Grabungsdokumente (wie Fotos, Tagebuchaufzeichnungen, Skizzen, Pläne etc.) zur Giza-Nekropole elektronisch zu erfassen, zu vernetzen und über Internet zugänglich zu machen.

Begonnen wurde mit der Aufarbeitung des Giza-Archivs der Harvard University und des Boston Museum of Fine Arts. In der Folge schlossen sich weltweit alle wichtigen Giza-Institutionen diesem Unternehmen an und so sind mittlerweile Museen, Universitäten und Institute in Berkeley, Berlin, Kairo, Hildesheim, Leipzig, Philadelphia, Turin und Wien an diesem Projekt beteiligt. In Österreich sind es neben der Akademie der Wissenschaften vor allem die Ägyptisch-

Orientalische Sammlung des Kunsthistorischen Museums Wien und das Institut für Ägyptologie der Universität Wien. die bedeutendes Grabungs- und Dokumentationsmaterial aus Giza besitzen.

Die österreichischen Grabungen in Ägypten

Wie viele andere Nationen auch war Österreich am Beginn des 20. Jahrhunderts sehr an archäologischen Ausgrabungen in Ägypten interessiert und die Akademien der Wissenschaften von Wien, Prag und Krakau bemühten sich um Grabungskonzessionen im Niltal. Die erste österreichische Grabungskampagne fand 1910 in Tura – einem kleinen Ort bei Kairo – statt, in den darauffolgenden beiden Jahren wurde in der Nähe von Assuan sowie in Nubien gegraben. Als Grabungsleiter bestimmte die Akademie der Wissenschaften den deutschen Ägyptologen Hermann Junker, der 1909 als Außerordentlicher Professor für Ägyptologie an die Universität Wien berufen worden war.

Die Grabungskonzession für Giza erhielt die österreichische Akademie erst 1911 durch ein Tauschgeschäft mit der Universität Leipzig, die eine Konzession für Giza besaß und dort zwischen 1903 und 1906 gegraben hatte. Im Gegenzug erhielt Leipzig die österreichische Konzession in Nubien. Wilhelm Pelizaeus, ein Mäzen aus Hildesheim, der bereits die Leipziger Giza-Grabungen mitfinanziert hatte, unterstützte auch nach dem Konzessionswechsel weiterhin die Giza-Grabungen, weshalb ihm auch ein Anteil an den Funden der österreichischen Grabung zustand.

In insgesamt sieben Grabungskampagnen der österreichischen Akademie der Wissenschaften (1912-1914, dann wieder 1925-1929) wurden unzählige Gräber und Grabschächte untersucht. Die Architektur und die Dekoration der Gräber wurden dokumentiert und die Funde katalogisiert und geborgen. Am Ende jeder Grabungskampagne wählte die ägyptische Antikenverwaltung in Kairo zunächst ihren Fundanteil aus; die restlichen Funde wurden per Losentscheid zwischen den beteiligten Institutionen bzw. Sponsoren der Grabung aufgeteilt. Die Funde, welche der österreichischen Akademie der Wissenschaften zustanden, wurden dem Kunsthistorischen Museum Wien übergeben.

Bedeutende Sammlungsobjekte und hochkarätige Leihgaben

Die Ausstellung „Im Schatten der Pyramiden“ zeigt die große Bedeutung der Wie-



Die Pyramide des Chephren



Die Pyramiden von Giza zirka 1912

ner Sammlung an Objekten der Pyramidenzeit. Erweitert durch hochkarätige Leihgaben aus renommierten Sammlungen und Museen Europas und Amerikas – aus dem Roemer- und Pelizaeus-Museum Hildesheim, dem Ägyptischen Museum Berlin, dem Ägyptischen Museum der Universität Leipzig, den Muses royaux d'Art et d'Histoire Brüssel, dem British Museum London, dem Museum of Fine Arts in Boston sowie dem Metropolitan Museum of Art New York – bietet die Ausstellung zudem informative

Einblicke in die herausragenden Leistungen der altägyptischen Kultur während ihrer ersten Hochblüte.

Die Kunst der Pyramidenzeit bildete die formative Phase und legte zugleich den Grundstein für die Kunstentwicklung späterer Epochen in Ägypten. Die Vielfalt der hier gezeigten Objekte – von der lebensgroßen Grabstatue bis hin zum unscheinbaren Modellgefäß –, ihre Einzigartigkeit und ihr ästhetischer Reiz dienten nur einem einzigen Zweck: Sie waren funktional in den Kontext

© Hildesheim, Roemer- und Pelizaeus-Museum; Foto: Sh. Shalchi



Grabplatte des Prinzen Iunu; Giza, Altes Reich, 4. Dynastie ca. 2609 – 2584 vor Christus

funerärer Grabarchitektur eingebunden und ausschließlich für den Fortbestand des Verstorbenen im Jenseits bestimmt.

Thematische Schwerpunkte der Ausstellung

In der Sonderausstellung wird zunächst das weitläufige Gräberfeld von Giza mit den drei großen Pyramiden und deren Erbauern Cheops, Chephren und Mykerinos vorgestellt. Auf einer Videowall ist zudem das Plateau von Giza zu sehen, wie es sich heute, vor 100 Jahren zur Zeit der österreichischen Ausgräber und zur Zeit des Alten Reiches vor ca. 4500 Jahren präsentierte.

Der Bautypus des Mastabagraves bildet einen weiteren thematischen Schwerpunkt. Diese für nicht-königliche Gräber charakteristische Bauform, welche an eine überdimensionale Sitzbank (arab. mastaba „Bank“) erinnert, besteht aus einem oberirdischen zugänglichen Bereich, wo die regelmäßigen Totenopferrituale für den Verstorbenen stattfanden. Ausgestattet waren diese Mastabagräber mit Statuen, Reliefs und Architekturelementen; dazu zählte beispielsweise auch eine sogenannte Scheintür, welche die imaginäre Verbindung von Diesseits und Jenseits symbolisierte.

Zentrales Exponat der Ausstellung und gleichzeitig der bedeutendste Fund der ersten österreichischen Grabungskampagne in Giza 1912 ist die lebensgroße Grabstatue des Wesirs Hemiunu – eine Leihgabe des Roemer- und Pelizaeus-Museums in Hildes-

heim. Hemiunu war der Neffe des Cheops und hatte als einer der Architekten der Cheops-Pyramide auch die Bauaufsicht über dieses Großprojekt inne.

Ein weiterer Abschnitt der Sonderausstellung führt den Besucher in den unterirdi-



Foto: Kunsthistorisches Museum Wien

Der Ausgräber Hermann Junker (im Vordergrund sitzend mit Tropenhelm) und sein Team bei der Freilegung von Statuen aus der Mastaba des Schepsesptah 1913

Foto: Kunsthistorisches Museum Wien, Ägyptisch-Orientalische Sammlung



Sitzstatue der Chent und ihres Sohnes Rudju Altes Reich, frühe 5. Dynastie, um 2500 vor Christus

schen Grabbereich, wo der Sarg des Verstorbenen und die Grabausstattungsgegenstände aufbewahrt wurden.

Ein eigener kleiner Bereich der Ausstellung beschäftigt sich zudem mit der Grabungsgeschichte. Alte Grabungsfotos, Tagebuchaufzeichnungen, Pläne, Architekturskizzen und dergleichen illustrieren den Grabungsalltag in Giza vor hundert Jahren und veranschaulichen die damaligen Arbeits- und Dokumentationsmethoden.

Virtuelle Zeiteise und interaktive 3D-Präsentationen

Ergänzt wird die Ausstellung durch multimediale Installationen, welche in Kooperation mit dem Institut für Architekturwissenschaften/Digitale Architektur und Raumplanung der Technischen Universität Wien

unter der Leitung von Ass. Prof. Peter Ferschlin und Iman Kulitz geplant und umgesetzt werden. Mittels digitaler Medien können die BesucherInnen eine virtuelle Zeitreise zum Giza-Plateau im Alten Reich des Alten Ägypten unternehmen und in virtuell begehbaren Rekonstruktionen interaktiv Architektur, Dekoration und Ausstattung einer Grabanlage erkunden. Dabei werden einige der ausgestellten Kunstwerke in das digitale Modell der Grabanlage integriert und somit ihr ursprünglicher Kontext erläutert und visualisiert. Eine weitere interaktive Station führt die BesucherInnen in die Zeit der Entdeckung der Grabanlagen mit ihren Kunstgegenständen durch die österreichischen Wissenschaftler in den Jahren 1912 – 1929. Original-Zitate aus den Tagebüchern des Grabungsleiters Hermann Junker sowie auf-

wendig aufbereitetes Fotomaterial aus dieser Zeit eröffnen weitreichende Einblicke in den damaligen Grabungsalltag.

Auch in der Dauerausstellung der Ägyptisch-Orientalischen Sammlung im Hochparterre sind in den Sälen II, V und VII zahlreiche weitere Objekte aus den österreichischen Giza-Grabungen zu besichtigen, welche speziell gekennzeichnet sind und somit mit der Sonderausstellung im ersten Stock thematisch verknüpft sind. In Saal 11 der Dauerausstellung hat der Besucher die Möglichkeit im Rahmen einer interaktiven 3D-Präsentation von Dassault Systèmes das Giza Plateau, die Pyramidentempel und Mastaba-Gräber interaktiv zu erforschen.

<http://www.3ds.com/giza3D>

Zur Ausstellung erscheint ein umfangreiches Kataloghandbuch, das einerseits einen vertiefenden Objektkatalog bietet und andererseits fundierte wissenschaftliche Beiträge verschiedener Fachleute zu einzelnen Bereichen – Grabungsdokumentation, Kunst, Architektur und Totenkult in der Pyramidenzeit – enthält.



Foto:

Ersatzkopf; Altes Reich, 4. Dynastie ca. 2609– 2584 vor Christus

Kuratiert wurde die Ausstellung „Im Schatten der Pyramiden“ von Regina Hölzl, Direktorin der Ägyptisch-Orientalischen Sammlung des Kunsthistorischen Museums Wien, und ao. Univ.-Prof. Peter Jánosi, Institut für Ägyptologie der Universität Wien. Beide Wissenschaftler beschäftigen sich schon seit vielen Jahren intensiv mit der Giza-Nekropole und der wissenschaftlichen Aufarbeitung des Grabungs- und Dokumentationsmaterials. ■

<http://www.khm.at>

Martin Schnur: Vorspiegelung

Von 1. Feber bis 9. Juni 2013 im Essl Museum Klosterneuburg



Foto: Daniela Beranek

Martin Schnur, »Vorspiegelung #1«, 2010, Öl auf Leinwand, 235 x 190 cm

Das Essl Museum widmet dem österreichischen Künstler Martin Schnur eine Personale mit dem doppeldeutigen Titel »Vorspiegelung«. Die Ausstellung wirft einen Blick auf das reichhaltige Schaffen der letzten Jahre, in denen Schnur sein raffiniertes

Fotos: Daniela Beranek



Martin Schnur: oben: »Staub«, 2007,
Öl auf Leinwand, 200 x 300 cm;

rechts: »Airportsleep«, 2012,
Öl auf Leinwand, 100 x 120 cm

tes Spiel mit Spiegelungen, Reflexionen und miteinander verschränkten Realitätsebenen immer weiter vorangetrieben hat. Schnurs malerisches Werk überschreitet dabei die Grenzen zur Bildhauerei, er experimentiert mit Materialien und bedient sich längst vergangener Techniken.

Grenzgänger zwischen den künstlerischen Medien

Neben den großformatigen Ölbildern werden erstmals neue, überraschende Objektarbeiten zu sehen sein, in denen der Künstler Malerei und Skulptur, Fläche und Raum spielerisch zueinander in Beziehung setzt. Der 1964 geborene Schnur greift damit auf seine Bildhauereiausbildung – er studierte bei Joannis Avramidis – zurück und setzt gleichzeitig konsequent den Weg fort, mit dem gemalten Bild in den Raum zu gehen. Für seine kleinformatischen Malereien verwendet Schnur anstelle von Leinwand häufig eine dünne Kupferplatte als Bildgrund. Diese in der zeitgenössischen Kunst selten verwendete Technik kommt aus der Barock-



zeit und fasziniert ob ihrer Oberflächen-gestaltung und Haptik; das rötliche Metall schimmert immer wieder leicht durch, was eine seltene Schönheit erzeugt.

In der Ausstellung gibt es auch eine Reihe kleinformatischer Pastellzeichnungen

zu sehen, die sich dem Landschaftsthema widmen. Diese feinen Blätter zeigen, welches besonderes Gespür Schnur für Farbe und Form hat: Der Gegenstand löst sich immer mehr auf, die Natur wird zur reinen, fast abstrakten Farbkomposition.

Foto: Daniela Beranek



Martin Schnur: »Ohne Titel«, 2012, Pastell auf Papier, 30 x 40 cm

Virtuoses Spiel mit Realitätsebenen: Naturlandschaft und Innenraum

Verschiedene Realitätsebenen, vielschichtig zu einem Ganzen zusammengesetzt, sind ein kennzeichnendes Merkmal vieler Malereien. In eine Naturlandschaft wird eine zweite, klar begrenzte Malebene eingeschoben, in einem Interieur mit Menschen öffnet sich ein Bild in den Außenraum. Indem Landschaft und Mensch fast nie auf derselben Bildebene existieren und auch inhaltlich kaum in Beziehung stehen, bricht der Künstler mit der Erwartung einer romantischen Naturdarstellung. Seine Landschaften bieten auch keine weiten Panoramen und Perspektiven, sie sind ausschnitthaft und fragmentarisch, dicht am Holz, am Wasser, an den Gräsern. Der Künstler erfreut sich an der unerschöpflichen Formen- und Farbenvielfalt der Natur, geeignete Kulisse für sein virtuoses Spiel mit Licht und Schatten, mit Spiegelungen und Schattierungen.

In seinen Bildern setzt Schnur junge Menschen, in legerer Kleidung oder auch nackt, in den Vordergrund. Sie wirken ohne

erzählerischen Kontext isoliert und fragil. In sich gekehrt und still treten sie nicht mit dem Betrachter in Kontakt, meist von ihm abgewandt bleibt eine Kommunikation verwehrt.

Der menschliche Körper und Naturlandschaft dienen dem Künstler als Versuchsfeld für eine Malerei, die mit Licht und Schatten, Fläche und Raum poetisch wie sinnlich eine neue Wirklichkeit erschaffen kann. Mensch und Natur sind auf die Malerei bezogen, sanft eingebettet leben sie in ihr, anstatt sich an den Rezipienten zu wenden oder einen klar faßbaren Inhalt zu vermitteln. Die Überblendung der Räume und Atmosphären, die Ambivalenz von geometrisch eingegrenzten Feldern und Tiefenwirkungen verleihen den Kompositionen, Vexierbildern gleich, eine zusätzliche Intensität.

Licht, Schatten und Spiegelungen

Verbindendes Element der verschiedenen Realitätsebenen sind Lichtstimmungen und Spiegelungen – ein häufig wiederkehrendes Motiv ist der zerbrochene Spiegel. Faszinierend und bedrohlich zugleich setzt ihn

Schnur gekonnt ins Bild: Mensch und Landschaft reflektieren sich auf am Boden liegenden Spiegelflächen, Protagonisten hantieren ziemlich gefährlich mit Scherbenstücken. Ähnlich verhält es sich mit dem Licht. Der in den Innenraum eintretende Schein eines Lichtstrahls setzt sich im daneben liegenden Naturaußenraum fort. Das Licht wird zum Protagonisten der Malerei.

Mit rund 25 Arbeiten umfaßt die Ausstellung neben Leinwand- und Kupfermalereien die neue Objektserie Display und kleinformatige Pastellzeichnungen. Die Werk Auswahl wurde zusammen mit dem Künstler festgelegt. Neben zahlreichen Sammlungen und Leihgaben werden neue Arbeiten direkt aus dem Atelier zu sehen sein.

Katalog

Zur Ausstellung erscheint ein Katalog mit zahlreichen Abbildungen, einem Vorwort von Prof. Karlheinz Essl und Texten von Sonja Gruber, Hans Holländer und Günther Oberhollenzer. ■

<http://www.essl.museum>

Maximilian

Maximilian von Mexiko: Der Traum vom Herrschen. Von 6. März bis 18. August 2013 im Hofmobiliendepot • Möbel Museum Wien

Foto: Bundesmobilienvverwaltung/Edgar Knaack



Schloß und Park in Miramar, 1860er Jahre

Die kommende Ausstellung im Hofmobiliendepot • Möbel Museum Wien widmet sich mit Maximilian von Mexiko (1832-1867) einem Herrscher, der vor allem durch sein politisches Scheitern Berühmtheit erlangte. Die kreative Seite des jüngeren Bruders von Kaiser Franz Joseph, seine Leidenschaft für Bücher, Kunst, Reisen, Natur und Architektur ist weniger bekannt.

Die Sonderschau, die mit etwa 550 Exponaten eine der bisher umfassendsten Ausstellungen des Hofmobiliendepots ist, folgt der bewegten Biografie des Herrschers von der Jugend am Wiener Kaiserhof, seinem Leben in Triest, der Aufgabe als Oberkommandant der k. k. Kriegsmarine, der

Zeit als Generalgouverneur von Lombardo-Venetien, der Heirat mit Charlotte von Belgien und seinen Reisen bis hin zur Regentschaft in Mexiko und seinem gewaltsamen Tod.

Für die unkonventionelle Gestaltung der Ausstellung zeichnet Walking-Chair Designstudio verantwortlich. Mit überraschenden Mitteln werden die Räume vereinheitlicht, wobei der Farbsymbolik eine große Rolle zukommt.

Maximilians Weg zur mexikanischen Kaiserkrone – die Hintergründe

Frankreich wollte seinen Einflusssbereich in Mittelamerika ausbauen. Auf Betreiben

Napoleons III. bot eine mexikanische Deputation Maximilian am 3. Oktober 1863 in Schloß Miramar bei Triest die mexikanische Kaiserkrone an. Maximilian forderte eine Volksabstimmung, deren Ergebnis allerdings zugunsten einer Monarchie gefälscht wurde. Maximilian nahm, im guten Glauben daran, daß die Mehrheit der mexikanischen Bevölkerung seine Regentschaft befürwortete, die Kaiserkrone an und reiste im April 1864 mit seiner Gemahlin Charlotte nach Mexiko ab. Auf Druck Kaiser Franz Josephs hatte er zuvor auf seine Thronfolge- und Erbansprüche in Österreich verzichtet.

Der Empfang der größtenteils republikanisch gesinnten Bevölkerung fiel kühl aus. Als Anführer der republikanischen Truppen entwickelte sich Benito Juárez zum gefürchtetsten Gegner der Monarchie. Maximilians Regentschaft im monarchistischen Teil Mexikos blieb erfolglos, Frankreich stellte die zugesagte finanzielle und militärische Unterstützung ein. Im Herbst 1866 traf Maximilian daher Vorbereitungen zur Abdankung und Rückkehr nach Europa, er verwarf diese Pläne jedoch wieder und bestritt weiter einen aussichtslosen Kampf.

Im Mai 1867 wurde er in Querétaro von den Republikanern gefangen genommen und am 19. Juni desselben Jahres hingerichtet. Er war 34 Jahre alt. Erst ein halbes Jahr später wurde seine Leiche freigegeben und Maximilian im Jänner 1868 in der Kapuzinergruft in Wien beigesetzt.

Zur Ausstellung

Die Ausstellung umfaßt zwei große Bereiche. Im Obergeschoß geht es um

Foto: Alexander Eugen Koller, Artwork: Hannes Eder



Erzherzog Ferdinand Maximilian in der Uniform der k.k. Kriegsmarine, 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts; © Heeresgeschichtliches Museum Wien

Maximilian als Bauherren und leidenschaftlichen Sammler. Vor dem Hintergrund der familiären Herkunft, Erziehung und Heirat zeigt die Ausstellung seine Bauten in Wien, Triest und Lacroma. Durch seine Sammellust entstanden in wenigen Jahren eine Autografensammlung, eine umfangreiche Naturaliensammlung sowie ethnologische und ägyptische Sammlungen, aus denen zahlreiche Beispiele zu sehen sind.

Bereits im Kindesalter hatte Maximilian Interesse für die Baukunst sowie die Liebe zur Natur, zum Meer und zur Seefahrt entwickelt. Im Alter von 17 Jahren ließ er sich in unmittelbarer Nähe zum Schloßpark Schönbrunn ein Blockhaus, die sogenannte Villa Masing, errichten. Neben dem Umbau der Villa Lazarovich in Triest und dem begonnenen Ausbau eines ehemaligen Benediktinerklosters auf der dalmatinischen Insel Lacroma widmete sich Maximilian vor allem dem Bau seines Schlosses Miramar in Triest, das als sein Hauptwerk gilt. Er ließ es mit großem Aufwand auf einer Felspitze nahe Triest errichten, dessen Fertigstellung 1871 er jedoch nicht mehr erlebte.

In der Vorarbeit zur Schau wurden von den beiden Kuratorinnen, Ilsebill Barta und Marlene Ott-Wodni, die Einrichtungen der Schlösser erforscht. Von den rund 500 Objekten aus Schloß Miramar und der Villa Lazarovich, die in der Bundesmobili-



Foto: Bundesmobilienvverwaltung/Edgar Knaack

Schloß und Park in Miramar, 1860er Jahre

waltung ausfindig gemacht und seinen Wohnräumen zugeordnet werden konnten, sind etwa 200 Objekte wie Möbel, Reise-souvenirs, Schmuckkästchen, Waffen, kunstgewerbliche Antiquitäten, etc. in der Aus-

stellung zu sehen. Zahlreiche Möbel wurden im Vorfeld der Ausstellung von den Werkstätten der Bundesmobilienvverwaltung aufwändig restauriert.

Im Erdgeschoß werden Maximilians Marinetätigkeit, seine ausgedehnten Reisen bis nach Brasilien und die politische Irrfahrt nach Mexiko thematisiert. In seiner kurzen Zeit als Kaiser von Mexiko beschäftigte er sich neben den Regierungsgeschäften mit der mexikanischen Hofhaltung sowie mit Bauprojekten zu den mexikanischen Residenzen.

Die Präsentation der Raumentsembles wird ergänzt durch unbekanntere Erinnerungstücke, Dokumente, Kunstwerke, Pläne und Fotografien. Zu sehen sind aus seiner Zeit als Kaiser von Mexiko überdies sein Poncho, sein mexikanischer Sattel, sein Sombrero oder das kaiserlich-mexikanische Geschirrservice.

Den Abschluß der Ausstellung bildet eine Installation zur Erschießung Maximilians, in deren Zentrum der eindrucksvolle Transport-sarg aus der ständigen Sammlung des Hofmobiliendepots steht.

Gleichsam als Nachwort wird das weitere Schicksal seiner Frau Charlotte von Belgien behandelt, die 1927 psychisch beeinträchtigt auf Schloß Bouchout in ihrer belgischen Heimat starb. ■

<http://www.hofmobiliendepot.at>



Foto: Bundesmobilienvverwaltung/Edgar Knaack

Kästchen mit antiquarischen Elfenbeinfiguren aus der Bibliothek in Schloß Miramar, Pasticcio, 18. Jahrhundert

Alte Spuren. Neue Wege.

Grenzüberschreitende Ausstellungen als Erfolgskonzept – Landesausstellung Oberösterreich und Südböhmen von 26. April bis 3. November 2013

Nach dem Erfolg der grenzüberschreitenden Landesausstellung gemeinsam mit dem Freistaat Bayern, in Ranshofen, Mattighofen und Burghausen, die mehr als 320.000 BesucherInnen, laufen die Vorbereitungen für die kommende Schau im Mühlviertel und in Südböhmen bereits auf Hochtouren. Das Interesse dafür ist bereits im Vorfeld enorm: Zum einen, weil es mit Freistadt und Bad Leonfelden auf oberösterreichischer Seite sowie mit Český Krumlov (Krumau) und Vyšší Brod (Hohenfurth) auf tschechischer Seite äußerst attraktive Standorte gibt, zum anderen, weil grenzüberschreitende Landesausstellungen immer auch das Erlebnis des Besuchs beim Nachbarn beinhalten.

Landesausstellung 2013 baut Brücken

Die grenzüberschreitende Landesausstellung 2013 wird ein ganz besonderes Bindeglied in den kulturellen Beziehungen zwischen Oberösterreich und Südböhmen darstellen. Die jeweiligen Ausstellungsstandorte, das Kloster von Vyšší Brod und das Regionalmuseum von Český Krumlov, zusammen mit dem dortigen Seidl-Atelier und der ehemaligen Synagoge, sowie die Braucommune von Freistadt und die Eybl-Häuser mit dem ehemaligen Bürgerspital von Bad Leonfelden sind Räume von besonderer historischer Qualität.

Für alle vier Standorte wird es ein gemeinsames Ausstellungsticket geben, das den Besucher dazu anregen soll, alle Standorte dieser Landesausstellung zu besuchen.

Die Vermarktung und Bewerbung der Landesausstellung erfolgt ebenfalls grenzüberschreitend, die Werbemittel werden jeweils in tschechischer und deutscher Sprache ausgeführt, auch vom offiziellen Ausstellungskatalog wird es eine deutschsprachige und eine tschechische Version geben.

Die Textierung der Ausstellung wird, um Sprachbarrieren zu überwinden und der internationalen Gästestruktur Rechnung zu tragen, ebenfalls in Deutsch, Tschechisch und Englisch erfolgen.

Die gemeinsame Kulturgeschichte Oberösterreichs und Südböhmens

Der Titel der Landesausstellung 2013 lautet „Alte Spuren. Neue Wege – Ober-

26. APRIL BIS 3. NOVEMBER 2013

ALTE NEUE SPUREN WEGE

LANDESAUSSTELLUNG OBERÖSTERREICH & SÜDBÖHMEN

BAD LEONFELDEN // FREISTADT // ČESKÝ KRUMLOV // VYŠŠÍ BROD //

www.landesaussstellung.com

Republikbuch 1730, Schulmuseum Wolfsegg

Sujet: Matern Creativbüro

österreich und Südböhmen“. Je nachdem, in welchem Land man sich befindet, werden die Begriffe „Oberösterreich“ und „Südböhmen“ in jeweils umgekehrter Reihenfolge verwendet.

Der Titel wurde so ausgewählt, daß er nicht nur den in der Ausstellung gezeigten Inhalten Rechnung trägt, sondern auch im Tschechischen und im Deutschen syntaktisch und semantisch funktioniert.

Die Ausstellung dokumentiert die ge-

meinsame Kulturgeschichte von Oberösterreich und Südböhmen, die gemeinsame Kulturgeschichte des Landstrichs zwischen Donau und Moldau. Neben dem „Gemeinsamen“ wird aber auch auf das „Trennende“ nicht vergessen, es sollen zeitgeschichtliche Aspekte genauso einfließen wie zeitgenössische und vorhersehbare zukünftige Entwicklungen.

Die Ausstellungsinhalte reflektieren damit nicht nur auf historische Fakten sondern

Kultur

gehen auch auf Veränderungsprozesse ein. Deutlich wird dies etwa am Beispiel Verkehr, wo das Leben an den historischen Salzstraßen oder die Bedeutung der Pferdeisenbahn genauso dokumentiert werden, wie das Bestreben, in naher Zukunft im Rahmen der transeuropäischen Netze eine leistungsfähige Bahnverbindung von der Ostsee in Rostock über Prag Linz und Graz („Pyhrn-Schober-Achse“) nach Rijeka zur Adria zu bauen.

Themen der Zeitgeschichte, etwa die Vertreibungen von Tschechen in der NS-Zeit und der Sudetendeutschen auf Basis der Benes-Dekrete werden ebenso thematisiert, wie die Auffassungsunterschiede in der Atomkraft am Beispiel von Temelin.

Daneben spielen auch Themen der Alltagskultur (böhmisch-österreichische Küche) eine Rolle, genauso wie die Musik (Bruckner, Smetana) und die Dichtung (Stifter, Klostermann) auf beiden Seiten sowie die bildende Kunst am Beispiel des Leonfeldner Jugendstilmalers Leopold Forstner.

Wichtig bei allen thematischen Aspekten der Ausstellung ist eine sachliche, wissenschaftlich fundierte und objektive Darstellung, sodaß über die Auswahl der Ausstellungsinhalte keine Ressentiments aufsondern abgebaut werden.

Flankierende Ausstellungen in der Synagoge von Český Krumlov, im Fotoatelier Seidlhaus, im Schloßmuseum Freistadt oder in den Häusern der Mühlviertler Museumsstraße werfen außerdem ein interessantes Bild auf die Lebensweise und die Alltagskultur der Menschen zwischen Donau und Moldau.

Grenzüberschreitende Kooperationen als Erfolgsgeheimnis

Die Zusammenarbeit zwischen Oberösterreich und Südböhmen auf kulturellem Gebiet wurde bereits mehrfach erfolgreich prakti-



Foto: Land OÖ/Stinglmayr

v.l.: Kuratorin Andrea Scheichl, Bgm. Alfred Hartl, BR Bgm. Christian Jachs, LH Josef Pühringer, Vizebürgermeisterin Jitka Zikmundová und Jirí Vlach

ziert. Im Ausstellungsbereich war es vor allem die gemeinsame Stifter-Ausstellung im Jahr 2005, die hier als bedeutende Wegmarke gilt.

Ihr ging eine vom Regionalmuseum Český Krumlov und der Direktion Kultur des Landes Oberösterreich gemeinsam gestaltete Wanderausstellung über Adalbert Stifter voraus, die in zahlreichen Metropolen Europas gezeigt wurde.

Für die Vorbereitung der grenzüberschreitenden Landesausstellung 2013 wurde die Zusammenarbeit nun auf weitere wichtige Institutionen und Partner ausgedehnt.

Die Projektsteuerung und Koordination auf tschechischer Seite obliegt der Regionalentwicklungsagentur RERA, vertreten durch Jirí Vlach und der Kulturverwaltung des südböhmischen Kreisamts unter Kamilla Hrabaková, denen für die äußerst konstruktive und engagierte Zusammenarbeit besonderer Dank auszusprechen ist.

Auf oberösterreichischer Seite liegt das Projektmanagement in bewährter Weise bei der Direktion Kultur beim Amt der OÖ.

Landesregierung. Partner sind weiters die zuständigen Organe der vier Ausstellungsgemeinden (Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderat), die Braucommune Freistadt und das EUREGIO Regionalmanagement Mühlviertel.

Kooperationen im touristischen Bereich gibt es weiters zwischen dem Oberösterreich Tourismus und der Südböhmischen Tourismuszentrale. Dort mündet diese Zusammenarbeit vor allem in die Erstellung und Vermarktung gemeinsamer touristischer Packages und die Etablierung von Kooperationen in der Gastronomie – mit dem Ziel eines umfassenden Qualitätsmanagements. Zudem sollen auch die touristischen Angebote der Freizeitregion Lipno (Moldaustausee), der Stadt und der Region Freistadt sowie der Kurverwaltung Bad Leonfelden entsprechend mitvermarktet werden.

Ein umfassendes Rahmenprogramm, das gerade in Vorbereitung ist, wird auch bei dieser Landesausstellung wieder die Möglichkeit eröffnen, daß sich die Ausstellungsre-



Foto: OÖ. Tourismus/Röbl

Die Bezirksstadt Freistadt liegt nur 17 Kilometer von der tschechischen Grenze entfernt, die bis 1989 »Eiserner Vorhang« war.

gion ihren Gästen mit all ihrer kulturellen Vielfalt präsentiert.

Investment, Wertschöpfung und Nachnutzung

Insgesamt wird auf oberösterreichischer Seite in die bauliche Sanierung und Adaptierung der Eybl-Häuser sowie in die museale Adaptierung des ehemaligen Bürgerspitals in Bad Leonfelden ein Betrag von rund 4,5 Mio. Euro aus öffentlichen Mitteln investiert. Davon stammen rund 2,3 Mio. Euro aus dem Kulturressort der Oö. Landesregierung, weitere 512.063 Euro aus dem Wirtschafts- und Tourismusressort, sowie 761.771 Euro aus dem Gemeinderessort der Oö. Landesregierung und 180.000 Euro aus dem Bauressort der Oö. Landesregierung. Die Stadtgemeinde Bad Leonfelden bringt einen Finanzierungsanteil in der Höhe von rund 770.000 Euro ein, darin inkludiert ist auch der Ankauf der Liegenschaften.

Für die bauliche Sanierung und Adaptierung verschiedener Gebäudeabschnitte in der Braucommune Freistadt im Hinblick auf die Landesausstellung wird ein Betrag von rund 4 Mio. Euro aus Landesmitteln investiert.

Die Braucommune Freistadt investiert weitere 8 Mio. Euro aus eigenen Mitteln in betriebsbedingte Umbauten, die die Wettbewerbsfähigkeit der Brauerei auf Jahrzehnte sichern.

Dabei ist anzumerken, daß auch die Adaptierung des Gasthauses „Brauhaus“ im Gebäude der Braucommune Freistadt ausschließlich aus Mitteln der Brauerei Freistadt finanziert wurde.

Die Nachnutzung erfolgt in Bad Leonfelden in Form eines bereits seit langem geplanten Stadtmuseums im Bürgerspital, weiters in Form eines Mehrzweck- und Veranstaltungssaals, der auch von der Landesmusikschule mitbenützt werden kann sowie einer Unterbringung des Tourismusbüros und in Form einer kulturellen Mischnutzung (Archiv, Probenräumlichkeiten, Brauhausgalerie etc.) in Freistadt.

Aus diesem Gesamtinvestment von 8,5 Mio. Euro an öffentlichen Mitteln und 8 Mio. Euro aus dem Cash-Flow der Brauerei ergibt sich für den Bezirk Freistadt und den Bezirk Urfahr-Umgebung eine Wertschöpfung von rund 80 bis 85 Mio. Euro.

Die grenzüberschreitende Landesausstellung 2013 ist damit nicht nur ein bedeutendes Kulturprojekt sondern auch ein großer wirtschaftlicher Impuls für die Region zwischen Donau und Moldau.

<http://www.landesausstellung.com>



Foto: Kurverband Bad Leonfelden

Pfarrkirche und Rathaus am Kirchenplatz in Bad Leonfelden



Foto: Prantina / Creative Commons Attribution-Share Alike license

Das Zisterzienserkloster im südböhmischen Viššý Brod



Foto: J. Strzelecki / Creative Commons Attribution-Share Alike license

Ein Blick über die südböhmische Stadt Český Krumlov

Eine besondere Bühne

Wien gilt als eines der Zentren der gehobenen Theaterkultur in Europa.

*Text und Fotos von Michael Ellenbogen *)*



Im Hörbiger-Haus, dem ehemaligen Refugium des berühmten österreichischen Schauspielerehepaars Attila Hörbiger und Paula Wessely, hat sich das »Theater zum Himmel« als ein zünftiger Aufführungsort von Literaturklassikern etabliert.

Große österreichische Schriftsteller innerhalb des deutschsprachigen Raumes mit spezieller Wiener Prägung wie Franz Grillparzer, Johann Nestroy sowie später auch Hugo von Hofmannsthal oder Arthur Schnitzler ließen Wien zu einer Schauspielstadt höchster Güte werden, deren kulturhistorische Entwicklung sich über viele Jahrzehnte bis in die Gegenwart dokumentieren läßt. Neben den historischen Spielstätten bestehen auch kleine, feine auf Grund privater Initiativen entstandene Theater, die in kürzester Zeit den Ruf einer Institution erworben haben, wie das im Jahr 2008 gegründete „Theater zum Himmel“ im Hörbiger-Haus, dem ehemaligen Refugium des berühmten

österreichischen Schauspielerehepaars Attila Hörbiger und Paula Wessely.

Die Idee, diese traditionsreiche Baulichkeit mit seinem wunderschönen, weitläufigen Garten als zukünftigen Aufführungsort von Literaturklassikern zu präsentieren, realisierte Maresa Hörbiger und mit Unterstützung von Karl Heinz Hackl mit dem Anspruch, bekannte Bühnenstücke im lauschig-romantischen Ambiente der Grinzinger Weinberge einem interessierten Publikum vorzuführen. Ein weiteres Anliegen der beiden Schauspieler Maresa Hörbigers war und ist es, mit ihrer Einrichtung junge Darsteller zu fördern, für die das „Theater zum Himmel“ – und hier speziell der Kultursalon Hörbiger – ein wichtiger Meilenstein in ihrer künstlerischen Entwicklung werden kann. Mit szenischen Lesungen werden Literaturklassiker aus Österreich, wie „Der Schwie-

rige“ von Hugo von Hofmannsthal oder Arthur Schnitzlers „Liebele!“ eindrucksvoll und in einem sehr gemütlichen sowie persönlich anmutenden Rahmen den Gästen des Hauses nähergebracht.

Das Ambiente, die sorgfältige Auswahl der Stücke und die unvergleichliche Präsentation dieser durch hochkarätige Schauspielerpersönlichkeiten wie Otto Schenk, Petra Morzé, Wolfgang Hübsch, Erika Pluhar, Manuel Witting, Mavie Hörbiger oder Michael Maertens runden einen schönen Abend ab.

Das Sommertheater bildet – wie das Advent- sowie das Kindertheater – die Struktur der Kulturinstitution, in der ausgewählte Stücke zum Vortrag gelangen. Die Spielfreude und Fantasie mit der Kinder im Alter zwischen 7 und 14 Jahren eigens adaptierte Fassungen bestimmter Bühnenwerke

*) Michael Ellenbogen lebt und arbeitet als freier Journalist in Wien und hat sich auf Geschichte und militärhistorische Themen spezialisiert.

Kultur

umsetzen, ist für unbedarfte Besucher ebenso wie für erwachsene Schauspieler, Regisseure und Theaterdirektoren ein einzigartiges Erlebnis. Das Kinderensemble „gutgebrüllt“ ist seit der Gründung des „Theaters zum Himmel“ ständiger Partner der Institution. Im vergangenen Jahr wurde während der zweiten Junihälfte „Jedermann“ vom Publikum mit Begeisterung aufgenommen.

Was macht nun den Familiensitz der Schauspielerdynastie Hörbiger zum reizvollen Veranstaltungsort außergewöhnlicher Darstellungskunst? „Meine Mutter hat mir das Anwesen vererbt und ich habe mir überlegt wie man das Haus und den parkähnlichen Garten im künstlerischen Sinne nutzen kann. Ich habe den Kultursalon Hörbiger gegründet, den wir gemeinsam mit der Stadt Wien umsetzen“, erläutert Kammerschauspielerin Maresa Hörbiger die Entwicklung des Vereines „Theater zum Himmel“ im Hörbiger-Haus, dem sie als Obfrau vorsteht. Der Kultursalon versteht sich als Ort der Begegnung an dem Künstler verschiedener Genres, wie Gesang, Schauspiel, Pantomime bis hin zu Architektur und Malerei aus osteuropäischen Hauptstädten in den Wettbewerb mit ihren Kollegen aus Wien treten. „Wir laden ein Forum ein, das die beste Künstlerin oder den besten Künstler auswählt und den ‚Hörbiger Preis‘ in der Höhe von 1000 Euro vergibt“, beschreibt Maresa Hörbiger den Ablauf der Veranstaltungsreihe.

Aus Anlaß des 100. Geburtstages von Paula Wessely 2007 wurde in den Räumen der Hörbiger Villa eine private Ausstellung über die österreichische Schauspielerin abgehalten. Daran wurde von Maresa Hörbiger und Karl Heinz Hackl ein Kabarettprogramm angeschlossen, mit dem das alljährlich stattfindende Sommertheater im Stil szenisch vorbereiteter Lesungen begann, die im Hof der Hörbiger-Villa stattfinden. Bei Schlechtwetter werden die Stücke im „Salon Hörbiger“ – der ehemaligen Wohnung Paula Wesselys – aufgeführt, die sich mit der Zeit zum kleinen Theater innerhalb der Villa entwickelte. In der Vorweihnachtszeit bildet das Adventtheater einen weiteren Höhepunkt im Veranstaltungskalender des beliebten Treffpunktes von Freunden österreichischer Theaterkultur. Das Kriterium für die Auswahl der Stücke ist heitere Unterhaltung auf hohem Niveau. Ein wichtiges Anliegen von Kammerschauspielerin Maresa Hörbiger ist es, vor allem junge Menschen für die Kunst der Darstellung im „Theater zum Himmel“ zu gewinnen. ■

<http://www.theaterzumhimmel.at>



Kammerschauspielerin Maresa Hörbiger, Gründerin des »Theaters zum Himmel« im Foyer der Villa neben einer Puppe in einem Original-Bühnenkostüm ihrer Mutter, Kammerschauspielerin Paula Wessely.



Vorstellung des Sommertheaters im Innenhof der Hörbigervilla.



Vorbereitungen für eine Aufführung des Sommertheaters

»ÖJ-Buchtips«

Robert Kriechbaumer und
Franz Schausberger (Hg.)

Die umstrittene Wende Österreich 2000–2006

Wohl kein anderes – vorerst – innenpolitisches Ereignis hat in den vergangenen Jahrzehnten Österreich dermaßen ins internationale Rampenlicht gerückt, wie die Koalitionsvereinbarung, die im Frühjahr 2000 von Wolfgang Schüssel (ÖVP) und Jörg Haider (FPÖ) geschlossen wurde. Das Ergebnis der Nationalratswahl im Oktober 1999 hatte die SPÖ zum Wahlsieger gemacht, sie konnte aber trotz langwieriger Sondierungsgespräche dem damals amtierenden Bundespräsidenten Thomas Klestil keine tragfähige Regierung vorschlagen. Die drittgeriehte ÖVP jedoch vereinbarte mit der auf Platz 2 gereihten FPÖ eine Koalitionsregierung unter dem ÖVP-Bundesparteiobmann Wolfgang Schüssel. Das sorgte nicht nur für grimmige Kälte bei der Angelobung in der Hofburg – das Coverfoto des vorliegenden Buches macht dies besonders deutlich –, sondern neben regelmäßigen Demonstrationen gegen Schwarz/Blau auch dafür, daß Österreich nicht nur EU-weit geächtet

war, war doch eine „extrem rechte Partei“ von Schüssel „hoffähig“ gemacht worden. Das führte neben bilateralen Verwerfungen und Boykottaufrufen sonder Zahl schließlich sogar dazu, daß eine EU-Troika ins Land gesandt wurde, um zu überprüfen, ob Österreich denn noch als ernstzunehmendes Mitglied der europäischen Wertegemeinschaft anzusehen sei. Auch wenn die ÖsterreicherInnen ob der teils heftigen Attacken aus dem Ausland nach außen stärker zusammenrückten, so entstand doch im Inland eine Kluft zwischen „rechts“ und „links“, deren Spuren bis heute spürbar blieben – für die einen als positive, für die anderen als abschreckende.

Die beiden Herausgeber ziehen mit eigenen und mit Beiträgen von Dieter A. Binder, Peter Bußjäger, Herbert Dachs, Christian Dirninger, Heinz Fassmann, Michael Gehler, Ernst Hanisch, Gunther Hauser, Ewald Hiebl, Marcelo Jenny, Paul Luif, Wolfgang C. Müller, Michael Neider, Peter Stachel, Günther Steiner, Engelbert Theurl und Heinz-Peter Wassermann eine kritische zeit-historische Bilanz über die auch mit einigem Abstand noch immer recht umstrittenen sechs Jahre der Kabinette Wolfgang Schüssel I und II. ■



Robert Kriechbaumer
Franz Schausberger (Hg.)

Die umstrittene Wende Österreich 2000-2006

848 Seiten, € 29,50
gebunden, Schutzumschlag
2012, Boehlau Verlag Wien
ISBN 3-205-78745-5

Hans Bürger

Der vergessene Mensch in der Wirtschaft

Neue Modelle zwischen Gier und Fairness

Wo bleibt der Mensch in der Wirtschaft? Dieser Frage hat sich Hans Bürger gestellt und in seinem Buch nachgezeichnet. Der Mensch ist kein Statistikwesen, der Mensch handelt nicht rational – und schon gar nicht nach Managementregeln. Und der Mensch soll nicht reduziert werden auf eine Kosten- und Nutzenrechnung in ungeahntem Ausmaß und nicht zerrieben werden in einer unkontrollierbaren Finanzwelt. Ein Mensch funktioniert anders, und Ökonomen und Wirtschaftsmenschen hinter kalkulierten Rechentabellen scheinen dies lange außer acht gelassen zu haben.

Hans Bürger zieht in seinem Buch die neuesten Wissensdaten heran, wie solche aus der Neuro- und Verhaltensökonomie. In seinem Vorwort schreibt er: „... seit dem 19. Jahrhundert wird mit dem Bild eines Menschen gearbeitet, den es in dieser Form nie gegeben hat.“ Bürger geht diesen 200 Jahren nach und stößt in unserer Zeit auf wissenschaftliche Ergebnisse, die er seinen LeserInnen verständlich präsentiert. Der Homo

oeconomicus wird unter die Lupe genommen und, Bürger stellt die Frage: gibt es ihn überhaupt? Die Glücksforscher – im speziellen die ökonomischen Glücksforscher – stellten fest, daß das Glück zwei Seiten einer Medaille ist. Es gibt den glücklichen Zustand, sich Dinge zu kaufen, ob man sie braucht oder nicht. Die Kehrseite ist, daß man Geld dafür braucht. Und hier geraten Menschen oft in eine Zwangslage und sogar in eine Streßsituation. Vielleicht schlagen wir bei diesem komplexen Thema bei Sokrates nach, der auf die Frage, wie man leben soll bzw. was ein gutes oder letztlich glückliches Leben ausmacht, geantwortet hat: tugendhaft.

Hans Bürger transportiert in dem vorliegenden Buch Inhalte, die teils hochwissenschaftlichen Hintergrund haben, in verständlicher Form und stellt – unterstützt von überschaubaren Tabellen und Statistiken – die Zusammenhänge für Laien dar. Er wirft viele Fragen auf, auf die es nicht immer (schlüssige) Antworten gibt. Auch sind manche davon für LeserInnen, die sich mit diesem Themenkreis schon vorher auseinandergesetzt haben, nicht immer nachvollziehbar. Für „Einsteiger“ gibt es jedoch einen breiten Überblick und regt zum „Nachlesen“ an. ■



Hans Bürger

Der vergessene Mensch in der Wirtschaft Neue Modelle zwischen Gier und Fairness

279 Seiten, € 21,90
gebunden, Schutzumschlag
2012, Braumüller Verlag Wien
ISBN 3-9910007-4-1

Serie »Österreicher in Hollywood«

Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiografien mit beigeschlossenen Filmografien und über 12.000 Film- und Fernsehproduktionen aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In der **61. Folge** portraitiert er

Gusti Huber

Schauspielerin



Fotos: Archiv Rudolf Ulrich

Gusti Huber

Auguste „Gusti“ Huber, Tochter von Franz und Auguste (Roszypal) Huber, am 27. Juli 1914 in Wiener Neustadt geboren, interessierte sich früh für das Theater. Sie absolvierte ihre Lehrzeit an der Akademie für Musik und darstellende Kunst in Wien und auf Vermittlung ihres Lehrers Rudolf Beer (Direktor des Volkstheaters) 1930-1935 die ersten größeren Schritte im Rampenlicht am Schauspielhaus Zürich, an dem sie auch mit Alexander Moissi und Albert Bassermann spielte. Die Fortsetzung der künstlerischen Laufbahn führte sie bis 1938 an das Deutsche Volkstheater, 1938-1940 an das Theater in der Josefstadt und von 1940-1945 an das Burg- und Akademietheater in Wien.

Die graziöse und sensible Schauspielerin erhielt ab 1935 reichlich Angebote von österreichischen und deutschen Filmproduzenten. Ihre gute Ausbildung, sprachliche Prägnanz, Anmut und natürliche Offenheit kamen in Partnerschaft mit den männlichen Leinwandstars der damaligen Zeit, in populären, nicht immer tiefgründigen Filmen wie „Savoy-Hotel 217“ (1936), die Komödien „Die unentschuldigte Stunde“ (1937) und „Marguerite: 3“ (1939), das Unterhaltungsdrama „Gabriele Dambrone“ (1943) nach dem gleichnamigen Bühnenstück

von Richard Billiger und zuletzt 1945 in dem Kriminalstreifen „Am Abend nach der Oper“, meist in Rollen verträumter junger Mädchen oder Damen von Welt voll zur Geltung. Gusti Huber zählte damit zur ersten Garnitur charmanter, begabter Filmdamen.

Der (zweiten) Heirat in St. Wolfgang im Jahr 1946 mit dem amerikanischen Offizier Joseph G. Besch, den die Wiener Neustädterin bei Gastvorstellungen für Besatzungssoldaten in einem Dorf bei Salzburg kennen lernte, folgte die teils abschiedslose und unbeachtete Übersiedlung in die Vereinigten Staaten, wo sie nach der Geburt von Zwillingen, Überwindung der Sprachschwierigkeiten und anfänglich kleinen Aufgaben beim Radio die Bühnenwelt neu erobern mußte. In George Taboris Stück „Flight Into Egypt“ (die Geschichte einer österreichischen, um eine Passage in die USA kämpfende Flüchtlingsfamilie in Kairo) fand die nahe New York residierende Künstlerin im März/April 1952 im Music Box Theatre in Midtown Manhattan unter der Regie Elia Kazans nach sechsjähriger Absenz von der Schauspielerei wieder den beruflichen Anschluß und eine neue Chance, auf sich aufmerksam zu machen. Von Ende Oktober 1952 bis Mitte Januar 1954 im Plymouth- und Anfang Jänner 1954 bis Ende Februar 1954 im Booth Theatre, genoß Gusti Huber am Broadway mit dem Part der Margot Wendice, einer von Gefahren unwitterten Frau, in Frederick Knotts (später von Alfred Hitchcock mit Grace Kelly verfilmten) Thriller, Mystery und Drama „Dial M for Murder“ als Partnerin von Maurice Evans Starruhm. Die superbe Performance der Mutterrolle in der mit dem Pulitzerpreis und dem Antoinette Perry Award („Tony“) ausgezeichneten, von Frances Goodrich und Albert Hackett dramatisierten Autobiografie „The Diary of Anne Frank“, neben Susan Strasberg und dem Wiener Joseph Schild-



Gusti Huber und Millie Perkins in ihrer ersten Filmrolle

Serie »Österreicher in Hollywood«



Überzeugende Darsteller in der in Schwarz-Weiß gehaltenen Dramatisierung der berühmten Tagebuchnotizen, (v.r.) Shelley Winters als Frau van Daan (»Oscar« als Best Supporting Actress), Joseph Schildkraut in der Rolle des Vaters Anne Franks, Otto Frank (»Golden Globe« Nominierung), Millie Perkins in der Titelrolle, Gusti Huber als deren Mutter Edith Frank, Lou Jacobi als Herr van Daan, Diane Baker als Margot Frank, Annes Schwester und Richard Beymer als Sohn Peter des Ehepaars van Daan.



Fotos: Archiv Rudolf Ulrich

v.r.: Shelley Winters, Millie Perkins, Lou Jacobi und die Österreicherin Gusti Huber.

kraut am New Yorker Court- und Ambassador Theatre brachte sie 1955-1957 nach 717 Aufführungen in die vordersten Reihen der amerikanischen Bühnenstars.

Sporadische Engagements in New Yorker Studios bei NBC und Showcase Producers, als Darstellerin in Episoden der TV-Serien „Suspense“, „The Doctor“, „Robert Montgomery Presents“ oder „Philco Television Playhouse“, hatten es ihr ab 1952 möglich gemacht, auch wieder vor der Kamera zu stehen. 1959 kam Gusti Huber nach Hollywood, wo sie erneut TV-Aufgaben bei CBS

und MGM wahrnehmen konnte. Als 20th Century-Fox den Anne Frank-Stoff verfilmte – die Tragödie des jüdischen Mädchens, das sich in Amsterdam mit ihrer Familie lange vor den Nazis verstecken konnte, ein Tagebuch schrieb, letztlich doch entdeckt wurde und in einem Konzentrationslager ums Leben kam – erhielt sie die Chance, ihren Broadway-Erfolg in der in Cinemascope (teilweise in Amsterdam) gedrehten, mit drei „Oscars“ bedachten Filmversion von George Stevens, in der sie ihren Bühnenpartner Joseph Schildkraut zur Seite

hatte, nachhaltig zu wiederholen.

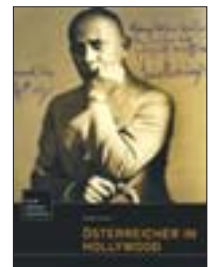
Kurz danach gab Gusti Huber die Schauspielerei weitgehend auf, zumal auch ihr Wunsch, wieder in einem deutschsprachigen Film mitzuwirken, unerfüllt geblieben war. Sie übernahm 1964 bei NBC in einem Segment der „DuPont Show“ mit Curd Jürgens letztmals eine Rolle, vermittelte anschließend in Lesungen an New Yorker Highschools das Vermächtnis Anne Franks und betrachtete ansonsten familiäre Angelegenheiten als vorrangige Verpflichtung. Der Ehemann arbeitete als unabhängiger Verleiher fremdsprachiger Filme in New York, die in Wien aus erster Ehe geborene und von Joseph G. Besch adoptierte Tochter Bibi (Bibiane) Besch und die Enkelin Samantha Mathis etablierten sich mit unterschiedlicher Popularität in Hollywood.

Gusti Huber starb am 12. Juli 1993 in Mount Kisco im Bundesstaat New York. Gemäß ihrem testamentarischen Wunsch brachte der Witwer ihre Urne nach Österreich, wo er (lt. Wikipedia) die Asche in der Nähe des Traunsees verstreute. ■

Mit dem Buch „Österreicher in Hollywood“ legte der Zeithistoriker Rudolf Ulrich die lang erwartete Neufassung seines 1993 erstmals veröffentlichten Standardwerkes vor. Nach über zwölfjährigen Recherchen konnten 2004 die Ergebnisse in Form einer revidierten, wesentlich erweiterten Buchausgabe vorgelegt werden. „Diese Hommage ist nicht nur ein Tribut an die Stars, sondern auch an die in der Heimat vielfach Unbekannten oder Vergessenen und den darüberhinaus immensen Kulturleistungen österreichischer Filmkünstler im Zentrum der Weltkinematographie gewidmet: „Alles, was an etwas erinnert, ist Denkmal“, schließt der Autor.

Rudolf Ulrich und der Verlag Filmarchiv Austria bieten Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, die Möglichkeit, in den kommenden Monaten im „Österreich Journal“ einige Persönlichkeiten aus dem Buch „Österreicher in Hollywood“ kennenzulernen.

Rudolf Ulrich
 „Österreicher in Hollywood“; 622 Seiten, zahlreiche Abb., 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2004; ISBN 3-901932-29-1; <http://www.filmarchiv.at>



Gute Aussichten auf einen Spitzenurlaub

Der Bergwinter in Tirols Skigebieten steckt voller Highlights. Ein Gipfelkreuz-Foto vor der imposanten Bergkulisse ist eines davon.



Foto: Innsbruck Tourismus

Die Olympiabahn in der Axamer Lizum bringt Wintersportler rasch und bequem rauf auf 2340 Meter Seehöhe zum Hoadlhaus.

Wer als Skifahrer oder Snowboarder das Winterwunderland Tirol wortwörtlich er“fahren“ will, ist ganz schön beschäftigt. Mehr als 5200 Pistenkilometer garantieren sowohl eine ordentliche Portion Abwechslung als auch, daß jeder seine ganz persönliche Lieblingsstrecke finden und genießen kann. Dazu kommt die passende Infrastruktur, von den modernen Liftanlagen über professionelle Skilehrer bis hin zu mehr als 30 Snowparks, die Freeskier und Boarder zu kreativen Jumps einladen. Und weil zu perfekten Rahmenbedingungen auch die tollsten Bilder gehören, bieten Tirols Skigebiete auch fantastische Aussichten – auf schroffe Berggipfel, auf verschneite Wälder, auf alpine Landschaften, an denen man sich einfach nicht sattsehen kann.

Ischgl: Schöne Ausblicke, spektakuläre Abfahrten

In der Silvretta Skiarena hat das Wort Gipfeltreffen gleich mehrere Bedeutungen: An der Greitspitz in 2872 Meter Höhe trifft Tirol auf die Schweiz. Hier werden Grenzen schwungvoll überschritten und überglitten. der Höhensonne nahe kommen will, ist nun am richtigen Ort. Und schließlich treffen an der Greitspitz gleich zwei der spektakulärsten Pisten des Skigebiets aufeinander und ermöglichen ein sportliches Erlebnis der Extraklasse.

Die Piste Eleven ist lang. Wirklich lang. Ihre elf Kilometer pures Abfahrvergnügen machen sie zu einer der längsten Pisten Österreichs. Anfangs schwarz, danach durchgehend im roten Schwierigkeitsgrad, überwin-

det die Eleven einen Höhenunterschied von 1472 Metern – von der Greitspitz an der Idalp vorbei bis direkt ins Ortszentrum von Ischgl. Echt steil – so wird die 14a kommentiert. Ihr Gefälle von bis zu 70 Prozent lädt geübte Skifahrer ein, zu zeigen, was sie wirklich drauf haben. Für die Bewalzung der Piste ist sogar ein Spezialgerät mit Seilwinde notwendig.

Atem(be)raubend ist neben den sportlichen Herausforderungen natürlich auch der Rundblick selbst, den die Greitspitz ermöglicht. Weit kann er hier schweifen, der Blick – über das Paznaun, rüber zum Palinkopf, zum Viderjoch, zum Piz Ot. Und natürlich zu den nahen Dreitausendern des Alpenhauptkamms, zu Fluchthorn oder Stammerspitze. Richtig satt sehen kann man sich hier

ÖJ-Reisetip

Foto: Albin Niederstrasser/Bergbahnen Sölden



Vom atemberaubenden Aussichtssteg bei der Bergstation Tiefenbachbahn (3250m) kann man unter anderem die Wildspitze, Nordtirols höchsten Gipfel, ins Erinnerungsfotovisier nehmen.

am Bergpanorama, bevor es dann wieder weiter geht mit dem grenzenlosen Wintervergnügen über und in Ischgl.

Hohe Salve: Weitblick über Berg und Tal

70 Dreitausender gewünscht? Vom Gipfel der Hohen Salve ein Kinderspiel. Der freistehende Berg erlaubt es auf beinahe einzigartige Weise, den Blick schweifen zu lassen – im Süden rein zu den Hohen Tauern mit Großglockner und Großvenediger, im Westen rüber zu den Gletschern der Zillertaler Alpen. Und selbst die nördliche Nachbarschaft kann in Sachen Bergkulisse problemlos mithalten – der Wilde Kaiser strahlt im Winter eine ganz besonders majestätische Erhabenheit aus.

Richtung Osten beginnt dann die sportliche Seite des Aussichtsbergs Hohe Salve. Auf den schneesicheren, bestens präparierten Pisten startet man von hier in die Skiwelt Wilder Kaiser-Brixental. 279 km Abfahrten, erschlossen durch 91 moderne Aufstiegsanlagen machen das größte zusammenhängende Skigebiet Österreichs zu einem Eldorado für Skifahrer und Snowboarder. 70 Einkehrmöglichkeiten geben die nötige Kraft dazu, das Pistenparadies richtig er- und ausfahren zu können.

Selbst für spirituelle Energie ist auf der Hohen Salve gesorgt. Die Wallfahrtskirche neben dem Panoramahaus ist auch im Winter zugänglich. Der Altarbereich ist zwar abgetrennt, doch schon vom Vorraum aus spürt man die Kraft dieses heiligen Ortes. Hier verweilt man gern ein paar Minuten, denkt ein paar schöne Gedanken, bevor der Sporturlaub wieder weitergeht.

Bergansichten gehören natürlich in den ganzen Kitzbüheler Alpen zum allgegenwä-

tigen Begleiter. Ob vom Kitzbüheler Horn, vom Pengelstein oder von der Choralm bei Westendorf – wer in seinem Skiurlaub das besondere Gipfelerlebnis sucht, wird hier mehr als nur fündig.

Über den Dächern der Stadt: Die Skigebiete rund um Innsbruck

Mit dieser Bahn sind Sieger unterwegs: Die Olympiabahn in der Axamer Lizum bringt Wintersportler rasch und bequem rauf

Foto: Innsbruck Tourismus



Gipfelkreuz am Rangger Köpfl

ÖJ-Reisetip

auf 2340 Meter Seehöhe zum Hoadlhaus und Gipfelkreuz. Bevor man von hier in den Pistensport startet, sollte man unbedingt den Blick Richtung Kalkkögel auskosten – sie ragen hier in unmittelbarer Nähe Richtung Winterhimmel. Weiter westlich ziehen sich die Stubai Alpen Richtung Kühtai und Innatal, auf der nördlichen Flußseite dann abgelöst vom Wettersteingebirge.

Nach dem Erinnerungsfoto beim Gipfelkreuz lohnen ein paar Schritte Richtung Hoadlhaus. Nicht nur wegen der großen Auswahl an Speisen und Getränke, die hier im Panoramarestaurant warten, sondern auch wegen der Aussicht runter auf Innsbruck. Klein und zart liegt sie da, die Alpenhauptstadt am Fuße der Nordkette. Das perfekte Revier, um nach herrlichen Stunden auf den Pisten der Axamer Lizum – von der Olympiaabfahrt über den Tiefschneehang und die Buckelpiste – noch in das urbane Treiben einzutauchen.

Ein weiteres Gipfelerlebnis erwartet Besucher auf dem Rangger Köpfl. Der Berg bei Oberperfuß ist vor allem für Familien bestens geeignet, in dem Skigebiet finden sowohl große als auch kleine Wintersportler

die für sie passende Strecke. Das Panorama hier ist ähnlich wie in der Axamer Lizum, das nur 12 km entfernte Innsbruck wirkt wie eine Spielzeugstadt.

Neun Skigebiete – für den autofreien Urlaub bequem mit Skibussen erreichbar – liegen rund um Innsbruck. Mit dem Olympia SkiWorld Ticket Innsbruck kann man die Stadt dadurch beinahe jeden Tag aus einer anderen Perspektive betrachten.

Ötztal: Prächtiges Panorama, perfekte Pisten

Aller guten Dinge sind drei: Sölden-Hochsölden hat als einziges Skigebiet Österreichs drei via Lift erschlossene Dreitausender. Das bedeutet viel Schnee und noch mehr Höhensonne, und vor allem Fernsicht fast ohne Grenzen. So wartet auf der Naturplattform der Schwarzen Schneide (3.340m) ein Rundum-Panorama, von den Dolomiten über die Zillertaler Alpen und den Geigenkamm bis hin zur Ortlergruppe. Vom Aussichtssteg bei der Bergstation Tiefenbachbahn (3250m) kann man unter anderem die Wildspitze, Nordtirols höchsten Gipfel, ins Erinnerungsfotovisier nehmen. Und die Plattform am

Gaislachkogel ermöglicht Ausblicke vom Zuckerhüttl bis zur Zugspitze.

Natürlich ist im Weltcuport Sölden nicht nur das Gipfelerlebnis eine runde Sache. Das Angebot des Skigebiets umfaßt 150 Kilometer Pisten für Anfänger bis zum fortgeschrittenen Wintersportler, begleitet von Anbindung an den Gletscher, Nachtskillauf, Almdudler Snowpark und mehr als 30 Hütten und Restaurants.

Gute Aussichten auf tolle Anblicke haben auch die Besucher des Skigebiets Hochoetz-Kühtai. Eine eigens errichtete Plattform bei der Bergstation der Wetterkreuzbahn erlaubt den Panoramablick unter anderem über die Ötztaler-, Stubai- und Lechtaler Alpen, vor allem aber rüber zur imposanten Zugspitze. Und wer die Skier oder das Snowboard mal nicht in Anspruch nehmen will – auf dem Winterwanderweg „Rotes Wandl“ spaziert man zunächst von der Bergstation Acherkogelbahn durch den urtümlichen Zirbenwald, bevor sich beim Gipfelkreuz eine beeindruckende Weitsicht über Ötz- und Innatal, Lechtaler Alpen und Wettersteingebirge auf tut.

<http://www.tirol.at>



Foto: Tirolwerbung/Josef Mallau

Dieser traumhafte Blick auf den Arlberg eröffnet sich – dank Tirol Werbung – auch uns, ganz bequem, im Wohnzimmer.